



3. Heft | 17. Februar 1916

## CARL SEVERING · ROHSTOFFVERSORGUNG UND KOLONIALWIRTSCHAFT

**E**IS in den Jahren 1909 und 1910 der Streit um die sogenannten Mannesmannrechte die politische Öffentlichkeit in Deutschland beschäftigt, wurde von den Verteidigern der Brüder Mannesmann dargelegt, es handle sich bei den strittigen Fragen nicht um persönliche sondern um wichtige Lebensinteressen der Nation. Es drehe sich nicht zuletzt um die Entscheidung darüber, ob das deutsche Volk in den kommenden Jahrzehnten genug Eisen für seine Werkzeuge und Waffen zur Verfügung haben solle. Man wies auf die kulturelle Bedeutung des Eisens hin, nach dem man besondere Menschheitsepochen datiert habe, und das neben Brot und Fleisch den dritten großen Faktor nationaler Macht und Unabhängigkeit darstelle. Man sprach auch von den schweren Sorgen der Eisenindustriellen, die darauf gerichtet seien Deutschland einen hinreichenden Besitz an Eisen zu sichern. Es sei eine nationale Frage, eine Frage der Unabhängigkeit Deutschlands, ob es dem französischen Eisenkartell gelingen werde sein stählernes Netz über den ganzen Kontinent zu spannen, oder ob es die deutsche Diplomatie erreiche, daß unser Land gleichberechtigt neben den anderen großen Völkern der Erde an den Bodenschätzen fremder, noch unerschlossener Länder teilnehme.

In der Öffentlichkeit und bei den gesetzgebenden Körperschaften haben diese Darlegungen damals ein stärkeres Interesse nicht gefunden. Sie waren wohl zu sehr mit nationalistischen Schlagworten bepackt, als daß man sie als bloße wirtschaftspolitischen Erörterungen hätte nehmen können. Kennzeichnend dafür ist zum Beispiel die in einer Streitschrift jener Tage aufgestellte Behauptung, daß »nur durch ein böses Geschick die großen Erzlager in Lothringen bei Frankreich geblieben seien.«<sup>1)</sup> In diesem einen Satz offenbart sich die ganze Oberflächlichkeit jener Beweisführung. Daß die Annexion Französisch Lothringens im Jahr 1871 uns wahrscheinlich viel früher einen Krieg gebracht haben würde, unter weit ungünstigeren Voraussetzungen für einen guten Ausgang, darf man heute wohl aussprechen. Aber ganz abgesehen davon war es auch eine starke Übertreibung, wenn man behauptete, die deutschen Industriellen lebten in schwerer Sorge um einen hinreichenden Besitz an Eisen. Den deutschen Eisenhüttenleuten war es viel zu gut bekannt, daß Frankreich ein großes Interesse an einem geregelten Ab-

<sup>1)</sup> Siehe Osman Die Mannesmannrechte und das Weißbuch /Berlin 1910/, pag. 13.

satz und einer ungehinderten Ausfuhr der Minetteerze hatte. Genosse Otto Hue weist jetzt darauf hin, daß dies gerade um die Zeit des Mannesmannstreits von den besten Kennern der Verhältnisse auf dem deutschen Eisenmarkt behauptet worden sei.<sup>2)</sup>

Immerhin werden wir, wenn wir daran gehen die Zukunft Deutschlands nach dem Krieg zu sichern und neu zu gestalten, die Frage der Rohstoffversorgung vor allem im Auge haben müssen. Bei der industriellen Entwicklung unseres Landes wird sie zu einer Lebensfrage für die Existenz der Nation. Wie von den wirtschaftlichen Bedürfnissen eines Landes seine politische Selbstständigkeit abhängen kann, zeigt sinnfällig das Beispiel Italiens und Griechenlands. Man kann wohl sagen, daß die Schwenkung Italiens zu den Dreiverbandsmächten nicht zum geringsten Teil mit durch die Drohung Englands verursacht worden sei die Lieferung von Kohle einzustellen. Und in Griechenland dürfte die wohlwollende Neutralität gegenüber den Vierverbandsmächten nicht zuletzt auf die Sorge zurückzuführen sein dem Land eine geregelte und ausreichende Zufuhr der unentbehrlichen Rohstoffe zu erhalten. Doch das nur nebenbei. Hier soll uns nur die Frage beschäftigen, wie die Rohstoffversorgung Deutschlands in Friedenszeiten sichergestellt werden kann. Daß wir als Vertreter der Arbeiterklasse ein gewaltiges Interesse an der Eigenversorgung unserer Industrie haben, dürfte bei einigem Nachdenken jedem klar werden, der die Produktion als Basis des Völkerlebens nimmt und die eigentlich produzierende Schicht, eben die Arbeiterklasse, in den Stand setzen will ihrer Aufgabe zu genügen und damit diejenige Stellung zu erlangen, die ihr nach ihrer produktiven Funktion im Volksganzen zukommt. Wer freilich der vorsintflutlichen Ansicht ist, es könnte einem Verbraucher »ziemlich gleichgültig sein, ob ihm ein Ausländer oder ein Landsmann die Haut über die Ohren zieht«<sup>3)</sup>, der dürfte für die wirtschaftliche Selbständigmachung des eigenen Landes wenig Verständnis haben. Doch wird er mit dieser famosen Argumentation gerade auf einen Gewerkschafter wenig Eindruck machen, der denn doch vor allem weiß, welcher gewaltigen Unterschied es ausmacht, ob die Arbeiter, wie das bei der inländischen Versorgung der Fall ist, einen mitbestimmenden und je nach der Stärke ihrer Organisation entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen haben, oder ob sie von anderen Ländern mit ganz anderem Stand der Arbeiterorganisation mitabhängig sind, in ihrem Lebensstandard durch ausländische Ausbeutung herabgedrückt werden. Über diese rein gewerkschaftliche Erwägung hinaus erübrigt es sich aber wohl auf Theorien einzugehen, die, um die Landesgrenzen für den Rohstoffbezug als unerheblich hinzustellen, den einfachsten Tatsachen Gewalt antun.<sup>4)</sup> Hat doch erst neulich Genosse Schippel uns hier mit ein paar Worten gezeigt, was von solcher »sozialistisch prinzipiellen Wissenschaft« zu halten sei.<sup>5)</sup>

Was können wir tun, um die Rohstoffversorgung Deutschlands zu sichern? Nach einer Seite hin haben die Erfahrungen des Krieges die Antwort auf diese Frage gegeben: Wir müssen innerhalb der Grenzen des Landes den

<sup>2)</sup> Siehe Hue Die Bergwerks- und Hüttenindustrie, in dem Sammelwerk Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis /Berlin 1915/, pag. 41.

<sup>3)</sup> Siehe Eckstein Rohstoffbezug und Landesgrenzen, im Vorwärts vom 2 Februar 1916.

<sup>4)</sup> Siehe darüber Kalitski Rohstoffversorgung und Arbeiterinteressen, in der Chemnitzer Volksstimme vom 5. Februar 1916.

<sup>5)</sup> Siehe Schippel Zwei Absagen an den Freihandel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1345, Note 10.

Boden und die Bodenschätze so rationell wie möglich ausbeuten. Für die Landwirtschaft ist durch die Kultivierung von Ödländereien, die die anbaufähige Bodenfläche vergrößerte, ein Vorbild hierfür geliefert worden. Aber auch in manchen Industriezweigen hat der Krieg nach gleicher Richtung gewirkt. Im Erz- und Kohlenbergbau wurden Verbesserungen eingeführt, durch die bisher nur spärlich fließende Erzquellen ergiebiger wurden. In der Verwendung der Industrieerzeugnisse ist man sparsamer geworden, und was darin der Krieg gelehrt hat, wird nach dem Friedensschluß wohl nicht gleich wieder gänzlich vergessen werden und so ebenfalls dazu beitragen uns vom Ausland unabhängiger zu machen. Die Chemie hat mancherlei Wege gewiesen, die auf das gleiche Ziel führen. Doch ist dies alles keine erschöpfende Lösung unseres Problems. Dazu bedarf es noch anderer Mittel.

Eines dieser Mittel könnten uns die Kolonien liefern. Über ihr Schicksal entscheidet ja nicht der Ausgang der Kämpfe, die sich auf ihrem Boden abspielen, sondern der Ausgang des großen Weltenringens überhaupt. Da wir doch wohl alle fest davon überzeugt sind, daß Deutschland und seine Verbündeten nicht unterliegen werden, dürfen wir damit rechnen, daß der Kolonialbesitz Deutschlands durch den Krieg nicht zu seinen Ungunsten verändert werden wird. Ob der status quo ante vollständig wiederhergestellt wird, ist dabei von nebensächlicher Bedeutung. Wichtiger ist die Frage, wie später die Kolonien zu bewirtschaften sind. Sie zu lösen ist freilich nicht so einfach. Namentlich der Arbeitermangel, der nach dem Krieg noch stärker fühlbar werden dürfte, wird einer raschen Erschließung der Kolonien schwere Hindernisse bereiten, so daß man deren Tempo nicht überschätzen soll. Auf der andern Seite aber hat die bisherige Entwicklung der Kolonien uns gelehrt, daß die früher allgemein übliche *U n t e r* schätzung ein ebenso großer Fehler war. In den letzten 10 Jahren hat unser Handelsverkehr mit unseren Kolonien einen nicht unerheblichen Aufschwung erfahren. Erscheint er auch noch gering bei einer Vergleichung mit den anderen Ziffern des deutschen Welthandels, so ist er doch zu beträchtlich geworden, als daß man ihn einfach ignorieren dürfte.

In diesem Punkt haben wir also auch *umzulernen*. In den Sozialistischen Monatsheften ist freilich seit vielen Jahren in einer Reihe von einzelnen Studien die Bedeutung der Kolonialwirtschaft dargelegt und in ihren Einzelproblemen erörtert worden; auch wird hier ja durch regelmäßige Berichte in einer besondern Kolonisationsrundschau der Blick dauernd auf diese Dinge gelenkt. Im ganzen hat aber die sozialdemokratische Partei sich noch viel zu wenig zu einer positiven Anteilnahme an der kolonialen Arbeit entschlossen. In dieser Beziehung sollte sie sich wandeln. Und unsere Partei vielleicht noch weniger als unser Volk im allgemeinen. Die Volkstimmung hat viel zu lange unter dem Eindruck der Schlagworte gestanden, daß die Kolonien nur Sandwüsten seien, und sie hat damit auch die Haltung derjenigen Kreise beeinflußt, die durch die Anlegung ihrer Kapitalien koloniale Unternehmungen hätten fördern können. Was die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie anlangt, so ist sie unbestreitbar in nicht geringem Maß durch die Art bestimmt worden, wie früher bei uns kolonisiert wurde. Doch hätte man nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten sollen. Auch an Übertreibungen hat es dabei nicht gefehlt. Man denke an die nachstehenden Sätze aus einer kleinen Schrift K. Kautskys:

»Das Heldentum des Tropenkollers ist zum Vorbild der Scharfmacher und Junker geworden, die danach ihr Verhältnis zu ihren Arbeitern einzurichten suchen. Und bereits hat dies Heldentum auch die Phantasie der Dichter und Denker gefangen genommen, die einem Peters zjubeln und den Kult der Roheit und Gemeinheit in die Kunst, die Philosophie, die geschlechtlichen Beziehungen übertragen.«<sup>6)</sup>

Sollte wirklich eine große politische Partei ihre Stellungnahme zu einem der wichtigsten wirtschaftlichen und nationalen Probleme von solchen Dingen abhängig machen, die mit der Sache selber doch gar nichts zu tun haben? Das dürfte auf die Dauer kaum gehen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich denn auch schon in den letzten Jahren kolonialwirtschaftlichen Fragen gegenüber nicht mehr unbedingt ablehnend verhalten. Dem internationalen Kongreß in Stuttgart /1907/ wurde noch eine Broschüre vorgelegt, in der es nach einer pessimistischen Schilderung der wirtschaftlichen Unternehmungen in den Kolonien hieß:

»Also sind die Aussichten auch für die Zukunft recht windig. Aber wären sie auch besser, für die deutsche Sozialdemokratie liegt keinerlei Grund vor mit dem Gelde deutscher Steuerzahler Unternehmungen zu fördern, die auf die rücksichtsloseste Ausbeutung der Ureinwohner der Kolonien abzielen.«<sup>7)</sup>

Es sind Nachklänge vom Wahlkampf 1907, die da ihren Niederschlag finden. In der Praxis der parlamentarischen Arbeit hat die sozialdemokratische Fraktion bald darauf für alle Beträge gestimmt, die zum Zweck der Förderung der Baumwollkultur in den Etat eingestellt worden sind. Noch im Frühjahr 1914 hatte die Fraktion Gelegenheit zu einer ähnlichen kolonialwirtschaftlichen Frage Stellung zu nehmen. Man vermutete in Kaiser Wilhelms-Land auf Neuguinea reiche Petroleumschätze. Die Fraktion entschloß sich damals mit den bürgerlichen Parteien die Forderung der Regierung auf Bewilligung von 500 000 Mark zur Erforschung und Erschließung der Petroleumgebiete zu bewilligen.<sup>8)</sup> Der Krieg hat diesen Arbeiten ein gewaltsames Ende bereitet, und bis zur Stunde weiß man nicht, ob die erwähnten Vermutungen richtig sind. Bestätigen sie sich aber, so brächten die Petroleumquellen dem Land, das diese Kolonie besitzt, einen nicht zu unterschätzenden Gewinn. Baumwolle, Petroleum und Kautschuk sind die Rohstoffe, deren Knappheit jetzt am meisten fühlbar wird. Freilich wäre dieser Knappheit bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge, der es der englischen Flotte erlaubt das Weltmeer zu beherrschen, noch nicht abgeholfen, wenn wir die genannten Stoffe auch in den Kolonien in größerem Umfang gewännen. Wenn uns durch die englische Seekriegsführung amerikanische Baumwolle und amerikanisches Petroleum gesperrt wird, würden wir auch keine Baumwolle aus Togo, kein Petroleum aus Neuguinea und keinen Kautschuk aus Kamerun erhalten. Es sollte hier auch nur auf die Tatsache hingewiesen sein, um die hohe Bedeutung der genannten Stoffe (denen vielleicht noch die Materialien für die Gewinnung pflanzlicher Fette hinzuzufügen wären) hervortreten zu lassen. In Friedenszeiten würden wir diese Rohstoffe vielleicht ungehindert aus anderen Ländern erhalten können: freilich auch zu Bedingungen, die nicht wir vorschreiben und die namentlich auch der Arbeiterklasse und den minderbemittelten Schichten überhaupt recht drückend sein könnten. Darin liegt eben die ausschlaggebende große volkswirtschaftliche Bedeutung der Eigenproduktion, daß man die großen Werte der Herstellung und des Transports dem deutschen Wirtschaftsleben dienst-

<sup>6)</sup> Siehe Kautsky Sozialismus und Kolonialpolitik /Berlin 1907/, pag. 63 f.

<sup>7)</sup> Siehe Ledebour Die deutsche Kolonialpolitik /Berlin 1907/, pag. 7 f.

<sup>8)</sup> Siehe Noske Kolonialpolitik und Sozialdemokratie /Stuttgart 1914/, pag. 215.

bar macht und so vom Ausland in zunehmendem Maß unabhängig wird. Soll es etwa unsozialistisch sein auch Deutschland daran zu beteiligen die Bodenschätze unerschlossener Gebiete für sich nutzbar zu machen und damit jene Menschheitsepoche vorzubereiten, die über den Rahmen nationaler Schranken hinaus zur Weltwirtschaft führt?

Die Rohstoffversorgung Deutschlands erfordert aber auch, wie oben angedeutet, die Freiheit der Meere, den Fortfall jeder Beschränkung in der Zufuhr überseeischer Waren. Die Erfüllung jener Forderung kann aber nur gegen England errungen werden. Es ist deshalb irrig zu sagen, daß der Krieg, so wie ihn Deutschland heute führt, den Charakter eines Eroberungskrieges angenommen habe. Solange sich England nicht dazu versteht auch anderen Nationen die Rechte einzuräumen, die es selbst in so rücksichtsloser Weise gebraucht, solange es das Weltmeer als sein Gebiet betrachtet und den anderen Nationen diktiert, was sie dürfen und nicht dürfen, so lange ist der Kampf gegen diesen englischen Standpunkt eine einfache Notwendigkeit unseres Lebens.

Was im übrigen geschehen muß, um Deutschlands Bedarf an Rohstoffen für die Zukunft sicherzustellen, kann im Augenblick nicht erörtert werden. Eine friedliche Verständigung mit Frankreich über Wirtschaftsfragen, in die auch die kolonialen einzubeziehen wären, sollte man dabei in erster Linie ins Auge fassen. Von hüben und drüben ist vor dem Krieg anerkannt worden, daß es zwischen Frankreich und Deutschland wirtschaftliche Interessengegensätze nicht gibt. Der Krieg mag das Verhältnis zwischen den beiden Nationen wohl trüben, aber er wird es nicht anders gestalten, solange diese beiden Nationen überhaupt neben einander leben. Nicht ganz so einfach, aber doch im wesentlichen in gleicher Richtung, liegen, ökonomisch genommen, die Dinge mit Rußland. Das ausführlich zu erörtern sei anderen Untersuchungen vorbehalten. So viel kann aber jetzt schon gesagt werden, daß die Formel auch hier für die spätere Friedenszeit Verständigung heißt. Sie hat, von ihrer uns hier allein interessierenden wirtschaftlichen Bedeutung abgesehen, auch den Vorzug die Gefahr neuer Kriege zu vermindern.

## EMIL KLOTH · WAS STAND HINTER DER INTERNATIONALE?



OHNE Zweifel haben unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Anschauungen über das Wesen und den Einfluß der Internationale geherrscht, die in schroffem Widerspruch zur Wirklichkeit standen. Nur dadurch erklärt sich die herbe Enttäuschung über ihr Versagen beim Kriegsausbruch. In der Vorstellung weiter Kreise erschien die Internationale als ein mystisches, weltumspannendes Gebilde; man glaubte, daß sie über Krieg und Frieden bestimmen oder mindestens einen starken Einfluß bei der Entscheidung darüber üben könne. Heute, wo man allgemein wohl ein besseres Augenmaß für diese Dinge hat, dürfte es sich, will man eine neue Zukunft vorbereiten, empfehlen zunächst einmal die Vergangenheit genau zu prüfen.

An sich ist der Gedanke eines Weltbunds der Arbeiter gewiß ein hoher und edler Wunsch, wert verwirklicht zu werden, vorausgesetzt, daß dies unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und der nationalen Inter-

essen angestrebt wird. Beobachtet man die Bewegungsgesetze staatlicher Entwicklung, und bedenkt man, welch ein langer Weg zurückgelegt werden mußte, um die einzelnen, oft auseinanderstrebenden Teilchen einer Sprachgemeinschaft zu großen nationalen Verbänden wie unseren heutigen Großstaaten zusammenschmiedeten, so wird man ermessen können, welch eine Riesenaufgabe es ist in ähnlicher Weise, wenn auch in weit loserer Form, einen internationalen Staatenbund zusammenzufügen. Generationen werden sich an einer solchen Aufgabe abzumühen haben. Gewiß aber ist sie nicht in ein paar Jahrzehnten und durch Beschlüsse internationaler Arbeiterkongresse lösbar, die ja zudem nur einen winzigen Teil der verschiedenen Völker vertreten. Es ist nämlich ganz falsch zu argumentieren: Die Arbeiterschaft bildet die stärkste Klasse in den kapitalistischen Staaten, also besitzt sie auch die größte Macht; solange nämlich diese Macht nicht entsprechend ihrer Stärke organisiert ist. Ebenso greift man fehl, wenn man die internationale Verbindung der Arbeiter als eine ganz einzigartige geschichtliche Erscheinung hinstellt, der auf seiten ihrer wirtschaftlichen Gegner nichts Gleichartiges gegenübersteht. Den internationalen Arbeiterkongressen, dem Internationalen Sozialistischen Bureau, dem Internationalen Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftssekretariat entsprechen auf der Gegenseite Staats-, Handels- und Zollverträge, Trusts (Petroleumring, Tabaktrusts), Schifffahrtsvereinbarungen, Arbeitgeberverbände usw. Ja, die Interessengruppen, die hinter diesen internationalen Vereinigungen stehen, bestimmen in viel höherem Grad über Krieg und Frieden mit als die internationalen Verbände der Arbeiter. Denn deren politische und wirtschaftliche Organisationen befinden sich vielfach noch auf primitiver Stufe und haben nicht einmal auf die Mehrheit der Arbeiter entscheidenden Einfluß.

Das ersehen wir sofort aus der nachstehenden Gegenüberstellung der Zahl der sozialistischen und der bürgerlichen Vertreter in den Parlamenten der verschiedenen Länder:

Land	Anzahl der sozialistischen Abgeordneten	bürgerlichen	Verhältnis der Sozialisten zu den Bürgerlichen
Schweden	73	157	1: 2,15
Dänemark	32	82	1: 2,56
Deutsches Reich	111	286	1: 2,57
Frankreich	131 <sup>a)</sup>	422	1: 3,22
Belgien	39	145	1: 3,71
Holland	18	82	1: 4,55
Norwegen	20	103	1: 5,15
Österreich	82	434	1: 5,29
Italien	79 <sup>b)</sup>	429	1: 5,43
Schweiz	16	173	1: 10,80
Bulgarien	18 <sup>c)</sup>	227	1: 12,61
England	40 <sup>d)</sup>	628	1: 15,70
Rußland	15 <sup>e)</sup>	427	1: 28,46
Serbien	2	163	1: 81,50
Spanien	1	407	1: 407,00
Vereinigte Staaten	1	433	1: 433,00

a) 102 Geeinigte, 29 Unabhängige, b) 52 Offizielle, 27 Reformisten und Wilde, c) 9 Welt-herzige, 9 Engherzige, d) Mitglieder der Labour Party, e) 8 Menschewiki, 7 Bolschewiki.

Ungarn und die Türkei fehlen in dieser Liste, weil es in den Parlamenten

beider Staaten keine sozialistischen Abgeordneten gibt. Es ist auch möglich, daß durch Nachwahlen kleine Verschiebungen in den Zahlen eingetreten sind, doch ändert das an dem Ergebnis wenig. In Rußland hat sich dagegen die Zahl der sozialistischen Abgeordneten durch Verhaftungen und Ausschluß aus der Duma bis auf 7 vermindert, wenn ich recht unterrichtet bin. Aus der Aufstellung geht klar hervor, daß in keinem Parlament der angeführten Staaten die Sozialisten die Mehrheit oder auch nur ein Drittel der Mandate innehaben. Freilich ist in den meisten Ländern das Wahlrecht oder die Wahlkreiseinteilung oder manchmal auch beides den Sozialisten ungünstig, so daß die Zahl ihrer Mandate nicht den abgegebenen Stimmen entspricht. Immerhin brachte selbst die deutsche Sozialdemokratie bei der Wahl von 1912 nur 34,8 % der abgegebenen Stimmen auf, 4 250 000 sozialistische gegen 7 957 128 bürgerliche Stimmen. Auffällig ist die geringe Zahl der sozialistischen Abgeordneten der Schweiz mit ihrem demokratischen Wahlrecht. Noch auffälliger das Verhältnis in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo ein gleichfalls durchaus demokratisches Wahlrecht die Möglichkeit bietet eine starke sozialistische Vertretung ins Parlament zu senden, und wo die riesige industrielle Entwicklung eigentlich diese Möglichkeit ins Unbegrenzte steigern müßte. Ebenso merkwürdig ist auch die geringe Zahl der sozialistischen Abgeordneten in dem kapitalistischen Belgien, obwohl dort das Mehrstimmenwahlrecht, das für die Arbeiter ungünstig ist, einen Teil der Schuld daran tragen dürfte. Im letzten Wahlkampf 1912 fiel dieser Umstand indes zum guten Teil weg, da die Sozialisten gemeinsam mit den Liberalen vorgingen. Trotzdem erreichten sie auch da nur 44 Mandate, so daß zusammen mit den 2 christlichen Demokraten die gesamte Opposition nur mit 85 Abgeordneten den 101 Klerikalen gegenüberstand. Mit einer ausschlaggebenden Macht der Sozialisten ist daher noch in keinem Land der Welt zu rechnen. Wollen sie etwas durchsetzen, so bedürfen sie dazu der Unterstützung anderer Parteien. Auch die australischen Kolonien Englands bilden keine Ausnahme, wenn auch dort hin und wieder die Arbeiterpartei ans Ruder kommt; denn als sozialistische Partei kann diese nicht bezeichnet werden.

Wie weit sind nun aber internationalistische Tendenzen sonst in den verschiedenen Ländern wirksam? Eine vorurteilsfreie Übersicht mag uns darüber belehren.

Beginnen wir also mit **Deutschland**, und zwar deshalb, weil hier allem Gerede zum Trotz der Internationalismus die tiefsten Wurzeln geschlagen hat und sich auf die stärksten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stützen kann. Wir haben (oder hatten wenigstens) hier eine einzige geschlossene sozialistische Partei, deren internationale Solidarität der Tat den Arbeitern anderer Länder ebenso wohlthuend zum Bewußtsein gekommen ist wie die der freien Gewerkschaften. Wie sehr die deutschen Gewerkschaften das Rückgrat der internationalen Gewerkschaftsbewegung bilden, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß ihnen in der Person des Genossen Legien nicht nur die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbunds anvertraut ist sondern auch die Verwaltung von 26 der bestehenden 31 internationalen Gewerkschaftssekretariate. Nur die Sekretariate der Bergarbeiter (Manchester), Diamantarbeiter (Antwerpen), Handlungsgehilfen (Amsterdam), Steinarbeiter (Basel) und Textilarbeiter (Colne in Lancashire)

befinden sich im Ausland. Ein wesensverwandter internationaler Zug geht durch die Arbeiterbewegung *Österreich-Ungarns*, doch besitzt sie infolge der Rückständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung dort nicht die Macht der deutschen. Die ungarische Partei unterscheidet sich von der deutschen in einem wichtigen Punkt: Sie besitzt keine eigenen Organisationen, sondern die Gewerkschaften führen einen Teil ihrer Mitgliederbeiträge an sie ab und verschaffen ihr dadurch die nötigen Geldmittel. Ähnlich war es in Österreich bis 1912; in diesem Jahr wurde ein neues Organisationsstatut geschaffen, das die Finanzierung der Partei anders regelte.

Welch ein anderes Bild in dem Mutterland der kapitalistischen Produktionsweise, in *England*. Neben den beiden großen Parteien spielen dort die noch dazu in verschiedene Fraktionen gespaltenen Sozialisten eine sehr bescheidene Rolle. Die englische Bourgeoisie hat es in der Hauptsache verstanden die Arbeiterschaft in ihrem geistigen Bannkreis festzuhalten. Natürlich macht die politische Arbeiterbewegung auch dort Fortschritte, ihre Führer sind sogar schon hier und da in die Regierung eingetreten. (Merkwürdigerweise nehmen unsere deutschen Prinzipienwächter daran wenig Anstoß, das beweist die wohlwollende Beurteilung, die der Eintritt des Arbeiterparteilers Henderson in das englische Ministerium bei uns fand. Wehe dagegen, wenn in Deutschland ein sozialdemokratischer Abgeordneter der Regierung einen Dienst erweist, mag dieser noch so sehr im Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegen!) Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, war indessen in der sozialistischen Bewegung Englands von internationaler Gesinnung wenig zu spüren. In Programm und Haltung unterschied sie sich wesentlich von der festländischen. Zwar geberdeten sich ihre Vertreter auf den internationalen Kongressen sehr antimilitaristisch, lehnten die allgemeine Wehrpflicht ab und brachten mit den Franzosen zusammen Resolutionen für Inszenierung des Generalstreiks zur Verhinderung drohender Kriege ein; zu Hause aber bewilligten sie alle Ausgaben für »unsere glorreiche Flotte«. Deshalb rief ihnen auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen /1910/ der damalige Berichterstatter der Antimilitarismuskommission Ledebour zu:

»Woher nehmen Sie denn das moralische Recht anderen Völkern den Generalstreik zu gebieten, wenn Sie im eigenen Lande nicht so konsequent antimilitaristisch sind wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien? Solange Sie das Budget und damit die Waffen bewilligen zur Ausrüstung der englischen Söldnertruppen, die die Völker knechten und die Kriege führen, dürfen Sie uns mit so weitgehenden Anträgen nicht kommen.«<sup>1)</sup>

Kein schöneres Bild internationaler Gesinnung zeigen die englischen Gewerkschaften, die, in etwa 1000 selbständige Organisationen zersplittert, nicht einmal unter einander echte Arbeitersolidarität üben, geschweige denn sich zu internationaler Solidarität aufzuschwingen vermögen. Nach dem letzten Bericht des Internationalen Gewerkschaftssekretärs Legien vom Jahr 1912 waren von den 3 813 973 Gewerkschaftern in Großbritannien nur 874 281 der Gewerkschaftszentrale angeschlossen. Und manche der der Zentrale angegliederten Organisationen scheuten sich nicht ihren Mitgliedern vorzurechnen, der Anschluß sei aus rein kaufmännischen Gesichtspunkten für sie günstig, denn sie hätten mehr an Unterstützungen von der Zentrale zurückerhalten als sie ihr an Beiträgen zahlen mußten. Noch auf dem letzten internationa-

<sup>1)</sup> Siehe das Protokoll des internationalen Sozialistenkongresses 1910 /Berlin 1910/, pag. 33.

len Kongreß in Kopenhagen wurde den englischen Gewerkschaften mit Recht der Vorwurf gemacht, sie hätten beim schwedischen Generalstreik 1909 »in grober Weise ihre Pflicht vernachlässigt«, und Viktor Adler meinte dort: »Auf Grund ihrer Statuten haben sie [die Engländer] prinzipiell jede Hilfeleistung für das Ausland abgelehnt. . . Er möchte wissen, ob wenigstens jetzt die Engländer bereit sind diese Gewerkschaftsstatuten zu ändern.«<sup>2)</sup>

Die französische Sektion der Internationale war stets groß in heroischen Gesten, dagegen schwach in der Ausführung ihrer heroischen Pläne. Erst nach langwierigen Kämpfen zwischen den verschiedenen sozialistischen Sekten gelangte dort die Partei zu einer gewissen Einigkeit. Aber selbst die 102 geeinigten Sozialisten stimmten in der Deputiertenkammer nicht immer geschlossen, und die unabhängigen Sozialisten unterwarfen sich erst recht keinem Fraktionszwang. Organisation und Presse der Partei sind schwach fundiert. Das Zentralorgan, die Humanité, hatte stets mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Übertritt hervorragender Sozialistenführer zu den bürgerlichen Parteien spricht ebenfalls nicht gerade für die Festigkeit internationaler Überzeugung. Auch bei den Gewerkschaften in Frankreich bestand ein arger Widerspruch zwischen ihren großartig klingenden Resolutionen und ihrer organisatorischen Macht. Nach dem Legienschen Bericht gehörten 1912 von den angeblich organisierten 1 064 413 Arbeitern und Arbeiterinnen nur 387 000 dem Gewerkschaftsbund, der Confédération générale du travail, an. Nach dem gleichen Bericht haben am 16. Dezember 1912 600 000 Arbeiter durch einen 1tägigen Generalstreik gegen den Balkankrieg protestiert. Vorher hatte ein zur Vorbereitung jenes Generalstreiks einberufener Gewerkschaftskongreß unter anderm in einer Resolution erklärt:

»Hieraus [aus den in der Resolution dargelegten allgemeinen Prinzipien] folgt, daß, wenn durch Torheit oder durch Berechnung das Land, in dessen Mitte wir uns befinden, trotz unseres Widerstands und unserer Warnungen sich in ein Kriegsabenteuer stürzen würde, es die Pflicht eines jeden Arbeiters ist dem Ruf nicht Folge zu leisten und seine Klassenorganisation aufzusuchen, um dort den Kampf gegen die einzigen Gegner, gegen die kapitalistische Klasse, zu führen.«<sup>3)</sup>

Beim Ausbruch des Weltkriegs aber kam es ganz, ganz anders. Der Generalsekretär Jouhaux zog selbst im Auftrag der Regierung von Stadt zu Stadt, um die Arbeiter zur Verteidigung des Vaterlands aufzufordern. Allgemein bekannt ist es wohl, daß die französischen Gewerkschaften durch die geringe Höhe der Mitgliederbeiträge finanziell wenig leistungsfähig sind, so daß manche Lohnbewegungen dadurch nach kurzer Zeit elend zusammenbrachen. Auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen charakterisierte dies ein deutscher Delegierter mit den Worten:

»Auch die Franzosen beschränken sich meist auf kräftige Worte. Den Schweden haben sie eine lange Resolution geschickt, die mit den Worten schloß »Es lebe die soziale Revolution!« und dazu 20 Franken. [Große Heiterkeit. Zurufe: »Weniger Revolution und mehr Geld wäre besser gewesen!«]<sup>4)</sup>

Die deutschen Gewerkschaften sandten den schwedischen zu diesem selben Generalstreik bekanntlich über 1 Million Mark.

Ein noch trüberes Bild innerer Zerrissenheit bietet die Arbeiterbewegung Italiens. Nicht nur die Partei ist dort in 2 Fraktionen gespalten, sondern auch die Gewerkschaften bilden ein uneinheitliches Gemisch verschiedener Vereine und Vereinchen. Der Landeszentrale, der Confederazione del

<sup>2)</sup> Siehe das in Note 1 zitierte Protokoll, pag. 97 und 98.

<sup>3)</sup> Siehe den 10. Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung /Berlin 1913/, pag. 33.

<sup>4)</sup> Siehe das in Note 1 zitierte Protokoll, pag. 97.

Lavoro, gehörten im Jahr 1912 von den 860 502 Gewerkschaftern nur 320 912 als Mitglieder an. Zentralisten und Syndikalisten befanden sich wütend. Auch die italienischen Genossen drohten zwar mit Vorliebe mit dem Generalstreik für den Fall eines Krieges, haben aber weder beim Tripolisfeldzug noch beim jetzigen Weltkrieg ihre Drohung wahr machen können. Umgekehrt haben nationalistische Empfindungen auch bei den Sozialisten eine starke Rolle gespielt, als es sich bei Beginn des Krieges um die Entscheidung handelte, welcher Seite Italien sich anschließen solle. Das Zentralorgan der Gewerkschaften hatte von Anfang an gegen die »deutschen Barbaren« und die »sogenannte teutonische Kultur« Stellung genommen und sich für die Zertrümmerung der Zentralmächte ausgesprochen. Man kann also nicht behaupten, daß die Internationale in Italien besonders treue Anhänger besessen hätte. Daran ändern auch die Sympathieerklärungen für die Zimmerwalder Konferenz nicht viel, zumal inzwischen durch die Mißerfolge der italienischen Waffen eine starke Ernüchterung im Volk eingetreten ist, und die Verwirklichung der Aspirationen des »sacro egoismo« ferner liegt als je.

In Rußland hat sich der zarische Absolutismus von den Schlägen, die ihm die Revolution von 1905 versetzte, wieder erholt und es verstanden jede nennenswerte Organisation der Arbeiterklasse zu hintertreiben. Man hätte annehmen müssen, daß dieser furchtbare Druck die Arbeiter mit ebenso unlösbarer Kraft zusammengeschweißt hätte, wie einst das Sozialistengesetz in Deutschland. Aber durchaus nicht. Sowohl im eigentlichen Rußland wie in Polen existieren verschiedene Richtungen, die brüderliche Gefühle unter einander oft recht stark vermissen lassen und schon deshalb auch keinen machtvollen Einfluß als Vertreter proletarischer Interessen ausüben können.

Liegen so die Dinge in den Großstaaten, so ist von den kleineren gewiß nicht zu erwarten, daß dort die Arbeiterschaft ein ausschlaggebendes Gewicht in die politische Wagschale zu werfen vermag, mögen auch in einzelnen dieser Länder, wie beispielsweise in Skandinavien, die Arbeiterorganisationen noch so kräftig entwickelt sein. Wir können es uns deshalb sparen auf die Verhältnisse in diesen kleineren Staaten hier näher einzugehen.

Wie war nun die Vertretung der verschiedenen Länder im Internationalen Sozialistischen Bureau und auf den internationalen Kongressen geregelt?

Die Zahlen der Vertreter und Stellvertreter der sozialistischen Parteien im Internationalen Sozialistischen Bureau waren nach dem 10. Bulletin des Bureaus vom Jahr 1913 folgende: Es hatten Frankreich 6; die Schweiz 5; Deutschland, Rußland je 4; Böhmen, Finnland, Großbritannien, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden, Serbien, Spanien, Ungarn-Kroatien je 3; Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Luxemburg, Polen, Rumänien, die Türkei, die Vereinigten Staaten von Amerika je 2; Argentinien 1 Vertreter. Auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen betrug die Gesamtzahl der Delegierten nach Prüfung der Mandate 896; auf die einzelnen Länder verteilten sie sich folgendermaßen: Argentinien 1, Belgien 26, Böhmen 44, Bulgarien 7, Dänemark 146, Deutschland 189, Finnland 19, Frankreich 49, Großbritannien 84, Holland 14, Italien 9, Norwegen 31, Österreich 65, Polen 24, Rumänien 2, Rußland 39, Schweden 86, Schweiz 13, Serbien 3, Spanien 5, Türkei mit Armenien 2, Ungarn 14, Vereinigte Staaten

24. Dagegen standen auf dem außerordentlichen internationalen Kongreß in Basel /1912/ den 75 deutschen und gar nur 13 englischen Vertretern 127 französische gegenüber. Die Verteilung der Stimmen an die einzelnen Nationen wurde auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart /1907/ folgendermaßen geregelt: Es erhielten Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland je 20, Italien 15, die Vereinigten Staaten 14, Belgien 12, Dänemark, Polen und die Schweiz je 10, Australien, Finnland, Holland und Schweden je 8, Spanien, Ungarn und Norwegen je 6, Südafrika, Argentinien, Bulgarien, Japan, Rumänien und Serbien je 4, Luxemburg 2 Stimmen. Welche Grundsätze diese Stimmenverteilung bestimmten, ist durchaus unerfindlich. Ich wenigstens vermag es weder mir noch anderen zu erklären, weshalb beispielsweise Österreich-Ungarn zusammen 26, dagegen Deutschland nur 20 Stimmen in die Wagschale werfen durfte, oder warum dem kleinen Dänemark mit seinen kaum 3 Millionen Einwohnern halb so viel Stimmen zuerkannt wurden wie Deutschland mit über 65 Millionen Einwohnern. Freilich mag es schwer gehalten haben die richtige Stimmenverteilung nach der Stärke der Parteien zu finden; aber man durfte dann auch nicht verlangen, daß die Parteien der einzelnen Länder sich bedingungslos den Beschlüssen internationaler Kongresse fügten, die auf solchem Weg zustande gekommen waren und überdies manchmal die reinen Zwangsgeburten waren.

Eine internationale Verständigung der Völker über ihre Lebensfragen ist eben vorläufig noch nicht durchführbar; erst die Zukunft wird sie bringen. Die Arbeiter eines jeden Landes fühlen, bewußt oder unbewußt, daß das Gedeihen der nationalen Volkswirtschaft wie ihrer weltwirtschaftlichen Verknüpfungen Vorbedingung der Erfolge ihrer organisatorischen Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lebenslage ist. Das ist von der alten Internationale zu wenig berücksichtigt worden. Daher brach sie zusammen, als der Sturmwind dieses Weltkriegs über sie dahinbrauste und ihre Ideologien in Fetzen riß. Dennoch hat auch sie zweifellos ihr Teil zur Verständigung unter den Proletariern der Welt beigetragen. Soll jedoch nach Beendigung dieses furchtbaren Krieges eine neue, bessere und vollkommenerere Internationale entstehen, so muß sie die Besonderheiten in den Lebensbedingungen der Nationen mit in Rechnung ziehen und zunächst bestrebt sein die Einigkeit der Arbeiterschaft innerhalb der einzelnen Länder selbst herbeizuführen. Denn wie soll eine internationale Einigkeit gedeihen, wenn die Arbeiter sich nicht einmal im Rahmen der Nation einigen können? Erst aus dem Saft der gesunden nationalen Zweige der Arbeiterbewegung wird der Baum einer neuen Internationale wahre Kraft zu saugen vermögen.

XX  
**RUDOLF WISELL · UNSER KURS BLEIBT DER GLEICHE**



ISHER haben die Gegner der Kriegskreditbewilligung in unserer Partei noch nirgends eine klare Begründung ihrer Auffassung gegeben. Immer nur kehrt in ihren Äußerungen das mehr oder minder betonte Argument wieder, daß ein Frieden schon heute möglich sei, wenn er nur ernstlich von der Regierung gewollt werde. So verschieden in der Minderheit auch die Anschauungen der einzelnen sonst sind: in dieser einen Meinung scheinen sie sich zu begegnen.

Daß die uns bekriegenden Staaten bisher noch nicht die geringste Friedensneigung bekundet haben, daß sich bei ihnen die Hoffnung auf unsere Niederringung noch nicht im geringsten erschüttert zeigt, das kümmert jene Genossen anscheinend nicht. Ja, wenn es lediglich auf unsern Friedenswillen ankäme, dann würde der Friede recht nahe sein. Aber leider ist dem nicht so. Und daher kann es bei der gegebenen politischen Lage nichts anderes geben als auszuharren, weiterzuarbeiten für die gemeinsamen Interessen unseres Volkes, die auf dem Spiel stehen und für die einzutreten ein elementares Gebot der Selbsterhaltung gerade der Arbeiterklasse ist. Daß jede, von uns und von der großen Mehrheit des deutschen Volkes wahrlich nicht gewollte Verlängerung des Krieges ungeheure Opfer erfordert, die auszugleichen jahrelange Friedensarbeit nötig sein wird, dessen sind wir uns natürlich wohl bewußt. Aber diese Opfer sind doch immer noch nicht dem gleichzustellen, was uns bevorstünde, wenn wir zurückweichen müßten: der Vernichtung Deutschlands und seiner Wirtschaft.

Genosse G. Eckstein macht in seiner Kritik an dem Buch der 16 Gewerkschafter Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis (auf die des weitem einzugehen sich erübrigt) einige recht wertvolle, sonst von der Minderheit (zu der er gehört) nicht vernommene Zugeständnisse. Er gibt nämlich zu, daß, wenn bei Beginn des Krieges wirklich einige Wirrköpfe der eben angedeuteten Gefahr gleichgültig gegenüberstanden haben sollten, das Schicksal Galiziens, Ostpreußens, Belgiens, Polens und Serbiens ihnen die Unsinnigkeit ihrer Haltung viel deutlicher gezeigt haben müßte, als alle Beweisführungen es vermöchten.<sup>1)</sup> Die Konsequenz dessen wäre ja nun: dem Reich die Mittel zu bewilligen, deren es zur dauernden Abwendung einer solchen Gefahr bedarf. Statt diese aber nun zu ziehen, setzt Eckstein seine Feder an, um direkt den Nachweis zu führen, daß für das industrielle Leben Deutschlands Annexionen nicht nötig seien. Das kann doch nur auf die Parteimehrheit gehen. Mit welchem Recht, ist mir unverständlich. In jenem Gewerkschafterbuch ist für die Ansicht, daß einer der Mitarbeiter Annexionen wünsche, auch nicht der geringste Anhalt zu finden. Es wird im Gegenteil in ihm mit Entschiedenheit der Gedanke an Annexionen auf dem europäischen Kontinent abgewiesen, und gerade im Interesse einer »weitsichtigen Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands.«<sup>2)</sup> Dieses gewerkschaftliche Kriegsbuch will eben vom Boden der Tatsachen aus die Interessen der deutschen Arbeiter am Kriegsergebnis untersuchen. Es ist dem Nachweis gewidmet, daß es um die deutsche Arbeiterklasse schlimm bestellt sein würde, wenn unsere Gegner ihr Ziel erreichten, wenn England und seine Verbündeten das Deutsche Reich schwächten, wenn es gelänge das industrielle Leben Deutschlands zu unterbinden. Die Grundlagen eines Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse bilden das unversehrte Reich und dessen blühendes Wirtschaftsleben. Daß eine Schwächung Deutschlands auch die deutsche Arbeiterschaft schwer treffen würde, leugnet auch Eckstein nicht. Daß das gewerkschaftliche Wirken der Arbeiter vielleicht auf Jahrzehnte zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein würde, könnte, wie Eckstein meint, »kein Mensch außerhalb des Tollhauses« bestreiten. Ist dem aber so, dann ist es unsere Pflicht dies den Arbeitern in voller Klarheit zu sagen. Die Minderheit hat das nicht getan. Und darum

<sup>1)</sup> Siehe die Literarische Rundschau im Vorwärts vom 15. Dezember 1915.

<sup>2)</sup> Siehe Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis /Berlin 1915/, pag. 48.

müssen wir diese Tatsache immer aufs neue hervorheben. Wir müssen Vorsorge treffen, daß der klare Verstand der Arbeiterklasse nicht durch dumpfe Stimmungen getrübt werde.

Solche dumpfe Stimmung erwächst aus dem Gefühl des Schreckens über die furchtbaren Opfer des Krieges, aus der durch den Krieg geschaffenen seelischen Not. Aber wenn wir sie auch verstehen können, so darf uns das doch nicht abhalten unsere Haltung nur nach der Vernunft der Realität einzurichten. Es wäre schlimm für das Volk wie für unsere Partei, wenn Stimmungen und nicht klare Erkenntnis unsere Handlungen bestimmen wollten. Wer gar an leitender und verantwortungsvoller Stelle steht, ist verpflichtet, trotz noch so berechtigten Empfindungen, nach wohlwogener Überlegung zu handeln. Man kann natürlich auch auf Grund ruhigen Nachdenkens zu verschiedener Beurteilung der gleichen Sachlage kommen. Ist das der Fall, so wird sich die Auseinandersetzung darüber in sachlichen Bahnen bewegen können. Aber wir dürfen nicht den Weltkrieg zu einer »Parteifrage« machen (wie kürzlich ein Parteiblatt sehr treffend sich ausdrückte). Dieses Ereignis ist zu gewaltig, als daß man darüber in der üblichen Parteitonart streiten dürfte.

Der Wunsch nach Frieden ist in der Mehrheit unserer Partei nicht geringer als in der Minderheit. Nur über die Sachlage ist man verschiedener Meinung. Wer zu der Erkenntnis gekommen zu sein glaubt, daß ein Frieden, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsmöglichkeit unseres Volkes nicht unterbindet, durch eine Regierung verhindert oder verzögert wird, die sich zur bewußten oder unbewußten Sachwalterin von Kriegsinteressenten macht, wird dieser natürlich keinen Pfennig bewilligen können, der ihr eine Fortsetzung des Krieges ermöglichte. Es kann sein, daß bei manch einem aus der Minderheit solche grundverkehrte Meinung wirklich besteht. Eigentlich ließe sich ja auch nur aus ihr die Haltung der Minderheit verstehen. Denn hieße es nicht die geistige Kapazität jener Genossen oder die Lauterkeit ihrer Gesinnung anzweifeln (wozu, wie ich zur Vermeidung jedes Mißverständnisses besonders betonen will, gar kein Grund vorliegt), wenn man annehmen wollte, daß lediglich die obenerwähnte Kriegsdepression oder eine Rechnungsträgerei gegenüber dieser Stimmung in den Massen ihre Haltung bestimmte? Immerhin steht man vor psychologischen Rätseln, wenn man weiß, daß auch unter diesen Parteigenossen sich solche befinden, die die uns durch eine Verwirklichung der englischen Absichten drohenden Gefahren erkennen und doch gegen die Kredite gestimmt haben; oder wenn man weiß, daß der eine oder andere trotz der Verweigerung der Kredite nach seinen beschränkten Mitteln die Kriegsleihe zeichnet, und zwar nur aus der Überzeugung heraus für seine Person das tun zu müssen, was getan werden kann, um der Regierung das Ausharren zu ermöglichen. Und diese Genossen können sich von der Ansicht nicht freimachen, daß die Regierung und mit ihr im Bund auch die Parteimehrheit das dem Volk schädliche Ziel verfolge den Krieg bis zu einer vollständigen Zerschmetterung der Gegner fortzusetzen. Es braucht nicht erst betont zu werden, wie irrig diese Auffassung ist. Ich bin fest davon überzeugt: Keiner der Kreditbewilliger verfolgt dieses Ziel. Wenn sie den Sieg Deutschlands wünschen, so nur in dem Sinn, daß die Absicht unserer Gegner uns in ihrem Willen aufzuzwingen zunichte gemacht wird.

Worum handelt es sich denn? Wir als Vertreter der Arbeiterklasse wollen die kapitalistische Produktion in die sozialistische überführen. Daß dieses unser Ziel nicht utopisch ist, daß seine Verwirklichung den Interessen der Allgemeinheit viel besser gerecht würde als der Kapitalismus es vermag, zeigt sich gerade in der gegenwärtigen Zeit. Heute hat es sich greifbar, fühlbar herausgestellt, daß die privatwirtschaftliche Produktion und Güterverteilung in schwerer Zeit den Gemeinschaftsinteressen nicht genügen kann. Aber von dieser Erkenntnis und von der Beschränkung und Aufhebung so mancher rein privatwirtschaftlichen Funktion bis zur Verwirklichung der vollen Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens ist noch ein weiter Weg. Solange wir in der bürgerlichen Welt mit ihrer privatkapitalistischen Produktion leben, verknüpfen uns mit ihr, die ja doch auch das Ganze der Nation umfaßt, Interessen, die preiszugeben die Durchführung des Sozialismus auf unabsehbare Zeit verschieben hieße. Es sei denn, daß man meinte, der Sozialismus könnte nach einer großen Katastrophe aus den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft erstehen. Die Erfahrungen der Menschheitsgeschichte zeigen aber, daß ein Übergang zu neuen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nur langsam, nur in steter Umbildung des Bestehenden möglich ist. Schwere Erschütterungen des gesellschaftlichen Lebens durch innere oder äußere politische Krisen können dabei die Geburtswehen einer neuen Zeit anzeigen. Aber wie das Kind sich aus dem Mutterschoß erst löst, wenn es lebensreif ist, die Vorbedingungen des selbständigen Lebens erlangt hat, so müssen auch für die neuen Zeiten die Vorbedingungen gegeben sein. Daß sie heute schon da sind, hat bisher noch niemand in unserer Partei behaupten können. Ich sehe auch nicht die Zeichen, die eine solche Annahme gerechtfertigt erscheinen ließen. Möglich, daß andere sie schon zu sehen glauben, daß sich daraus auch die einander widersprechenden Auffassungen, die dieser Krieg in der Partei gezeitigt hat, zum Teil mitergeben. Sollte das jedoch der Fall sein, dann bewegen sich unsere Auseinandersetzungen auf falschem Geleise, dann müssen wir uns eben über diese Grundfrage auseinandersetzen, und alles andere ist müßiger Streit. Solange indessen niemand es ausspricht, daß schon heute, gewissermaßen über Nacht, der Sozialismus möglich sei, kann ich diese Frage auf sich beruhen lassen. Wir leben in der heutigen Zeit mit ihren sozialen und politischen Formen, die wir in beständiger Arbeit in demokratischem und sozialistischem Sinn umzuwandeln trachten. Dazu bedürfen wir der Grundlagen unseres Staatswesens. Und diese sehen wir heute in Gefahr. Was sollen wir nun tun, wenn unsere Kriegsgegner uns immer noch ihrem Willen gefügig zu machen sich bemühen? Sollen wir mit den Waffen in der Hand dort stehen bleiben, wo wir stehen, und warten, bis es unseren Gegnern gefällt den Frieden zu schließen? Oder ist es nicht vielmehr notwendig, daß wir uns neue Hilfsmittel zu erschließen suchen, um unsere Gegner zu treffen, wo wir sie treffen können, und den Krieg zu beenden, der nun fast 19 Monate währt, und den immer weiter zu verlängern, um uns zu ermatten, das Haupt der Koalition, England, anstrebt?

Manche meinen vielleicht, wir sollten den Friedenswillen entschiedener zum Ausdruck bringen, als es bisher geschehen ist, um bei den Arbeiterklassen der uns feindlichen Länder einen Resonanzboden zu finden. Wenn



Mit dem Seziermesser ein Butterbrot zu bestreichen ist auch nicht praktisch. Aber mit stumpfem Taschenmesser sezieren wollen ist kein kühneres Unterfangen als mit unserer gewöhnlichen Lebenssprache wissenschaftliche Probleme zu erörtern. Darauf aufmerksam zu machen scheint mir doch einmal notwendig.

Leider hat diese Fehlerquelle in den Sprachen, wie sie geworden sind, nicht nur schlimme Folgen für das Denken der Menschen sondern auch für ihr Tun, das ja aus dem Denken fließt. Bei einer Betrachtung der beiden Begriffe Klassenkampf und Klassenstaat wird sich das besonders deutlich zeigen.

Bekanntlich meinen viele Sozialdemokraten, die Unterschiede zwischen den beiden Richtungen in der Partei lägen wesentlich darin begründet, daß die einen den Klassenkampf führten, und die anderen nicht; die Klassenkämpfer stünden dabei mit den wirtschaftlichen Tatsachen in Übereinstimmung, die anderen aber in Widerspruch. Die Reformisten gäben den Klassenkampf zum Schaden der Arbeiterinteressen auf. Der Begriff des Klassenkampfes ruht auf der unanfechtbaren Tatsache, daß in der privatwirtschaftlichen Produktionsweise zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern ein Interessengegensatz besteht: die Kapitalisten wollen möglichst hohen Profit, die Arbeiter möglichst hohen Lohn. Dieser Interessengegensatz besteht und kann nicht aus der Welt geschafft werden, solange die Gesellschaft die Produktionsmittel, die sie für ihre Arbeit braucht, statt sie selber anzusammeln, von Privaten ansammeln läßt und sich von diesen borgt. Wird nun aber aus dieser Tatsache der weitere Schluß gezogen, daß auf Grund dieses Interessengegensatzes zwischen der Klasse der Kapitalisten und der Klasse der Arbeiter alles und jedes zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter nur unter dem Gesichtspunkt des Gegensatzes zu beurteilen sei, so ist das eine völlig unzulässige Erweiterung der Idee der Gegensätzlichkeit. Das Wort Klassenkampf, das scharf an den Gegensatz zwischen Profit und Lohn nach vollzogener Wertzeugung anknüpfen sollte, wird viel zu allgemein aufgefaßt und erzeugt dann Gegensätzlichkeitsbegriffe und Gegensätzlichkeitsgefühle, die mit den Tatsachen durchaus nicht in Einklang stehen.

Jeder Arbeiter gibt davon selber einen Beweis. Wollte der Arbeiter sich von dem Gedanken des Gegensatzes zum Unternehmer allein leiten lassen, wollte er nur dem Gedanken Rechnung tragen, daß der Kapitalist ihn ausbeuten wolle, so müßte er es einfach ablehnen in die Dienste des Kapitalisten zu treten. Das wäre nur bittere Notwendigkeit? All unser Wollen steht aber unter irgendeinem Zwang der Verhältnisse. Wenn der Arbeiter zum kapitalistischen Unternehmer geht und für ihn arbeitet, obwohl er weiß, daß er von ihm ausgebeutet wird, so bezeugt er damit, daß es im Leben nicht angeht sich von einer Idee beherrschen zu lassen.

Es gibt trotz dem zweifellos bestehenden Interessengegensatz auch eine Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter. In der Welt, in der die Gesamtorganisation noch nicht gegeben ist, die über die nötigen Produktionsmittel verfügt, in einer Welt, in der die Gesellschaft die von ihr benötigten Produktionsmittel nur dadurch bekommen kann, daß sie sie sich von privater Seite bieten läßt, kann der Arbeiter nur dann be-

stehen, wenn er Lohn bekommt, wo daneben der Kapitalist Profit gewinnt. »Ohne Profit raucht kein Schornstein«, hat bekanntlich ein hervorragender Klassenkämpfer gesagt. Ohne Kapitalprofit kein Arbeitslohn. In der sozialistischen Gesellschaft der Zukunft wird ja der Kapitalprofit Privater in gewaltigem Umfang verschwunden sein; ein völliges Verschwinden in Aussicht zu nehmen hat in absehbarer Zeit keinerlei Wert. Daß dann aber ein sehr erheblicher Teil des Arbeitsertrags auch nicht den einzelnen Arbeitern zugute kommen kann sondern benutzt werden muß, um die gesellschaftliche Funktion zu erfüllen, die heute dem privaten Kapital zugewiesen ist, nämlich verbrauchte Produktionsmittel zu ersetzen und neu nötig werdende zu beschaffen, wird ja wohl auch dem einfachsten Arbeiterverstand klar sein. Innerhalb der kapitalistischen Welt bleibt uns aber nichts anderes übrig als einzusehen: Wenn die Arbeiter Lohn haben wollen, muß der Unternehmer Profit haben können. Es muß eben in erster Linie die Produktion als solche sichergestellt sein. Und damit ist neben dem Klassenkampf auch die Klassen solidariät gegeben.

Diese Solidarität erkennt der einzelne Arbeiter dadurch an, daß er sich in den Dienst des Unternehmers stellt. Er läßt sein Denken nicht durch das viel zu allgemeine Schlagwort Klassenkampf betäuben sondern macht mit dem Unternehmer seinen Arbeitsvertrag, der sicher zum Teil durch Machtverhältnisse, zum Teil aber auch durch beiderseitige Einsicht in notwendige Gerechtigkeit beeinflußt wird. Auf höherer Stufenleiter wiederholt sich diese Erkenntnis von dem Interessengegensatz und der Interessengemeinschaft beim Abschluß des Tarifvertrags zwischen Arbeiterorganisation und Unternehmerverband. Es ist bekannt, daß die Tarifgemeinschaft ebenfalls lange Jahre mit dem Begriff des Klassenkampfes bekämpft worden ist. Man meinte, die Tarifgemeinschaft widerspreche der Tatsache des Klassengegensatzes. Man hat gesagt, Menschen mit so gegensätzlichen Interessen dürften nicht freundschaftlich oder auch nur höflich und gemessen miteinander verkehren, der Geist der Feindseligkeit müsse den Arbeiter beherrschen, weil er sonst sich seiner eigenen Interessen nicht klar bewußt bleibe. Es wird übersehen, daß schon der individuelle Arbeitsvertrag dem widerspricht, daß bei aller zweifellos vorhandenen Gegensätzlichkeit, die zwischen Lohn und Profit besteht, doch auch Interessengemeinschaft vorliegt, eben das gemeinsame Interesse an der Sicherstellung und Höherentfaltung des betreffenden Produktionszweigs.

Die Tarifgemeinschaft hat gesiegt. Heute kämpft niemand mehr gegen sie an. Man hat aus der Wirklichkeit gelernt, daß die Organisationen zwar Lohnforderungen stellen können und müssen, daß aber doch über die Höhe der nach Recht und Möglichkeit zu stellenden Forderungen nur eine vernünftige Aussprache Klarheit schaffen kann, wobei gewiß auch das nicht aus dem Auge gelassen wird, daß organisierte Macht bei dieser Aussprache sehr wesentlich mit ins Gewicht fällt. So haben die organisierten Arbeiter gelernt sich als Macht zu organisieren und doch mit der andern Macht friedlich zu verhandeln.

Auch das Verhältnis zum sogenannten Klassenstaat kann nur durch solch ein genaues Denken richtig erfaßt werden. Man wird nicht in Abrede stellen, daß die herrschende Klasse den Staat benutzt, um durch seine

Organe ihre Interessen zu wahren. Dadurch erhält der Staat unter anderm auch Klassencharakter. Aber damit ist nicht im entferntesten gesagt, daß der Staat nur Klassenstaat sei, daß er gar keine anderen Funktionen habe. Wer will die gemeinsamen Staatsinteressen aller Klassen leugnen? Haben nicht alle Interesse an der Sicherheit des Lebens nach innen wie nach außen? Ist die Sicherheit des Eigentums nicht auch für den Arbeiter durchaus unentbehrlich? Daß der Arbeiter kein Eigentum habe, ist doch wohl nur eine übertreibende Redensart. Ist die Schule, ja auch die Polizei aller Art nicht auch für die Arbeiterklasse nützlich? Ja, ist nicht der Staat als Machtkörper, der das ganze sich in ihm abspielende Kulturleben schützt, ein vom Arbeiter im eminentesten Maß zu schätzendes Gut? Ich sollte meinen, das kommt uns gerade jetzt während des Krieges recht eindringlich zum Bewußtsein. Die Zahl derer, die da meinen, es komme auf den Schutz des Staates sehr wenig an, unter einer Fremdherrschaft könnten wir ebensogut existieren, dürfte doch wohl verschwindend sein, insbesondere wenn der wirkliche Ernst solcher Herrschaft näherkäme.

Der heutige Staat ist auch unser Staat, und er wird es um so mehr, je mehr wir uns in ihm als organisierte Macht zur Geltung bringen. Wieder kommt es zu dem alten Spiel zu enger Begriffe. Der Arbeiter soll erkennen, daß der Staat ein Klassenstaat ist. Damit er sich dessen bewußt bleibe, soll er nur gar nicht mit ihm zu sehr in ein Vertrauensverhältnis kommen, er soll ihn immer als feindseliges Wesen empfinden. Was ist die Folge? Eben daß der Staat als Klassenstaat wirkt, wird gerade durch diejenigen in hohem Maß mit verschuldet, die darüber sich empört zeigen, die immer wieder die Anklage erheben, daß der Staat sich als Klassenstaat gebe, die aber ganz übersehen, daß sie selber durch Überspannung des Klassenstaatsbegriffs alles tun, daß der Klassenstaat nicht schwinde, daß er sich nicht in den Staat der Gemeinnützigkeit umwandle. Man klagt darüber, daß nur die herrschende Klasse alle Ämter besetze. Aber wenn man die Gelegenheit hätte in staatliche Ämter zu kommen, falls man nur deutlich bekundete, daß man nicht den Staat selber und seine Notwendigkeiten verwirft, dann schreckt man zurück, dann will man von der Teilnahme am Staat nichts wissen, damit man von der Feindschaft gegen den Staat nicht loskomme. Solange diejenigen, die die Arbeiter befreien wollen, sich von dieser Begriffsverwirrung nicht losmachen können, solange sie nicht befreien, daß wir über dem, was uns vom Staat trennt, nicht vergessen dürfen, was uns mit ihm verbindet, so lange kann von wirklicher Befreiung der Arbeiterklasse nicht die Rede sein.

Da ist in unserm Staat nach der Verfassung ein Monarch der Inhaber der höchsten Gewalt, die durch Gesetz in ihrem Umfang umschrieben ist. Einer muß übrigens diese Macht haben. Es kann auch ein gewählter Präsident sein. Nach den gegebenen Machtverhältnissen, wie sie historisch geworden sind, ist es bei uns ein erblicher Monarch. Man kann meinen, auch er sei berufen die Klassenherrschaft zu schützen. Demgegenüber ist die Frage am Platz, ob die gewählten Präsidenten nicht vielleicht noch mehr Werkzeuge der herrschenden Klasse sein müssen. Doch davon ganz abgesehen, das Staatsoberhaupt ist da, es vertritt die Würde und Bedeutung des Staates. Die Achtung vor dem Staat erfordert auch Achtung vor der Würde seines Repräsentanten. Byzantinische Verehrung wird jeden mo-



〈mißverstandenen〉 Formen sie sich polypenhaft seit Generationen festgesaugt hatte. Die italienische Renaissance: das war die Klassik. Jede andere Baukunst war dieser gegenüber unmündig, tastend und mehr Gegenstand ethnographischer Entschuldigungen als künstlerischer Hingabe. Hoffentlich wird unser neues Verhältnis zur Türkei und zum Orient darin einen Wandel herbeiführen. Freilich denkt niemand daran die mohammedanische Baukunst unseren Architekten als ein neues Vorlage- und Nachschlagewerk zu empfehlen, das an die Stelle etwa des in so vielen Ateliers beliebten Biedermeiers träte. Ich denke nur, daß der Eintritt islamischer Baukunst in den Gesichtskreis von Publikum und Künstlerschaft die Wirkung von frischer Zugluft haben wird, die den angesammelten Staub fortbläst und Nerven und Sinne für etwas Neues aufnahmefähig macht.

Das, was die Künstler der italienischen Renaissance gebaut haben, ist leider bei uns stets in einem ganz bestimmten Sinn mißverstanden worden. Brunelleschis köstliches Meisterstück, der Raum von San Lorenzo, hat keine Fassade. Die nackte Ziegelwand an einem prosaischen Platz ist seine Stirn. Der geachtete Renaissancemensch aus dem Norden rümpft die Nase: Er sieht Pietätlosigkeit, Bummelei, wo in Wahrheit ein unverdorbenes Gefühl für die Souveränität des Schönen sich kundgibt. Der Florentiner weiß, daß Schönheit und Primitivität keine Feinde sind. Das Empfinden für Schönheit ist in ihm nicht durch außerkünstlerische Begriffe wie Vollständigkeit, Richtigkeit überreizt. Er nimmt die schöne Form als etwas Natürliches, nimmt sie fast leger. Und wer Italien nicht als Antiquar sondern als Mensch besuchte, der weiß, wie viel von der Schönheit italienischer Architektur in Wahrheit auf dieser unpathetischen Ästhetik beruht. Das macht den Eindruck der Madonna delle Carceri unvergeßlich, daß ihr edler Wohllaut, ihr runder, voller Schmuck im Schlichten, Simplen, Primitiven blüht. Aber die Verkünder der Renaissanceschönheit hatten für die im Leben dieser Bauten so ungeheuer wichtige Kontrastwirkung kein Auge. Sie sahen nur auf die *Werke*, die sie gleichsam in einen luftleeren Raum versetzten, und aus der Würde der Form, die ihnen zu eigen, machten sie ein Prinzip. Sie waren die geschworenen Feinde alles Simplen und Schlichten, und unter ihren Händen wurde, was im Wesen etwas Blütenhaftes ist, etwas Offizielles. Es ist das Bedauerliche, daß die 〈falsche, schiefe〉 Kanonisierung der italienischen Renaissance den allermeisten bei uns die Augen für jede Form verschlossen hat, die nicht feierlich, nicht voller Würde und *Bedeutung* ist. Die einfache Form ist bei uns geradezu etwas Verächtliches geworden. Der Begriff der Würde hat in dem letzten Jahrzehnt unsere Baukunst steril gemacht. Wenige fühlen bisher die Lächerlichkeit, wenn Kaufhäuser, Vergnügungsstätten, Verkehrs- und Geschäftsbauten ernster, wuchtiger und offizieller gebaut werden als der allmächtige Staat seine Gerichte, seine Kriegsministerien und Kirchen baut. Ein wahrhaft v o r u r t e i l s l o s e s Studium italienischer Renaissance müßte den Baumeistern die jetzige Art verleiden. Aber der Phrasenwall, der bei solchem Studium zunächst zu durchkämpfen wäre, ist ungeheuer massiv; man kann nur auf wenige Erfolge rechnen. Deshalb muß die Rettung von anderer Seite kommen. Die islamische Baukunst kann sie bringen.

An der mohammedanischen Baukunst haftet kein trübendes Vorurteil. Sie kann also rein und stark auf die Sinne wirken. So würde sie in den Ge-



pflichtigen Jugend bemerkbar mache. Die Kriminalität der Jugend zeige eine erhebliche Zunahme, der Besuch der Lichtspieltheater, Wirtshäuser und Konditoreien durch Jugendliche steigere sich, das Zigarettenrauchen nehme bedenklich zu, ebenso die Lektüre von Schundliteratur und das nächtliche Herumtreiben; selbst bei den jungen, kaum der Schule entwachsenen Leuten sei ein übertriebener Geldverbrauch zu beobachten. Diese Erscheinungen sollen durch die vorgeschlagenen Maßnahmen bekämpft werden. Als geeignete Mittel zu diesem Zweck empfiehlt die württembergische Regierung den Polizeibehörden und Gemeinden: 1. die Anwendung des § 119a Ziffer 2 der Reichsgewerbeordnung betreffend die Lohnzahlung für Minderjährige an die Eltern und Vormünder; 2. strenges polizeiliches Einschreiten gegen den Wirtshausbesuch junger Leute; 3. rasche und nachdrückliche Abrügung der Schulversäumnisse; 4. wirksame Vollziehung der Vorschriften über die öffentlichen Lichtspiele; 5. Erlaß ortspolizeilicher Vorschriften gegen das Herumtreiben der Jugend; 6. rechtzeitige Anregung vormundschaftsgerichtlicher Maßnahmen, namentlich der Fürsorgeerziehung in geeigneten Fällen.

Es ist anzunehmen, daß diese vereinzelt Beispielen behördlichen Vorgehens bald Nachahmung finden und Polizei- und Gemeindeverwaltungen allgemein einen scharfen Kampf gegen die Verwahrlosung der Jugend aufnehmen werden. Es liegt aber die Befürchtung nahe, daß als Folge dieses Kampfs sich eine weitere Ausdehnung der Zwangs- oder Fürsorgeerziehung ergeben wird. Das läßt uns die Frage aufwerfen, ob wirklich eine Notwendigkeit für derartige Maßnahmen besteht, und nicht besser andere Organe als die Polizei zur Hilfeleistung gegen die drohende Verwahrlosung heranzuziehen wären. Die zunehmende Kriminalität der Jugend ist nicht zu bestreiten. Wir haben es hier jedoch mit keiner neuen Erscheinung zu tun, sie ist bereits seit dem Jahr 1882 zu beobachten. Es wäre aber völlig falsch daraus auf einen sittlichen Verfall unserer Jugend schließen zu wollen. Die Zunahme der Kriminalität erklärt sich vielmehr durch die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und die damit zusammenhängende Wandlung der strafrechtlichen Anschauungen, ferner aus den Mängeln unserer Strafrechtspflege, die den Umwälzungen des wirtschaftlichen und geistigen Lebens nicht in genügendem Maß folgte. Was früher ein Dummerjungenstreich genannt wurde und dem Täter höchstens eine Tracht Prügel eintrug, gilt heute als strafrechtliches Vergehen, das den jugendlichen Sünder in ein hochnotpeinliches Verfahren hineinzieht und für seine ganze spätere Existenz von nachteiligem Einfluß sein kann. Dabei beachtet man nicht, wie viel schwieriger heute die Rechtsverhältnisse liegen, wie viel größer der Anreiz und die Verführung zu Verfehlungen sind, und wie wenig die Mehrzahl der Jugendlichen den Charakter und die Tragweite ihrer Handlungen zu erkennen vermag. Bei einem Strafmündigkeitsalter von 12 Jahren kann man sich über die Steigerung der Kriminalität der Jugendlichen unmöglich wundern. Das hat man denn auch bei den maßgebenden Stellen eingesehen, und so ist in den letzten Jahren durch die Einführung der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe wie der bedingten Begnadigung eine entschiedene Besserung eingetreten. Namentlich ist eine Abnahme in der Zahl der Vorbestraften zu konstatieren. (Sie steht freilich auch in Zusammenhang mit der Einführung der Zwangserziehung, die die Zöglinge hindert während ihrer Dauer neue strafrechtliche Verfehlungen zu begehen.) Da-

mit ist aber noch lange nicht genug erreicht. Es sind deshalb weitere Reformen unserer Strafrechtspflege erforderlich, vornehmlich in der Richtung einer Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters, einer Einschränkung der Freiheitsstrafen und der Einführung und weitgehenden Anwendung der bedingten Verurteilung.

Nach dem, was die Jugendgerichtshilfe bisher feststellen konnte, ist die Kriminalität der Jugend während des Krieges nicht unerheblich gestiegen, wenn auch eine genaue Zahlenvergleiche leider noch nicht möglich ist. Diese Tatsache ist um so auffälliger, als ein großer Teil der Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren, einer Altersstufe, die sonst in der Kriminalstatistik besonders stark hervortritt, als Kriegsfreiwillige ausscheiden. Um so stärker ist die Zunahme der Kriminalität bei den Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 Jahren, wie die nachstehende Zusammenstellung der Zahlen der Berliner Jugendgerichtshilfe in den Jahren 1913 bis Anfang 1915 zugewiesenen jugendlichen Angeklagten erkennen läßt:

Altersklasse Jahre	1. Vierteljahr			2. Vierteljahr		3. Vierteljahr		4. Vierteljahr	
	1913	1914	1915	1913	1914	1913	1914	1913	1914
12 bis 14	30	53	98	54	73	50	38	32	85
14 " 16	66	115	160	127	122	83	101	102	137
16 " 18	172	194	?	136	182	137	104	120	108

Danach ist die Kriminalität der 12- bis 14jährigen vom 1. bis zum 4. Vierteljahr 1914 von 53 auf 85, der 14- bis 16jährigen von 115 auf 137 gestiegen, der 16- bis 18jährigen dagegen von 194 auf 108 gesunken. Noch stärker ist die Steigerung, wenn man die 1. Vierteljahre 1913 und 1915 einander gegenüberstellt. Auffällig erscheint, daß bereits das 1. und das 2. Vierteljahr 1914 eine so starke Differenz gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1913 aufweisen, obwohl damals noch kein Krieg war. Die Erklärung dürfte wohl in der starken Arbeitslosigkeit liegen, die zu dieser Zeit in Berlin herrschte. Für die weitere Zunahme dagegen wird man den Krieg verantwortlich machen müssen. Die Ursachen liegen nahe genug. Tausenden von Familien ist durch den Krieg das Oberhaupt genommen. Die väterliche Autorität fehlt. Unter den Frauen aber gibt es nur zu viele, die zu schwach und energielos sind, um den väterlichen Einfluß bei den Kindern ersetzen zu können. Und selbst, wo das nicht der Fall ist, zwingt oft genug die Sorge um den Unterhalt die Mütter einem Erwerb nachzugehen und die Kinder fremder Obhut oder gar sich selbst zu überlassen. Besonders schlimm sind die unehelichen Mütter daran, die für den Unterhalt ausschließlich auf die unzulängliche Kindesunterstützung angewiesen sind und deshalb in jedem Fall einen Erwerb suchen müssen. Die Schulverhältnisse haben durch den Krieg ebenfalls gelitten. Ein regelmäßiger Unterricht, der die Kinder voll in Anspruch nimmt, ist nicht überall möglich, weil es an Lehrern mangelt und die Schulräume vielfach militärischen Zwecken dienen müssen. Die Kinder, die keine Unterkunftsmöglichkeit haben, hungern dann auf der Straße herum und sind deren nachteiligen Einflüssen ausgesetzt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Schulentlassenen. Da das Einkommen des Vaters wegfällt, sind sie gezwungen einer gewerblichen Beschäftigung nachzugehen. Durch die Einberufung der Handwerksmeister lösen sich auch zahlreiche Lehrverhältnisse auf, ohne daß Ersatz zu finden ist. Der Jugend-

liche, der bisher in der Lehre war, geht mit Alterskameraden, die sonst ebenfalls in die Lehre getreten wären, nun in die Fabrik. Hier bekommt er Geld in die Hände, und es fehlt eine strenge Kontrolle über dessen Verwendung. Durch den Mangel an Arbeitskräften haben sich teilweise die Löhne der Jugendlichen nicht unerheblich erhöht. Dadurch werden sie zu unnötigen und unüberlegten Geldausgaben verleitet, die die Altersgenossen mit geringerem Einkommen nicht mitmachen können. Das wiederum gibt nur zu leicht den Anreiz zu unehrlichen Handlungen, durch die neuer Geldbesitz gewonnen werden soll.

Es ist selbstverständlich, daß den Gefahren entgegengewirkt werden muß, die der Jugend durch diese Zustände drohen. Nur ist es ein Fehler dies durch Polizei und Zwangserziehung erreichen zu wollen, da die Erfahrung ja zur Genüge gelehrt hat, daß das Unglück bereits geschehen ist, sobald es erst zu deren Eingreifen kommt. Allgemeine Polizeimaßnahmen sind überhaupt wenig zweckmäßig als Erziehungsmittel; sie führen im übrigen nur zu leicht auch dort zu Belästigungen und Schädigungen, wo ein Eingriff gar nicht beabsichtigt war. Das wäre zum Beispiel in weitem Umfang von der Anwendung des § 119a Ziffer 2 der Gewerbeordnung zu befürchten. Das Recht zum Erlaß dahingehender statutarischer Bestimmungen steht den Gemeinden schon lange zu. Sie haben davon aber nur in ganz geringem Umfang Gebrauch gemacht, und sie hatten ihre guten Gründe für diese Zurückhaltung. Eine Änderung in diesen Verhältnissen ist um so weniger angezeigt, als im einzelnen Fall Eltern und Vormünder das gleiche Ziel auch ohne statutarische Vorschrift erreichen können. Ebenso wenig zweckmäßig wäre es die Anwendung der Zwangserziehung noch weiter auszudehnen. Die geltenden Bestimmungen gehen weit genug, und man macht schon heute reichlich von ihnen Gebrauch. Dazu ist es in Preußen, Baden, Hessen und Waldeck zulässig die Zwangserziehung bis zum 18. Lebensjahr, in Braunschweig und Hamburg sie für die ganze Dauer der Minderjährigkeit anzuordnen, während in Württemberg, Elsaß-Lothringen und Mecklenburg das 16. Lebensjahr die Grenze bildet, und dieses auch in Bayern und Sachsen nur in besonderen Fällen überschritten werden kann. Die vorteilhaften Wirkungen, die man von der Zwangserziehung erhoffte, haben sich bisher noch nicht in einwandfreier Weise feststellen lassen, so daß immer noch sehr geteilte Ansichten darüber bestehen. So viel steht jedenfalls fest, daß sie den einstigen Erwartungen nicht voll entsprach und man sie deshalb nicht überschätzen darf. Und zwar gilt das für die Anstalts- wie für die Familien-erziehung. In beiden Fällen ist eine Bürgschaft für eine gute pädagogische Einwirkung und das körperliche und sittliche Gedeihen des Fürsorgezöglings nicht gegeben.

Sehr viel zweckentsprechender als eine Ausdehnung der Fürsorgeerziehung erscheint es deshalb die Fürsorgeeinrichtungen für die Kriegerfamilien und die Jugendlichen weiter auszubauen und so vorbeugend zu wirken. Hier liegt noch vieles im argen. Das Reich hat die Unterstützungssätze für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer erhöht, aber auch diese erhöhten Sätze reichen für den Unterhalt nicht aus. Freilich sollen auch die Gemeinden Zuschüsse leisten; nur zu oft kommen sie indes dieser Verpflichtung nicht oder nicht in ausreichendem Maß nach. So bleibt den Kriegerfrauen nichts übrig als einer Erwerbsarbeit nachzugehen, selbst wenn sie wissen, daß die

Erziehung der Kinder dabei leiden muß. Ebenso fehlt es in zahlreichen Gemeinden an geeigneten Institutionen zur Unterbringung der Kinder, wie Kinderheimen, Horten usw., in anderen sind sie nicht in genügender Zahl vorhanden. Dieser Mißstand ist vor allem auch der Zersplitterung der Jugendfürsorgeorgane geschuldet. So stellt der Bericht der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge mit Bedauern fest, daß nach Ausbruch des Krieges sogar in Groß Berlin neben den kommunalen und den großen privaten Fürsorgeorganisationen eine ganze Reihe loser Vereinigungen und Komitees ins Leben traten und Auskunftsstellen, Heime, Küchen, Horte, Krippen usw. schufen, für die häufig gar kein Bedürfnis vorlag. Das gleiche geschah natürlich an zahlreichen anderen Orten. Solche Gründungen haben in der Regel nur eine sehr kurze Lebensdauer, sie gehen durch die Unzulänglichkeit der Organisation oder auch aus Mangel an Geldmitteln schnell zugrunde. Die dafür aufgewendeten Summen sind dann fortgeworfen, während sie bei einer Zentralisation der gesamten Fürsorge gute Dienste leisten könnten. Es wäre insbesondere die Aufgabe der Gemeinden eine solche Zentralisation anzubahnen, denn die Gründung von Fürsorgeeinrichtungen für Kinder und Jugendliche ist in erster Linie deren Pflicht. Auch ständen ihnen in der Lehrerschaft die geeignetsten Aufsichtspersonen dafür zur Verfügung. Ausreichende Unterstützung der Frauen und gute Unterbringung der Kinder würden die Verwilderung und Verwahrlosung der Jugend besser verhüten als alles andere.

Schwieriger ist die Lösung des Problems für die schulentlassene Jugend, weil hier Zwangsmittel mehr oder weniger ausscheiden. Für die Fortsetzung der beruflichen Ausbildung sind die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben. Der gewerbliche wie der Fortbildungsschulunterricht wird auch während des Krieges, wenn auch in beschränktem Umfang, aufrechterhalten. Die Kontrolle des Unterrichtsbesuchs ist leicht durchführbar. Anders und ungünstiger liegen die Dinge jetzt bei der Berufsbildung. Eltern und Lehrlinge stehen den Verhältnissen hier oft hilflos gegenüber. Durch Beratung wie durch Vermittlung von Lehrstellen könnte, wie es vereinzelt mit gutem Erfolg bereits geschehen ist, Besserung geschaffen werden, ebenso müßte die berufliche Ausbildung der jungen Leute durch eine ständige Kontrolle sichergestellt sein. Auch diese Aufgabe wäre am besten den Gemeinden und ihren Organen zu übertragen. Eine wertvolle Mithilfe könnten dabei die Funktionäre der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen leisten, die ohnehin durch Unterstützung und Beratung der Familien der Kriegsteilnehmer die Fühlung mit ihren zum Heeresdienst einberufenen Mitgliedern aufrechtzuerhalten suchen, denen es also nahe genug läge sich auch der aus der Schule entlassenen jungen Leute anzunehmen.

Neben alledem bleibt jedoch noch anderes zu tun. In ihrer freien Zeit ist die schulentlassene Jugend im wesentlichen sich selbst überlassen. Die privaten, meist konfessionellen Jugendorganisationen legen nicht genügenden Wert darauf die jungen Leute zur richtigen Verwendung ihrer Mußstunden anzuführen, ihrem Streben Ziel und Richtung zu geben. Die übergroße Mehrzahl der Jugendlichen wird aber von diesen Organisationen überhaupt nicht erfaßt, bleibt also von allen Jugendfürsorgebestrebungen unberührt. So teilt der Bericht des Hauptausschusses für Jugendpflege in Berlin mit, daß den ihm angeschlossenen Vereinen insgesamt nur 35 000 Jugendliche im Alter

von 14 bis 18 Jahren angehören, während in Berlin rund 216 000 Jugendliche dieses Alters existieren. Abgesehen von den freien Jugendorganisationen umfaßt die private Jugendpflege also nur etwa 16 % der Jugendlichen. Auch die Mitgliederzahl der freien Jugendbewegung ist vorläufig im Verhältnis zur Gesamtzahl der jungen Arbeiter noch recht unbedeutend. Ein weites Feld für Organisationsarbeit liegt hier noch vor uns.

Bedauerlicherweise besteht jedoch augenblicklich nicht die Möglichkeit zu einer umfassenden und intensiven Werbetätigkeit, da es überall an den erforderlichen Kräften fehlt. Dennoch könnte und sollte im Interesse der Jugend mehr geschehen, vor allem dort, wo Jugendorganisationen bereits vorhanden sind. Dem Mangel an Kräften wäre einigermaßen dadurch abzuhelfen, daß man Jugendorganisationen, Arbeiterturn-, -sport- und -touristenvereine zusammenschließt. Dabei müßte man selbstverständlich darauf verzichten nach einem für normale Zeiten berechneten großen Programm zu arbeiten. Fände nur überhaupt eine Vereinigung und Sammlung der Jugend statt, so könnte man, ohne sie zu schädigen, während des Krieges ruhig die geistige Bildungsarbeit hinter die körperliche Betätigung zurücktreten lassen. Was dabei versäumt wird, läßt sich jederzeit nachher wieder einholen. Die Hauptsache bleibt nur immer, daß wir dafür sorgen den jungen Leuten gerade jetzt in den Jugendorganisationen eine Stätte des Beisammenseins und gemeinsamer Tätigkeit zu erhalten und ihnen so nicht nur für die Zukunft ihre Vereine zu retten sondern sie auch vor den Gefahren zu behüten, die ihnen gegenwärtig mehr als in normalen Zeiten drohen.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Politik / Max Schippel

**England: Wehrpflicht** Den Kampf um die Wehrpflichtvorlage hat der englische Ministerpräsident

Asquith zweifellos mit großem parlamentarisch-taktischen Geschick zu Ende geführt. Den Iren ermöglichte es die eingeräumte rechtliche, tatsächlich jedoch wenig bedeutende Ausnahmestellung, daß sie von jeder weitem Protestbekundung abzusehen vermochten. Die Arbeiteropposition wurde zusehends schwächer, und die ausdrückliche Zusage, daß die Zwangsaushebung in keiner Weise zu der befürchteten Arbeitsverpflichtung führen solle, dämpfte die letzten Zweifel, so daß selbst die 3 Arbeitervertreter im Ministerium ihr Rücktrittsgesuch zurückzogen. Am 24. Januar brachte die abschließende 3. Lesung 383 Stimmen für die Bill, und nur 36 Stimmen dagegen. Von letzteren entfielen 30 auf die Liberalen, nur 6 auf die Arbeiterabgeordneten (Anderson, Goldstone, Parker, Richardson, Snow-

den; Thomas, der noch hierher zu zählen sein würde, hatte sich mit einem Liberalen abgepaart); die Stimmenthaltung hatten allerdings mehr (19) Arbeiterabgeordnete vorgezogen als sich unmittelbar für die Vorlage erklärten (14). Im ganzen wird man leider sagen müssen, daß hier abermals eine der größten politischen Entscheidungen die Arbeiter, wie so oft, vollkommen unvorbereitet traf. Die scheinbar so entschlossenen und nachdrücklichen Proteste auf Konferenzen, Kongressen und gelegentlich durch Urabstimmungen gleichen deshalb leeren Theaterdonnern. Die ausgezeichnet unterrichtete Bau-meistersche Internationale Korrespondenz faßt rückblickend alle diese Vorgänge dahin zusammen: »Anfang Januar 1916 brachte die englische Regierung die Wehrpflichtvorlage ein. Im September 1915 beschloß der Bristolser Gewerkschaftskongreß den Militärzwang zu bekämpfen. Am 6. Januar beschloß die Londoner außerordentliche Konferenz der 1000 Delegierten der englischen Arbeiterklasse, daß die Arbeiterfraktion

gegen die Vorlage stimmen soll. Am 13. Januar beschloß die Bergarbeiterkonferenz im gleichen Sinne. Am 24. Januar wurde die 3. Lesung der Vorlage angenommen und letztere am 27. Januar zum Gesetze erhoben. Wie verhielt sich die Arbeiterfraktion zu ihr? Die Fraktion besteht aus 40 Mitgliedern, wovon 3 im Ministerium sitzen und an dem Zustandekommen des Gesetzes mitgewirkt haben. Bei der 1. Lesung stimmten 12 Arbeiter (einschließlich der 3 Minister) für, 13 gegen, 15 Enthaltungen. Bei der 2. Lesung 20 für, 11 gegen, 9 Enthaltungen. Bei der 3. Lesung 14 für, 7 [6?] gegen, 19 Enthaltungen. Am 27. Januar nahm der Kongreß der Arbeiterpartei ein Vertrauensvotum für die Arbeiterfraktion an, ebenso für die 3 Arbeiterminister.« Kein Wunder, daß einige der am schlimmsten arbeiterfeindlichen Blätter die Gelegenheit für Neuwahlen nicht vorübergehen lassen wollten, um zu einer »verjüngten und neugestärkten« Gesamtregierung zu gelangen.

England und seine Verbündeten

Bei den parlamentarischen Beratungen und mehr noch bei den Preßauseinandersetzungen trat wiederholt scharf hervor, daß England, schon um den wachsenden Mißmut seiner Verbündeten abzuschwächen, endlich einmal den denkbar stärksten Beweis für seine eigene Opferwilligkeit beizubringen gedachte. Trotzdem tauchen innerhalb der Alliierten immer neue Verstimmungen auf. Am meisten augenblicklich wohl in Italien, das durch die Preisgabe Serbiens und schließlich durch die Eroberung Montenegros und den österreichischen Vorstoß nach Albanien sein Streben nach Herrschaft oder Teilherrschaft in der Adria bedenklich gefährdet sah. Italienische Blätter wendeten sich deshalb in bitteren Worten gegen die kurz-sichtige hoffnungslose Kraftvergeudung an den Dardanellen, während die befreundeten, strategisch unersetzlichen Balkanländer von den gegnerischen Heeren ungehemmt überflutet werden konnten. Die Londoner Presse erwidert jedoch mit einer ähnlichen Aufzählung der Enttäuschungen durch Italien. »Wir gestehen zu«, urteilen beispielsweise die Times vom 13. Januar, »daß sich gegen die Gallipolioperationen vieles einwenden läßt; aber wir vertrauen nicht minder darauf, daß die Presse Italiens im gleichen Geiste der freundschaftlichen und bundesgenossenschaftlichen Offenheit andererseits uns das Recht einräu-

men wird: unsere Verwunderung zu bekunden, warum Italien es zuließ, daß eine so wichtige Stellung wie der Berg Lowtschen (eine Stellung, die mehrfach die italienische Diplomatie zu festem Eingreifen zwang) verloren gehen konnte, ohne jedes sichtbare Bemühen der montenegrinischen Verteidigung angemessen zu Hilfe zu kommen. Das Interesse Italiens an der Aufrechterhaltung Montenegros war mindestens so unmittelbar wie das Englands an der Öffnung der Dardanellen.« Bleibe Österreich ungestört im Besitz des hohen Lowtschen, so könne es Cattaro, den besten Kriegshafen der Adria, zu einem »adriatischen Gibraltar« machen. Unterden sind jedoch neue italienische Klagen laut geworden. Die immer stärkere Inanspruchnahme der englischen Handelsschiffslotte durch die englische Regierung, um die Frachten von ihrer schwindelnden Höhe herabzubringen und manche der dringendsten Warenzufuhren überhaupt zu sichern, hat um so stärker Italien von den notwendigen Seetransportmitteln entblößt. Vor allem die Kohlenförderung stockte fast ganz, die alten Zufuhren aus Deutschland waren erst recht unterbunden, so daß die Industrie und der Landtransport schwerste Tage vor sich sahen. Anfang Februar ließ sich die englische Regierung endlich herbei eine Anzahl von Dampfern für den ausschließlichen Dienst nach Italien abzuordnen, zu den selben Frachtbedingungen, denen die Dampfer im Dienst der englischen Staatsmarine unterliegen. Dieses Abkommandieren steigert jedoch wiederum die Schwierigkeiten in England selber, und die Teuerung, die zu einem guten Teil in den enormen Frachtaufschlägen wurzelt, bringt dem flottenstarken Inselreich seit langem schon die Grenzen auch seiner Seegewalt zum Bewußtsein. Die lange vorbereitete Verschärfung der Blockade gegen Deutschland machte sich gleichfalls nicht so einfach; man ver-tagte sie im letzten Augenblick nochmals, weil Präsident Wilson, in Kansas, das Recht Amerikas auf ungeschmäler-ten Absatz seines Weizens und seiner Baumwolle an alle Welt bestimmter als sonst betont hatte, und weil man bei den letzten kritischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten jede Ablenkung auf England zu verhüten trachtete. Selbst Husarenstrieche wie die Fahrten der Möwe und das Aufbringen der Appam lasten unter solchen Umständen schwer auf dem einst so unerschütter-

lichen englischen Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen.

Dazu drängen die ostasiatischen Erfahrungen, ohne daß sich während des Krieges etwas nach dieser Richtung tun läßt, allem Anschein nach einer sehr unliebsamen Zwangslage zu. Denn von Monat zu Monat wird es offensichtlicher, daß Japan den Zeitraum der freien Hand zu einer gründlichen Festigung seines Einflusses in China und der benachbarten Inselwelt ausnutzt, und daß es sich gegen etwaige spätere Gegenaktionen bereits den Rücken zu decken sucht: in erster Linie doch wohl gegen England, und wenn es sein muß, selbst unter russischem Beistand, den manche japanische Politiker bereits durch eine weitere Verständigung mit Deutschland ergänzt zu sehen wünschen.

Der heimlichen Sorgen gibt es demnach genug, und es ist eitel Prahlerei, wenn England vor der großen Öffentlichkeit jeden Gedanken an eine Kriegsbeendigung vor der »völligen Zerschmetterung des preußisch-deutschen Militarismus« entrüstet ablehnt.

×

Amerika und Deutschland

Für die von außen ungestörte Verschärfung der englischen Handelskriegführung und für die erstrebte wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands kam es ersichtlich mehr und mehr auf die Haltung der Vereinigten Staaten, des wichtigsten neutralen Landes, an. Hier ist augenblicklich noch kein bestimmtes Ergebnis zu verzeichnen, obwohl mitunter jeden Tag die Entwicklung zu einer entscheidenden Krisis zu drängen schien. Vor allem eine Rede, die Wilson Ende Januar in New York vor der Railway Business Association hielt, belebte die Hoffnungen der Deutschenfeinde von neuem, weil sie mit allen früheren Wilsonschen Äußerungen in so scharfem Widerspruch stand, daß man unwillkürlich einen ganz außergewöhnlichen Anlaß und Zweck vermuten mußte. Wilson sprach am Anfang des Krieges stets als vollkommener Pazifist. Noch im Mai 1915 betonte er in Philadelphia: »Das Vorbild Amerikas muß ein ganz besonderes sein, nicht nur des Friedens, weil es nicht Krieg führen will, sondern weil der Frieden stets die heilende, belebende Kraft bildet, und der Krieg nicht. Wie man sich einen einzelnen Mann vorstellen kann, der zu stolz ist sich zu schlagen, so kann ein Volk so sehr im Recht sein, daß es andere nicht durch Gewalt von seinem Recht zu überzeugen braucht.«

×

Aber 7 Monate später, in seiner üblichen Botschaft an den Kongreß, kehrte sich der Präsident in leidenschaftlichen Worten gegen jene fremdbürtigen Bürger, die die großzügigen amerikanischen Einbürgerungsgesetze und die dadurch gebotene Bewegungsfreiheit mißbraucht hätten, um »Gift und Treulosigkeit in die Adern unseres öffentlichen Lebens zu träufeln«, und er betonte die Notwendigkeit des weitestgehenden gerichtlichen Einschreitens, um diese gewissenlosen Fremdelemente von ihrer »korrupten Entartung« zu heilen. In der selben Botschaft hatte er alsdann darauf hingewiesen, wie unbedingt notwendig es sei »die Nation gründlich vorzubereiten, daß sie für die eigene Unverletzlichkeit eintrete und alle ihre Freiheiten sichere«. In New York war die Sprache noch erregter, die man allgemein auf die Auseinandersetzung mit den Deutschamerikanern und Deutschland bezog: »Ich habe den Frieden gegen sehr große und zuweilen sehr unfaire Widerstände zu wahren gesucht. Aber es gibt Dinge, die den Amerikanern noch höher stehen als der Frieden. Sie lieben die Grundsätze, auf denen ihr ganzes politisches Leben aufgebaut ist. . . Gibt es irgend etwas, wofür ein Volk kämpfen sollte, wofür jedes Volk kämpfen sollte, so ist es die Unverletzlichkeit seiner eigenen Grundsätze. Wir können unsere Anschauungen und Überzeugungen nicht von uns werfen. Lieber würde ich Gebietsteile preisgeben als die Ideale, die für die Seele der Kern des Lebens sind.« Man könne hier, was die internationalen Beziehungen anlange, nicht wissen, was vielleicht schon der nächste Tag bringt, und ob das Morgen noch so wolkenlos sein werde wie das Heute. An diese Worte klammerte sich gierig alles, was wegen des Unterseebootkriegs auf ein unheilbares Zerwürfnis zwischen Deutschland und Amerika rechnete; der ungeheure Einfluß der englischen internationalen Stimmungsmache trat bei dieser Gelegenheit wieder schlagend hervor. Eine andere Richtung schlug jedoch ein paar Tage darauf die bereits erwähnte Ansprache in Kansas ein: »Noch etwas anderes sollten wir schützen, nämlich unser Recht alles, was wir erzeugen, auf den Außenmärkten der Welt zu verkaufen. Wo eine wirkliche Blockade ist, erkennen wir das Blockaderecht an. Wo normale Einschränkungen bestehen, wie sie der Kriegszustand mit sich bringt, achten wir diese Schranken. Aber die Welt braucht den Weizen von den Äckern

von Kansas und von den anderen großen blühenden Ackergefilde der Vereinigten Staaten, und wir haben ein gutes Recht Lebensmittel an nichtkriegsführende Bevölkerungen zu senden, wenn oder wo immer die Kriegsverhältnisse dies unter den normalen Vorschriften des internationalen Rechts möglich machen. Wir haben ein Recht sie mit unserer Baumwolle zu versorgen, sie zu kleiden. Wir haben ein Recht ihnen unsere Industrieerzeugnisse zuzuführen.« Diese Worte beweisen zum mindesten, daß große Wählerschichten, vor allem des landwirtschaftlichen Innern, sich noch durch ganz andere Vorgänge als die Gefährdung der Passagierschiffe durch Deutschland, in ihren Interessen schwer geschädigt fühlen und hier den amerikanischen Einfluß zur Geltung gebracht sehen möchten. Die englische Presse glaubt jedoch über diese »Entgleisungen« nach wie vor geringschätzig hinwegsehen zu können. »Einem solchen Pronunziament«, meint der Washingtoner Korrespondent der Times, anscheinend noch immer seiner Sache unbedingt sicher, »könnte in Anbetracht der schwebenden Auseinandersetzungen eine schwerwiegende Bedeutung zukommen, müßte man nicht, wie ich schon immer betonte, an die Präsidentenreise hauptsächlich den Maßstab der innern Politik anlegen«, das heißt: der möglichst stimmungsvollen Vorbereitungen zur nächsten Präsidentenwahl.

×  
Unterseeboot-  
krieg

×  
Durch eine (den 8. Februar gezeichnete, in der Norddeutschen Allgemeinen

Zeitung vom 11. Februar veröffentlichte) Denkschrift an die Neutralen hat die deutsche Regierung eine Verschärfung des Unterseebootkriegs begründet und angekündigt. Den Anstoß dazu gaben die mehr als sonderbaren Erfahrungen mit den englischen bewaffneten Handelsschiffen. Die seit 1913 auf Churchills Anregung planmäßig eingeführte Bewaffnung zahlreicher, meist erstklassiger Liniendampfer stieß von vornherein auf allen Seiten auf schwere Bedenken und häufig genug auf scharfe völkerrechtliche Verwahrungen. Schließlich fügte sich jedoch während des Krieges der größte Teil der Neutralen, weil die englische Regierung jederzeit die bündige Erklärung abgab, daß solche britischen Kauffahrteischiffe niemals zu Angriffszwecken sondern nur zur Verteidigung bewaffnet seien, daß sie infolgedessen niemals feuern würden, es sei denn, daß zuerst auf sie gefeuert werde. So

versicherte in Washington, unter dem 25. August 1914, kurz nach Eröffnung der Feindseligkeiten der britische Botschafter dem Staatssekretär des Auswärtigen: »Ich habe die Ehre zu wiederholen, daß die Bewaffnung von britischen Handelsschiffen lediglich eine Vorsichtsmaßregel darstellt, die zum Zweck der Verteidigung gegen Angriffe feindlicher Fahrzeuge getroffen worden ist. Ich bin zugleich von Seiner Majestät Erstem Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten mit Weisung versehen worden der Regierung der Vereinigten Staaten die weitestgehenden Versicherungen zu geben, daß britische Handelsschiffe niemals zu Angriffszwecken verwendet werden, daß sie ausschließlich dem friedlichen Handel dienen und nur zur Verteidigung bewaffnet sind, daß sie niemals feuern werden, wenn nicht zuvor auf sie gefeuert worden ist, und daß sie unter keinen Umständen jemals ein Schiff angreifen werden.« Nach den von deutschen Seestreitkräften mehrfach auf weggenommenen Schiffen aufgefundenen geheimen Anweisungen der britischen Admiralität wurde jedoch diesen *friedlichen* Schiffen angeraten »das Feuer auf weite Entfernung zu eröffnen, sobald es sicher ist, daß das Unterseeboot in der Tat verfolgt«, »das Feuer auch zu eröffnen, auch wenn das Unterseeboot noch keine entschiedenen feindliche Handlung, wie zum Beispiel Abfeuern eines Geschützes oder Torpedos, begangen hat«. Mit gutem Grund wird deshalb zugleich »empfohlen, daß in neutralen Häfen die Bewaffnung so weit als möglich verborgen wird«, »eine Segeltuchdecke wird für diesen Zweck empfohlen«. Aus noch triftigerem Grund ist die Anweisung überschrieben: »Vertraulich. Unter keinen Umständen darf dieses Schriftstück in die Hände des Feindes fallen. Es darf nicht abgeschrieben werden und ist, wenn nicht unmittelbar im Gebrauch, sicher an einem Platz aufzubewahren, wo es jeden Augenblick vernichtet werden kann.« Die deutsche Reichsregierung, und ihr sich anschließend die Regierung Österreich-Ungarns, zieht nun aus diesen Erfahrungen die Folgerung: »1. Unter den vorstehend dargelegten Umständen haben feindliche Kauffahrteischiffe, die mit Geschützen bewaffnet sind, kein Recht mehr darauf als friedliche Handelsschiffe angesehen zu werden. Die deutschen Seestreitkräfte werden daher nach einer kurzen, den Interessen der Neutralen Rechnung tragenden Frist den

Befehl erhalten solche Schiffe als Kriegsführende zu behandeln. 2. Die Deutsche Regierung gibt den neutralen Mächten von dieser Sachlage Kenntnis, damit sie ihre Angehörigen warnen können weiterhin ihre Person oder ihr Vermögen bewaffneten Kauffahrteischiffen der mit dem Deutschen Reiche im Kriege befindlichen Mächte anzuvertrauen.« Für die deutsche Seekriegführung bedeutet dieser Entschluß die Eröffnung einer freieren, ungehemmten Betätigung gegen England und seine Verbündeten. Schließen sich vollends die Neutralen der deutschen Anschauung an (und darum sind besonders die nächsten Vorgänge in Washington von so außerordentlicher Wichtigkeit), so würden sie nicht nur Handelsschiffen solcher Art die bisher oft gewährten Vorrechte nicht mehr einräumen können; sie dürften ihnen, wie Kriegsschiffen, nur noch ein kurzes Verweilen in ihren Häfen, zur Kohleneinnahme und ähnlichem, gewähren; sie würden ihre Überseereisenden und ihre Warenverfrachter vor Benutzung solcher Schiffe warnen müssen.

X

X

**Kurz Chronik** Der politische Schriftsteller Francis Charmes ist in Paris im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war früher der Auslandspolitiker des Journal des Débats, später, nach dem Tod Brunetières, der Herausgeber der Revue des Deux Mondes, für die er auch die weltpolitischen Übersichten schrieb. Seine Studien zeichneten sich durch sachliche und klare Schreibweise aus. Charmes war auch Mitglied der Akademie. X Mit dem Übertritt der deutschen Schutztruppe und der ihr angeschlossenen Eingeborenen auf spanisches Gebiet enden vorläufig die Kämpfe um Kamerun: bis zu den späteren Friedensverhandlungen, deren Richtung wesentlich durch die großen europäischen Kämpfe bestimmt sein wird. In diesem Schutzgebiet wurde vor nahezu 32 Jahren, im Juli 1884, zuerst die deutsche Flagge gehißt; im November 1911 brachte der Kiderlenvertrag mit Frankreich sogar noch einen Zuwachs und eine Abrundung. Als einziges festgehaltenes deutsches Kolonialgebiet bleibt nunmehr nur noch Deutsch Ostafrika. X Zum neuen Vizekönig von Indien wurde Lord Chelmsford, der heute in der indischen Armee dient, ernannt. Sein Vorgänger Lord Hardinge war einer der eifrigsten Förderer der deutschfeindlichen Einkreisungspolitik. Vor etwa 3 Jahren wurde er beim feierlichen Einzug in

Delhi in einem Attentat verwundet. Seine 5jährige Amtszeit wäre schon im November abgelaufen gewesen; doch sah man in London wegen des Krieses von einem Personenwechsel zunächst noch ab.

### Staatssozialismus / Edmund Fischer

**Viehhandelsmonopol** Der gesamte Viehhandel Preußens ist durch eine Verordnung des preussischen Ministeriums vom 19. Januar 1916 mit einem Schlag staatlich monopolisiert worden. Der wesentliche Inhalt dieser Neuregelung, die am 15. Februar in Kraft trat, ist hier bereits in der Rundschau Wirtschaft (in diesem Band, pag. 113) mitgeteilt worden. Man kann diese Einrichtung nicht als eine nur vorübergehende Kriegsmaßregel betrachten. Denn sie hat das zum Ziel, was bereits vor dem Krieg zur Bekämpfung der fortgesetzten Steigerung der Fleischpreise sich notwendig machte und angestrebt worden ist: die Ausschaltung des wilden, verteuernenden Zwischenhandels. Die Grundlage für die Entwicklung des reinen staatlichen Viehhandelsmonopols ist jedenfalls nun vorhanden, zumal die Einrichtung unter der Kontrolle des vom Reichstag geschaffenen Beirats steht. Die Städte können nun in unmittelbare Geschäftsverbindung mit den Fleischproduzenten treten, und die kommunale Fleischversorgung ist erleichtert. Der Weg, den das Fleisch vom Stall bis zur Küche zurückzulegen hat, wird verkürzt, der gegenseitigen Preistreiberei ist ein Riegel vorgeschoben.

Selbstverständlich bedarf diese Einrichtung des Ausbaus, der sich aus den Erfahrungen heraus vollziehen muß. Eine ähnliche behördliche Zusammenfassung des Handels läßt sich aber auch auf den anderen Gebieten der Lebensmittelversorgung erstreben und so eine einheitliche staatliche Regelung der Lebensmittelversorgung zustande bringen. Es muß nun auch verlangt werden, daß die anderen Bundesstaaten dem Beispiel Preußens folgen, so daß dann die Einrichtung unter die Oberleitung des Reichstags gestellt werden kann, wozu die Vorarbeit durch die Ernennung des Beirats bereits getan ist.

X  
**Murkraftwerk** Vom badischen Murkraftwerk, das in diesem Jahr in Betrieb genommen werden soll, gibt Dr. Hans Schutzer in einem als 34. Heft der Volkswirtschaftlichen Abhandlungen der badischen

Hochschulen /Karlsruhe, Braun/ veröffentlichten Buch eine interessante Darstellung, aus der unter anderem zu ersehen ist, daß auch die Regelung der Elektrizitätsversorgung durch die einzelnen Bundesstaaten unvollkommen und unzweckmäßig ist, und eine reichsgesetzliche Regelung der Frage sich notwendig macht.

Das Murgkraftwerk bei Forbach im Schwarzwald, das in 2 Gefällstufen von rund 150 und 300 Meter die Wasserkräfte der Murg und ihrer Nebenflüsse ausnutzen wird, also ein Hochdruckwerk ist, wird vom badischen Staat betrieben werden. Die Anlagekosten sind beim 1. Ausbau auf 12 208 000 Mark, beim 2. Ausbau auf 16 309 000 Mark, die Gesamtanlagekosten bei Vollausbau also auf 28 517 000 Mark veranschlagt worden. Nach Errichtung der Talsperren kann das Werk ohne Dampfreserve dauernd 11 000 Pferdestärken, das sind im Jahr 96,4 Millionen Pferdestärkenstunden oder 64,27 Millionen Kilowattstunden abgeben; mit Dampfreserve von 6700 Pferdestärken aber 15 000 Pferdestärken, also 131,4 Millionen Pferdestärkenstunden oder 87,6 Millionen Kilowattstunden. Bei vollbelastetem Werk werden die Erzeugungskosten, nach dem 2. Ausbau und mit Dampfreserve, nur 3 Pfennig für die Kilowattstunde betragen. Da indes eine volle Ausnutzung nicht möglich ist, rechnet man mit einem Selbstkostenpreis von 3,32 Pfennig für die Kilowattstunde, die anfänglich zu einem Mindestpreis von 4 Pfennig abgegeben werden soll.

Die Regierung rechnet beim 1. Ausbau mit einem Absatz von 27 bis 30 Millionen Kilowattstunden, die sich wie folgt verteilen: die Bahnverwaltung für Licht- und Kraftversorgung von Bahnhöfen, Werkstätten und Hafenanlagen 12 bis 15 Millionen, die Oberrheinische Eisenbahngesellschaft (Mannheim) garantiert Mindestabnahme 3 Millionen, die Städte Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe nebst Umgebung und die Industrie 12 Millionen Kilowattstunden. Nun könnte allerdings die gesamte Murgkraft bei einer Elektrifizierung der badischen Staatsbahnen verwendet werden. Aber der elektrische Betrieb der Fernbahnen hat seine Kinderkrankheiten noch nicht überwinden können, und selbst für den Fall, daß die badischen Bahnen elektrifiziert werden, kommt die Verwendung des Murgwerks als Kraftquelle nicht in Betracht. Da rund 90 Millionen Kilowattstunden er-

zeugt werden können, so muß noch ein Absatz für 60 Millionen Kilowattstunden gesucht werden. Die Leistungsfähigkeit des Murgwerks könnte sogar durch Schaffung eines 3. Staubeckens von 90 Millionen Kubikmeter Stauraum im obersten Lauf der Murg, unterhalb des württembergischen Ortes Obertal, noch bedeutend erhöht werden. Die Durchschnittsleistung des Werkes könnte damit auf 22 000 Pferdestärken und die Jahresleistung von 90 Millionen auf 130 Millionen Kilowattstunden gebracht werden. Aber mit der württembergischen Regierung konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Damit gehen der deutschen Volkswirtschaft jährlich 40 Millionen Kilowattstunden Kraft verloren. Und das nahe der Grenzen von Württemberg, Elsaß-Lothringen und der Pfalz liegende Murgwerk wird großen Schwierigkeiten begegnen bei dem Bestreben in diesen Nachbarländern Absatz zu finden, weil jeder einzelne Bundesstaat seine eigenen Werke errichtet. So kommt es, daß die großen Kraftzentralen vielfach daran gehindert sind die nächstliegenden Orte und Betriebe mit Kraft zu versorgen, weil die Landesgrenzen auch die Grenzen für das Versorgungsgebiet bilden, während sie ihre Leitungen nach den entferntestliegenden Orten des Bundesstaats ausdehnen müssen, die vielleicht ebenfalls ein Großkraftwerk in der Nähe haben, das wieder einem andern Bundesstaat gehört. Eine Regelung der Elektrizitätsversorgung durch das Reich wäre deshalb angebracht; sie allein könnte jedenfalls eine großzügige und ergiebige Zentralisation der Krafterzeugung schaffen.

×  
Kriegssozialismus In der von Ernst Jäckh herausgegebenen Flugschriftensammlung Der deutsche Krieg /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ stellt Professor Dr. Rob. Liefmann die Frage »Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher?« Er führt uns dabei eine Reihe nicht durch Tatsachen bedingter Argumente gegen den Sozialismus ins Feld. Der Krieg soll uns zwar die höchste Offenbarung des Sozialprinzips gebracht haben, die vielleicht je bei einem Millionenvolk zu verzeichnen war, die Unterwerfung aller einzelnen unter das gemeinsame höchste Ziel, den Kampf um die Existenz des Volkes. Und es müsse auch aller Wunsch sein möglichst viel von diesem Geist zu erhalten. Aber es sei auch schon zu erkennen, daß ein solches Überwiegen des

Sozialprinzips, ein solches Aufgehen aller in dem gemeinsamen Zweck, ein solches »allgemeines Hingeben und Opfern« auf die Dauer nicht möglich sei, weil die einzelnen dabei zugrunde gehen würden. Der psychische Opferwille erschöpfe sich bei den Individuen, und auch deshalb trete die allgemeine »Kriegsmüdigkeit« ein, die nur der Drang der Individuen sei »einmal wiederum für eigene Zwecke zu leben«. Die Kriegsnot und die Kriegsfürsorge, die aus ihr hervorging, wären danach also die Herrschaft des Sozialprinzips, des »Sozialismus im weitesten Sinne«, der verlange, daß die menschlichen Gesamtheiten Selbstzwecke und der einzelne »nur dienendes Glied für die Gesamtzwecke« sei, im Gegensatz zum Individualismus, der behaupte, die Gesamtheiten seien nur Mittel für die Zwecke des Individuums. Wer eine solche Vorstellung vom Sozialismus hat, enttäuscht nicht, wenn er auch erkennen läßt, daß er über die sozialistische Bewegung nicht orientiert ist. Würde Liefmann diese verfolgt haben, könnte er nicht behaupten, die revisionistische Bewegung innerhalb der Sozialdemokratie bezwecke eine deutliche Absage der sozialdemokratischen Partei an das sozialistische Ideal zu erzielen, was er für »sehr erwünscht für das politische Zusammenarbeiten nach dem Krieg« hält.

Eine Plauderei über viele Dinge, die mit Sozialismus im Grunde wenig zu tun haben, kann man die Abhandlung Kriegssozialismus von Theodor Heuß nennen, die in der nämlichen Sammlung erschienen ist. »Die Grundlage von jeglichem Sozialismus ist die Statistik«, meint Heuß. Aber was Sozialismus sei, dafür fehlte uns eine einheitliche Meinung. »Für die einen die Erfüllung alles wahrhaft Guten und Großen, für die anderen der weltliche Namen jeder Hölle gefahr, den dritten ein Gebiet ruhiger sachlicher Überlegung und Arbeit.« Und die Ursache dieser Verwirrung soll »nicht zum wenigsten« darin zu suchen sein, »daß von dem Begriff sich zwei Eigenschaftsworte ableiten, die neben einander bestehen, sich berühren, aber nicht notwendig durchdringen: sozial und sozialistisch«. Sich aus dieser Verwirrung zu befreien ist Theodor Heuß auf den 39 Seiten seiner Abhandlung auch nicht gelungen, und es war deshalb auch nicht herauszufinden, was er eigentlich will.

Eine klarere Vorstellung von dem, was

vor sich geht, spricht dagegen aus einem Bericht des Verbandes sächsischer Industrieller über eine Sitzung des Gesamtvorstands, in der die wirtschaftlichen Maßnahmen besprochen wurden, die der Reichstag in seiner letzten Tagung gutgeheißen hat. In dem Bericht wird gesagt, es sei von allen Seiten dem Bedenken Ausdruck gegeben worden, daß der bei der Schaffung des Kohlenzwangssyndikats beschrittene Weg des Sozialismus etwa die Richtung künftiger deutscher Wirtschaftsgesetzgebung bedeuten könnte. Und der Gesamtvorstand dieses Verbands der Industriellen glaubt auf das entschiedenste dagegen Einspruch erheben zu müssen, »daß der hier beschrittene Weg der staatssozialistischen Regelung des Wirtschaftslebens« etwa weiter verfolgt werde.

Wenn durch solche Einsprucherhebungen »der hier beschrittene Weg« verammelt werden könnte, wäre er es schon längst. Die Entwicklung läßt sich aber nicht aufhalten. Und der Kriegssozialismus ist ja auch nichts anderes als ein stärkeres Hervortreten der Entwicklungstendenzen, bewirkt durch die Notlage, die der Krieg geschaffen hat. Daß viele der Kriegsmaßnahmen, wie die Höchstpreise, die Regelung des Brotkonsums usw., nach dem Krieg wieder verschwinden werden, ist so selbstverständlich, daß Liefmann nicht nötig gehabt hätte es zu sagen, das Gegenteil ist von niemand behauptet worden. Nichtsdestoweniger sind sie einem sozialistischen Geist entsprungen, der im Krieg eine wesentliche Stärkung und Ausbreitung erfahren hat. Darin kommt der Einfluß des Krieges auf die sozialistische Entwicklung zum Ausdruck.

×  
 Kurze Chronik Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 20. Januar wird der Devisenhandel monopolisiert (siehe hierüber auch die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band, pag. 112 f.). Damit kann die Spekulationstätigkeit auf dem Devisenmarkt als ausgeschaltet angesehen werden, um so mehr als die Verordnungen des Bundesrats falsche Angaben unter schwere Geld- und Freiheitsstrafen stellen. × Gegen das von der sächsischen Regierung in Aussicht genommene staatliche Elektrizitätsmonopol wendet sich ein Beschluß, den der Verband der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens in seiner Mitgliederversamm-

lung am 13. Dezember 1915 faßte. Die Versammlung erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß Gemeinden und Gemeindeverbände sich mit dem Staat zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammenschließen, in dem der Staat aber nicht das Übergewicht haben dürfe. X Der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter hatte das Reichsamt des Innern in einer Eingabe gebeten die vom Reichstag beschlossene Denkschrift zur Frage des Staatsarbeiterrechts jetzt vorlegen zu lassen. Darauf ist dem Verband die Antwort zuteil geworden, daß die Vorarbeiten für die Denkschrift durch den Krieg unterbrochen worden seien, und es könne nicht abgesehen werden, wann die Fertigstellung der Denkschrift möglich sein werde. X Wie im ganzen russischen Reich befindet sich auch in Rußland Polen fast die Hälfte der Waldbestände im Besitz des Staats. So betrug nach dem Jahrgang 1913 des Statistischen Jahrbuchs des Rates der vereinigten russischen Industriellen und Kaufleute der Besitzanteil des Staats an der Gesamtfläche im Jahr 1910 606 000 Deßjatinen, das heißt 42,8 %, und dieser Anteil hat sich gegen 1907 noch um 1,8 % vergrößert. Die Erträge, die der Fiskus aus seinem ausgedehnten Waldbesitz in Polen durch Verkäufe und Holzungen erzielte, beliefen sich im Durchschnitt des Jahres fünfts 1906 bis 1910 auf 6,5 Millionen Rubel.

X  
Literatur

Unter dem Titel Zur Erschließung des deutschen  
Heidelands hat Dr.

Benno Jaroslaw ein 218 Seiten starkes Buch herausgegeben /Berlin, Parey/, in dem er den Versuch macht eine allgemeine Übersicht des Ödlandproblems zu geben, und in das er auch eine Auswahl von Einzelaufsätzen aufgenommen hat. Sehr wertvoll ist das Kapitel über gesetzgeberische Möglichkeiten zur Überwindung des Widerstands gegen die Kultivierung von Ödland, in dem der staatlichen Enteignung das Wort für alle Ödländereien geredet wird, die nach Aussage der Sachverständigen und vorausgehender Untersuchung der Boden- und Betriebsverhältnisse der Kultivierung würdig sind, deren Besitzer aber trotz Aufforderung die Kultivierung innerhalb eines nicht zu lang bemessenen Zeitraums ablehnen. X Eine volks- und privatwirtschaftliche Untersuchung Emil Schiffs über die Allgemeine Elektri-

zitätsgesellschaft und die Berliner Elektrizitätswerke /Berlin, Siemenroth/ liefert wertvolles Material über die Wirksamkeit des privaten Elektrizitätskapitals.

### Geistige Bewegung / Herman Kranold

Kriegsschriften Die Wiener Volksbuchhandlung versendet einen guten Führer durch die Kriegsschriftenliteratur für Arbeiter unter dem Titel Arbeiter, was tust du in deiner freien Zeit? Freilich ist er weit überholt durch den Kriegsratgeber 1915-1916, den der Dürerbund als Ergänzung zu seinem literarischen Ratgeber zu dem billigen Preis von nur 1 Mark für 91 2spaltige Seiten an Stelle des sonst erscheinenden Jahresberichts herausgegeben hat /München, Callwey/. Dieser Führer berücksichtigt zum Teil auch ältere Literatur, soweit sie vom Krieg handelt oder zum tiefern Studium seiner Probleme nützlich sein kann; besonders lobenswert ist es, daß auch die zahlreichen billigen Broschüren mitberücksichtigt sind.

Der Kultursinn des Weltkrieges heißt eine sympathisch geschriebene Arbeit von Ernst Finkbeiner /Tübingen, Kloeres/, die die Meinung vertritt: der deutsche Sieg sei notwendig, weil »nur die siegreichen Heere Deutschlands und Österreichs der Sache des Weltfriedens einen wirklich großen und echten Dienst zu leisten vermögen«.

Adolf Groths Offene Antwort eines deutschen Professors und Publizisten /Leipzig, Hillmann/ wendet sich gegen Sir Edward Greys Behauptung, die deutschen Professoren hätten zu Beginn des Kriegs die Deutschen als ein den anderen überlegenes Volk hingestellt, dem alles erlaubt sei, was zur Macht führe. Groth begründet seinen Widerspruch durch seine Erfahrungen als Professor in Japan.

Ein ähnliches Thema behandelt Walther Schückings Flugschrift Die deutschen Professoren und der Weltkrieg /Berlin, Jannasch/. Er verspottet darin die Entgleisungen deutscher Professoren bei ihrer Aufklärungsarbeit im Ausland. Es ist gut, daß wir später einmal auf solche Selbstkorrektur der Professorenschaft werden hinweisen können.

X  
Religiöse Kriegsschriften Über die Beziehungen des Krieges zu Form und Inhalt des religiösen Lebens liegt eine sehr große, umfangreiche Literatur vor. Ich nenne zunächst die

Volksschriften zum großen Krieg, die der Evangelische Bund erscheinen läßt /Berlin, Verlag des Evangelischen Bundes/. Die etwa 50 mir vorliegenden Schriften sind von sehr verschiedenem Wert; man kann sich aus ihnen aber ein sehr bezeichnendes Mosaik der Gedankenwelt schaffen, die in den Köpfen dieser konfessionell aggressiven Richtung des Protestantismus herrscht. Der gleiche Bund sucht seine Bestrebungen auch durch Kriegsflugblätter (Heroldrufe in eiserner Zeit) zu fördern.

In das Gebiet der Erbauungsliteratur gehören folgende Publikationen, die bei den Verfassern verwandten Seelen ihren Zweck zu trösten und zu bessern wohl erfüllen mögen: von evangelischer Seite Balsers Ernst ist gefallen! von Gustav Mahr /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/; 7 Gebiete in Kriegsnot und Es ist der Herr! Glaubenstrost in Kriegszeit für alle, die es angeht /Barmen, E. Biermann/; von katholischer Seite Das Feldgebet von A. Heinen und Kreuz und Schwert, 5 Feldpostbriefe von einem ungenannten Verfasser /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/.

Es braucht nicht wunderzunehmen, daß in solchen Schriften vielfach die Anschauung hervortritt, Gott sei ausschließlich für die deutsche Sache in Anspruch zu nehmen. Gegen derartige Naivetäten wendet sich unter anderen scharf Martin Rades Sammlung Christenglaube in Krieg und Frieden /Marburg, Verlag der Christlichen Welt/. An diesen kleinen Aufsätzen ist das ernsthafte Bemühen rühmend wert die unchristlichen Erscheinungen des Krieges und diesen selbst mit dem Geist der Christlichkeit zu vergleichen. Der selbe Verfasser kommt in seiner Schrift Dieser Krieg und das Christentum /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ zu dem Ergebnis, daß vor diesem Krieg der Begriff der Christenheit nur eine Fiktion gewesen ist, daß es daher für den Christen gelte nach diesem Krieg mehr als bisher christlichen Geist und christliches Sittengesetz auch für die Beziehungen der Völker unter einander bestimmend zu machen.

In die tiefere, nachdenkliche Betrachtung dieser Probleme führt am besten Heinrich Scholz' Schrift Der Krieg und das Christentum /Gotha, Perthes/. Freilich sind manche Ergebnisse, so die Versöhnung des Gedankens des Sichwehrens mit dem klaren entgegenstehenden Wortlaut des Evangeliums, wohl nicht befriedigend; konsequenter von diesem Standpunkt aus ist wohl das Tolstoj-

sche Gebot dem Übel nicht zu widerstehen. Trotzdem ist die Scholz'sche Schrift überaus lesenswert, weil sie Kantischen Geist atmet; und das ist, zumal in Kriegsläufen, nicht wenig.

Eine Sammlung von 4 Vorträgen lebender Theologen ist Der Krieg und die christlich-deutsche Kultur /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/. Sie steht auf dem selben hohen Niveau geistiger Zucht und sittlichen Ernstes wie die Schriften von Rade und Scholz. Sie wendet ihr Interesse aber in stärkerem Grad dem gegenwärtigen Krieg zu. Den Parteigenossen kann die warmherzige Rede des hannoverschen Pastors Bernhard Doerries Soziale Wirkungen und Aufgaben des Krieges, die ein Stück dieser Sammlung ist, nur dringend zum Studium empfohlen werden.

Eine Sammlung für die jetzige Kriegszeit besonders interessanter Stücke aus der Bibel hat Theodor Kappstein in guten Übersetzungen unter dem Titel Der Krieg in der Bibel, ein Friedensbuch in eiserner Zeit, herausgegeben /Gotha, Perthes/.

×

Kurze Chronik In Preußen sollen an den höheren Lehranstalten jetzt Übungen in Geländeaufnahmen, Anfertigen von Krokissen und Geländeskizzen, Lesen von Meßtischblättern in das Unterrichtspensum eingeführt werden. × Das Vermögen der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hat mit dem Ende des Jahres 1914 1 Million Mark überschritten. × Die erste schwedische Volkshochschule wurde am 5. Dezember in Tunjelsta eröffnet. × In China soll in diesem Jahr die allgemeine Schulpflicht eingeführt werden. Das Peking'sche Unterrichtsministerium will zu diesem Zweck das Land in Universitäts-, Mittelschul- und Volksschulbezirke einteilen. Es ist die Einrichtung von 6 Universitäten in Aussicht genommen. Jeder Kreis soll eine Mustervolksschule erhalten, daneben eine Anzahl von einfachen Volksschulen.

## WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Seligmann

Wunder

Ein recht sonderbares Buch liegt vor mir; das Werk des verstorbenen

Professors der Astrophysik Friedrich Zöllner, betitelt Gelöste Welt rätsel /Wiesbaden, Abigt/. Der Verfasser vertritt in diesem Werk eine religiöse Weltanschauung, die er mit der

rein naturwissenschaftlichen nicht nur für vereinbar, sondern die er gewissermaßen für deren rechtmäßige Vollendung hält. Leider kommt er nicht dazu seinen Standpunkt vollständig zu entwickeln, da die Polemik mit seinen atheistischen Gegnern ihn allzusehr in Anspruch nimmt und allzuoft vom Thema ablenkt. Diese polemischen Auslassungen seien hier übergangen. Unsere Aufmerksamkeit sei vielmehr den allerdings spärlich gesäten prinzipiellen Stellen im Buch zugewandt.

Der Abschnitt Naturwissenschaft und Wunder verdient da unsere ganz besondere Beachtung. Denn wenn es etwas gibt, was die Religion als ihre eigene Domäne betrachtet, und was von der Naturwissenschaft zugleich auf das entschiedenste geleugnet wird, so ist es jener Inbegriff von Vorstellungen, die mit dem Glauben an Wunder zusammenhängen. Für Zöllner fällt aber das Wunder keineswegs aus dem Rahmen der naturwissenschaftlichen Betrachtung heraus. Doch versucht er es gar nicht eine eigene Auffassung des Wunders vorzubringen, sondern er zieht es vor sich in dieser Hinsicht an Kant und Augustinus anzulehnen, deren Ansichten über diesen Gegenstand er vorbehaltlos teilt. Vom Wunder sagt Augustinus folgendes: »Ein Wunder geschieht nicht im Widerspruch mit der Natur sondern im Widerspruch mit demjenigen, was uns von der Natur bekannt ist.« Und Kant: »Wenn man aber fragt, was unter dem Worte Wunder zu verstehen, so kann man (da uns eigentlich nur daran gelegen ist zu wissen, was sie für uns, das ist zu unserm praktischen Vernunftgebrauch seien) sie dadurch erklären, daß sie Begebenheiten in der Welt sind, von deren Ursache uns die Wirkungsgesetze schlechterdings unbekannt sind und bleiben müssen.« Man kann nicht sagen, daß sich Kant hier ganz klar und eindeutig ausdrückt. Wenn die Gesetze einer Erscheinung uns nicht nur bei dem gegenwärtigen Stand unseres Wissens sondern für immer, in alle Ewigkeit verborgen bleiben müssen, so scheint daraus zunächst so viel zu folgen, daß diese Gesetze jenseits der Sphäre der menschlichen Erkenntnis überhaupt liegen und somit die Grenzen der immanenten Gesetzlichkeit überschreiten. Da aber andererseits Kant von Ursache und Wirkung redet, so scheint er wiederum das Phänomen des Wunders der immanenten Gesetzlichkeit unterordnen zu wollen. Bei weitem klarer und eindeutiger drückt sich schon Augustinus aus, wenn er sagt,

daß das Wunder ganz und gar nicht mit der Natur als solcher im Widerspruch zu stehen braucht sondern bloß mit dem, was uns von dieser Natur bekannt ist. Aber auch diese Erklärung vermag uns bei all ihrer Deutlichkeit keineswegs zu befriedigen; denn es fragt sich eben, ob als Wunder das zu verstehen sei, was im Widerspruch zu dem steht, was uns von der Natur zurzeit, bei dem gegenwärtigen Stand unseres Wissens, bekannt ist, oder aber zu dem, was uns von der Natur überhaupt bekannt sein kann. Wenn das erste der Fall sein soll, so ist eben alles in der Natur, was wir heute nicht zu erklären vermögen, als Wunder zu betrachten, oder, mit anderen Worten, es gibt überhaupt keine Wunder in der Natur, da wir doch von keiner Erscheinung, und wäre sie noch so rätselhaft, mit voller Bestimmtheit behaupten können, sie werde sich dem Blick unseres Verstandes nie enthüllen; wie sollten wir denn wissen, was die Natur aus unserm Verstand machen kann, und ob sie ihm nicht einmal die Mittel verschaffen wird alles in der Welt zu ergründen, wenn wir soeben an dieser rätselhaften Erscheinung uns davon überzeugen konnten, daß uns die Wege dieser Natur verborgen sind?

Was nun Zöllner anlangt, der durch und durch naturwissenschaftlich denkt, und dabei das Wunder in dem Haushalt der Natur nicht missen will, so scheint er unter Wunder ein Naturereignis zu verstehen, in dessen innern Zusammenhang mit anderen Erscheinungen und mit dem Ganzen der Natur unser Blick überhaupt nicht einzudringen vermag. Diese Erklärung des Wunders, so plausibel sie auch zunächst scheinen mag, stellt sich bei etwas näherem Zusehen als vollständig unhaltbar heraus. Nicht darauf kommt es doch wahrlich an, ob ich zu dieser oder jener außerordentlichen Begebenheit deren natürliche Ursache herauszufinden imstande bin, sondern einzig und allein darauf, ob ich überhaupt gewillt bin die betreffende Erscheinung einer natürlichen Ursache zuzuordnen. Solange ich bei einem Ereignis an dessen natürliche Ursache denke, so mag es sich in meinen Augen noch so wunderbar und rätselhaft ausnehmen, ich werde es doch unmöglich als ein Wunder im eigentlichen Sinn des Wortes bezeichnen können, da ich es eben durch den Akt meines Denkens in den gewöhnlichen Gang der Dinge bereits eingefügt habe. Erst mit dem Moment, da ich vollständig darauf

verzichte eine Erscheinung auf natürlichem Weg zu erklären, deren natürliche Ursache aufzusuchen: erst damit wird sie für mich zu einem eigentlichen Wunder, das ganz aus dem Rahmen der Natürlichkeit herausfällt. So und nicht anders faßt der Gläubige die Dinge auf, wenn er von Zeichen und Wundern redet, nicht etwa als Erscheinungen, deren natürliche Ursachen seinem Blick entrückt sind, sondern als solche, die in absoluter Ursachlosigkeit ihre Wirksamkeit entfalten, die überhaupt in keinem konstatierbaren Zusammenhang mit der ganzen übrigen Natur stehen, also Erscheinungen sind, deren einzige Ursache in der Gottheit enthalten ist. Das Wunder ist ursachlos, oder es gibt überhaupt keine Wunder. Alle rationalistischen Versuche, die es unternehmen uns eine Definition des Wunders zu geben, sind als Versuche mit untauglichen Mitteln zu bezeichnen, da sie die psychische Wurzel des Wunders, den Glauben an solches, vollständig unberührt lassen und an ihrer Natur nach irrationale Dinge um jeden Preis ein rationalistisches Maß heranbringen wollen. Tertullian mit seinem Ausspruch »Credo, quia absurdum est« hat in dieser Beziehung richtiger gesehen; jedenfalls hat dieser Kirchenvater einen Instinkt für die psychische Triebfeder des Wunders bekundet, was sich von allen sonstigen Wundererklärern nicht behaupten läßt. Der Glaube an Wunder erwächst aus einem natürlichen Protest der menschlichen Psyche gegen die cherne Gesetzmäßigkeit der Natur, und gerade dann, wenn ein Ereignis aller natürlichen Gesetzmäßigkeit zu spotten scheint, wenn es sich unmöglich in den gewöhnlichen Lauf der Dinge einordnen läßt, gerade dann ist erst die Möglichkeit gegeben, daß sich im Geist das Verlangen regt dieses Ereignis aller Natürlichkeit zum Trotz zu akzeptieren und daran zu glauben. Für eine Seele, die einen derartigen Protest niemals empfunden hat, gibt es eben keine Wunder, gibt es auch keinen Glauben. Ich glaube, weil es unsinnig ist, weil es in einem eklatanten Widerspruch zu der Wirklichkeit steht, weil ich nicht immer und ewig zu allem Ja sagen will, was durch die Gesetze dieser Wirklichkeit beglaubigt und sanktioniert worden ist, weil ich doch irgendwo in den Tiefen meiner Seele eine verborgene Ecke aufsuchen will, wo ich mein eigener Herr sein und mir meine eigenen Gesetze schaffen kann; das ist die Psychologie des Wundergläubigen.

Nicht ohne Absicht habe ich vorhin von einem natürlichen Protest des Geistes gegen die Gesetzmäßigkeit des äußern Geschehens gesprochen. Natürlich ist dieser Protest deshalb, weil eben der menschliche Geist von Haus aus in gar keinem direkten, unmittelbaren Zusammenhang mit der mechanischen Kausalität steht. Die Äußerungen meines Willens sind freilich an bestimmte physiologische Funktionen und vermitteltst ihrer auch ganz gewiß an die mechanische Ursächlichkeit unlöslich gebunden. Allein von dem blinden Willen dieser mechanischen Ursächlichkeit zu dem begehrenden und wählenden Willen führt keine direkte Brücke, wie sie von der mechanischen Ursache zu der mechanischen Wirkung führt. Wenn Schopenhauer die Schwere als den Willen der Materie bezeichnet, so muß ich neben dem materiellen Willen meines Leibes, der eben im Begriff ist herunterzufallen, jenen andern Willen konstatieren, der diesem entgegengesetzt, sich emporzurichten strebt. Dieser andere Wille befindet sich mit dem ersten in keinem nachweisbaren Konnex. Mein Leib als Materie will sinken, aber mein begehrender wählender Wille als Geist will das gerade Gegenteil. Allein wenn mein Wille eine Sache für sich ist, so ist doch für mich nicht minder klar, daß er sich in absoluter Abhängigkeit von dem blinden Willen der Materie befindet, der ihn auf Schritt und Tritt zu vergewaltigen sucht. Der Glaube an Wunder, wie der Glaube überhaupt, ist das Streben nach der absoluten Freiheit des menschlichen Willens, nach der vollen Unabhängigkeit von der Gesetzmäßigkeit des äußern Geschehens, und natürlich ist dieser Glaube, weil er mit der Natur des menschlichen Geistes aufs engste zusammenhängt.

×  
 Kurze Chronik Der Ordinarius der Philosophie und Psychologie an der Münchener Universität  
 ×  
 Oswald Külpe ist gestorben. Über seine Bedeutung für die psychologische Wissenschaft ist bereits in der Rundschau Psychologie (in diesem Band, pag. 127) gesprochen worden. Hier sei besonders auf seine Einleitung in die Philosophie hingewiesen, die bereits in 6. Auflage vorliegt, ferner auf seine Betrachtungen über die Philosophie der Gegenwart sowie auf seine kurze Monographie über Kant. Ein umfassendes Werk Die Realisierung, von dem 1913 der 1. Band erschien, und das sich mit dem modernen Phänomenalismus aus-

einandersetzt, ist unvollendet geblieben.

× Der frühere Ordinarius der Mathematik an der Würzburger Universität Professor Dr. Friedrich Prym ist in Bonn im Alter von 74 Jahren gestorben. Seine nicht sehr zahlreichen Abhandlungen beziehen sich auf einige der schwierigsten Probleme der höhern Analysis. Seine kostbare mathematische Bibliothek ist von seinen Erben der Universität Würzburg geschenkt worden.

× Als Nachfolger Rickerts kommt Edmund Husserl nach Freiburg.

#### Literatur

× In der Literatur der letzten Periode ist das sympathische Buch Carl

Beckers zu verzeichnen, das den Titel Religion in Vergangenheit und Zukunft führt /Berlin, Steinitz/. Der Verfasser sucht den seelischen Triebfedern aller religiösen Weltanschauungen auf die Spur zu kommen, indem er die großen Religionen der Vergangenheit, vornehmlich das Christentum und die Religionen des Orients, auf ihren innern Wert prüft. Was den Kern aller religiösen Bestrebungen ausmacht, und worin sich die religiöse von der wissenschaftlichen Betrachtungsweise unterscheidet, das wird am besten durch die folgenden Ausführungen des Verfassers gekennzeichnet: »Der Besitz an gesicherten Erkenntnissen und an wissenschaftlichen Theorien, soweit sie gerade Geltung haben, ist immer der Ausgangspunkt einer wissenschaftlichen Weltanschauung; diese ist fast stets bestrebt ihr Weltbild so objektiv als möglich zu gestalten, obgleich auch sie sich dabei vielfach ins Metaphysische gedrängt sieht und zum mindesten bei Aufstellung der obersten Begriffe, wie Substanz oder Universum, neben die Grenze des sichern Wissens hinauszugehen gezwungen ist. Gänzlich anders entsteht eine religiöse Weltanschauung. Auch sie sucht ein einheitliches Weltbild zu gewinnen, aber sie geht aus vom Menschen, von der Stellung des Menschen in der Welt, von den Lebenszwecken und Lebensbedingungen des Menschen, gleichviel ob diese nun rein materieller Natur sind, wie in den unteren Stufen der Kultur, oder vorwiegend geistiger oder seelischer Natur, wie in den höheren Kulturstufen, in denen die sittlichen, ideellen und sozialen Werte in den Vordergrund treten. Das orientierende Prinzip für jede religiöse Weltanschauung ist der Mensch; seine Lebenszwecke und Lebensbedingungen bilden den Grundriß, in den die religiösen Weltanschau-

ungen alle anderen Fragen stets einge-reiht haben und wohl auch stets ein-reihen werden.« Der Autor geht dann zu unserer Zeit über, in der er eine große seelische Zerfahrenheit, gepaart mit einem starken religiösen Bedürfnis konstatieren zu müssen glaubt, und er erblickt die Ursache dessen in dem Umstand, daß unsere moderne Kultur ihren Träger noch nicht gefunden hat, daß wir die Kultur nicht besitzen, sondern von ihr besessen werden. Den wundensten Punkt unserer Kultur sieht er in dem Überhandnehmen der Äußerlichkeit und dem mit dieser verbundenen Mangel an allem, was der menschlichen Seele einen absoluten, für sich seienden Wert verleiht. »Es herrscht die Jagd nach dem äußern Erfolg, nach materiellem Gewinn, nach äußerem Rang und Stand, es herrscht der brutale Wettbewerb; nicht der innere Wert des Menschen, sondern der Wert seines Geldes oder seiner Stellung bestimmen unsere Bewertung der Mitmenschen und, was noch viel schlimmer ist, die Bewertung, die wir uns selbst geben. Andererseits aber befriedigt uns auch der äußere Erfolg auf die Dauer nicht, wir fühlen selbst da, wo er errungen wird, eine innere Leere, wir fühlen, daß all dieses Streben nach äußeren Dingen, all dieses Verstandesstreben unser Leben allein doch nicht ausfüllen kann. . . Wir haben eine neue Kultur, aber sie droht zur schlimmsten Feindin unseres höhern Menschentums zu werden, sie droht den Menschen zur seelenlosen Arbeitsmaschine herabzuwürdigen; wir haben eine neue geistige Welt, aber sie droht den Menschen zu erdrücken, anstatt ihn emporzuheben, sie bringt ihm Verwirrung statt Klarheit. Die Zerrissenheit und Ziellosigkeit unseres Lebens, die Herrschaft der Arbeitsmaschine, die Knechtschaft vor materiellen und äußeren Zwecken: sie alle erdrücken und erdrosseln unser seelisches Leben, unser höheres Menschentum, sie alle drängen uns in den Kampf. Es ist die Sorge um das Beste, was die Menschheit besitzt, die Sorge um das, was uns das Leben erst lebenswert macht, es gilt die Selbsterhaltung unseres höhern Seelenlebens, die Selbstbehauptung unserer Menschenwürde. Es ist nicht mehr der Kampf ums äußere Dasein wie in früheren Epochen, es ist heute der Kampf ums innere Dasein, der den Menschen zur Religion treibt. . . Die Erhaltung unseres höhern Menschentums und Seelenlebens durch Erlösung von dem zerrissenen, ziellosen, materiellen, auf den äußern Erfolg gericht-

teten Treiben der Gegenwart: das ist unser Trieb zur Religion.« Auf die Frage, was uns nottut, und wie wir zu unserer Religion gelangen können, gibt der Verfasser keine bestimmte, befriedigende Antwort. Es scheint, daß ihm die Menschheit als Ganzes als religiöses Ideal vorschwebt. Wenn er am Schluß seines Buches sagt: »Zweierlei tut not: erstens Selbsterziehung unseres Seelenlebens, und zweitens Zusammenschluß aller Gleichdenkenden«, so enttäuscht uns sein Ratschlag ein wenig. Selbsterziehung auf welches Ziel hin? Aber wir wollen in den Verfasser nicht allzu sehr dringen, erkennen wir lieber die Gesinnung an, aus der heraus das Buch geschrieben ist.

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Geschichtsphilosophie** In dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1561 ff., und 1912, 1. Band, pag. 63 ff.)

ist über die interessante, in der Festschrift für Kuno Fischer veröffentlichte Studie Heinrich Rickerts zur Geschichtsphilosophie eingehender berichtet worden. Rickert erläutert da die in seinem Hauptwerk Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung durchgeführte methodologische Unterscheidung zwischen generalisierenden Wissenschaften, die auf Klassifikation und Auffindung von Gesetzen ausgehen (wie die exakten Naturwissenschaften) und solchen, denen es in erster Reihe um Beschreibung und genetisch kausale Erklärung zeitlich bestimmter, einmaliger, in diesem Sinn individueller Erscheinungen zu tun ist, des nähern am allgemeinen Artcharakter der Geschichtsschreibung. Für Historiker, denen im Sinn Carlylescher Heldenverehrung große Individualitäten als die Hauptkraft geschichtlicher Bewegung gelten, versteht sich das von selbst. Aber der Abstand zwischen dem Verfahren der historischen und dem einer generalisierenden Wissenschaft, die klassifizieren und allgemeine Gesetze aufstellen will, bliebe unverändert, auch wenn man umgekehrt in den großen Männern gleichsam nur ein Organ jeweiliger gesellschaftlicher Massentendenzen sehen und diese als das ausschlaggebende Moment bei der Darstellung in den Vordergrund rücken wollte. Gewiß wird eine solche Art Geschichtsschreibung in weitem Umfang mit klassifizierenden Gattungsbezeichnungen, wie Proletariat, Bourgeoisie, Großstädter, Landbevölkerung usw.,

operieren, die, ähnlich wie die Gattungsnamen in der Naturwissenschaft, das einer Mehrheit von Objekten Gemeinsame zusammenfassen. Aber auch die Historiker dieser Richtung denken natürlich gar nicht daran nun etwa generalisierend, unabhängig von Volk und Zeit, irgendwelchen gemeinsamen Merkmalen der unter jene Gattungsnamen fallenden Objekte nachzuforschen. Sie haben in ihrer Darstellung immer nur mit Klassen und Gruppen eines einzelnen bestimmten historischen Ganzen, eines bestimmten Volkes, eines bestimmten Zeitalters zu tun, sprechen also von Klassen und Gruppen nur als Teilen eines besonders, durch Auswahl abgegrenzten Ganzen. Auch wenn jemand beispielsweise unter weitestgehender Zurücksetzung der leitenden Persönlichkeiten die französische Revolution rein als soziale Massenbewegung schildern wollte, muß er die Begriffe der hier einander gegenüberstehenden Gruppen, in deren Kampf die Bewegung sich vollzieht, von vornherein im Hinblick auf diesen einmaligen bestimmten historischen Vorgang bilden. Handelt es sich doch um den Ablauf dieses ganz speziellen Vorgangs, nicht etwa um die abstrakte leere Frage, wie überhaupt aus der Möglichkeit von Gruppengesetzen in irgendeiner Gesellschaft die Möglichkeit politisch sozialer Revolutionen zu verstehen sei. Mögen sich schließlich auch (was Rickert keineswegs bestreitet) in der Geschichte gewisse Regelmäßigkeiten und Tendenzen von großer Allgemeinheit zeigen lassen, so kann deren Darlegung doch niemals für die Darstellung und kausal genetische Detailerklärung des einzelnen, das unter andern solchen allgemeinen Regelmäßigkeiten unterworfen sein mag, einen Ersatz bieten. Und ebenso evident ist es, daß die Auswahl des einzelnen, das aus dem unabsehbar weiten Fluß der Geschichte zum Gegenstand eindringender historischer Forschung gemacht wird, vernünftigerweise nur durch irgendeine Art von *Wertbeziehung* geleitet sein kann. Geschehnisse, die die Mühe der Untersuchung lohnen sollen, müssen uns da unter irgendwelchem Gesichtspunkt interessieren, müssen zu dem wesentlichsten Hauptobjekt jedes höhergebildeten historischen Interesses; zu der in der Geschichte sich vollziehenden Kulturentwicklung, in irgendwelcher nähern oder fernern Beziehung stehen. So weit und in dieser Art der Fassung erschienen die Rickertschen Ausführun-

gen als Konstatierung eines klaren und unbezweifelbaren Tatbestands, zumal die notwendige Einschränkung hinzugefügt war, daß dabei gewisse gesellschaftliche Lebenssphären, so insbesondere die moderne Volkswirtschaft, dessenungeachtet sehr wohl besondere, in präziser Weise formulierbare Gesetzmäßigkeiten einschließen können, und so neben der historischen Beschreibung eventuell Raum für ein generalisierendes, nach Gesetzen suchendes Forschungsverfahren bieten.

Nicht gegen die Möglichkeit eines soziologischen, auf den Nachweis typischer Regelmäßigkeiten und typischer Maßstäbe zur Kennzeichnung der verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsstufen gerichteten Verfahren wandte sich die Deduktion, nur gegen die unklare Vorstellung, als könne dem geschichtlichen Interesse durch die auf solchen Wegen gewonnenen Allgemeinheiten allein schon Genüge geschehen. Indessen in den Bemerkungen über die Aufgabe, die einer Philosophie der Geschichte zufallen würde, dokumentiert sich dann eine mit der sonstigen durchaus realistischen Tonart dieser Rickert'schen Untersuchung scharf kontrastierende Wendung zu einer Hegelisch schillernden Ideologie. Gewiß, was man im allgemeinen als Geschichtsphilosophie bezeichnet, ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß der Verlauf der Menschheitsgeschichte gleichzeitig als Entwicklung aufgefaßt wird, und zwar als eine Entwicklung, die nicht in der Richtung auf irgendwelches rein formale, dem menschlichen Interesse an sich ganz gleichgültige Moment (wie etwa zunehmende Differenzierung des sozialen Prozesses) sondern darüber hinaus in der Richtung auf eine Realisierung von Zuständen verläuft, die vom Standpunkt allgemeinen menschlichen Interesses, des menschlichen Gattungsinteresses, gewünscht, gewollt werden müssen, in diesem Sinn einen evidenten Wert und sinnvolle Bedeutung besitzen. Aber der Gedanke einer solchen sozusagen vernünftigen Entwicklung, wenn er mehr als eine tröstlich erbauende Betrachtung sein, in die Sphäre wissenschaftlicher Nachforschung eingehen und in dieser und für diese fruchtbar werden soll, muß notwendig mit der kausal genetischen Betrachtungsweise des Geschichtlichen in eine innere organische Verbindung treten. Es präsentiert sich dann sofort die fundamentale, bereits von Kants genialem Weitblick formulierte Frage: Wie ist es

denkbar, daß die Menschen, deren Verhalten in ihren gesellschaftlich politischen Verbänden durchgängig oder doch vorwiegend durch ihre jeweiligen egoistischen und ihre partikularen Gruppeninteressen geleitet ist (nicht durch den Willen einen rationalen, im allgemeinen Interesse erstrebenswert erscheinenden Zustand zu verwirklichen), trotzdem und ungeachtet aller Rückschläge bei der Ausbildung ihrer sozialen Ordnungen im großen und ganzen eine aufwärtsführende Richtungslinie verfolgen, die der Hoffnung eine Stütze bietet, daß sich in der Kette immer neuer Generationen eine fortschreitende Annäherung an ein vernünftiges Ziel, eine Ordnung, die frei von Unterdrückung und Ausbeutung jedem eine unverkümmerte Entfaltung seiner Anlagen und Kräfte ermöglicht, realisieren werde. Die Frage also: mit welchem Recht wir in der historischen Kausalität eine so bestimmte teleologische Tendenz oder Zielstrebigkeit annehmen dürfen.

Das ist das zentrale Problem aller Geschichtsphilosophie; und zugleich der Punkt, durch den sie mit der Soziologie, als einer Wissenschaft, die der in den Strukturveränderungen der Gesellschaftskörper waltenden Kausalität nachforscht, unabtrennbar zusammenhängt. Aber gerade hieran geht Rickert stillschweigend vorbei, und was er dann noch unter dem Namen der Geschichtsphilosophie in der Hand behält, kann dann nur eine vom mütterlichen Erdreich des realen geschichtlichen Verlaufs losgelöste Ideologie sein, die in Fichtescher oder Hegelscher Weise die Idee eines höchsten Wertes respektive eines Systems von Werten konzipiert und die historischen Erscheinungen von daher phantasievoll als stufenmäßige Entfaltung jenes Wertkomplexes deutet. Während Kant wenigstens in dem großzügigen, den Formalismus seiner sonstigen Moralphilosophie durchbrechenden Schriftchen Idee zu einer Philosophie der Geschichte in weltbürgerlicher Absicht in dem Antagonismus der Interessen das Moment sieht, durch das die Natur das soziale und politische Leben vorwärtstreibt, und, seinen Gegenstand begrenzend, auf die Spuren der aus diesen Kämpfen resultierenden aufwärtsführenden sozialen Entwicklung hindeutet, baut sich das glänzende Gemälde der Hegelschen Geschichtsphilosophie auf den Grundlagen einer mystischen Metaphysik, alle Grenzen überspringend, sozusagen als eine allge-

meine Theodizee des historischen Gesamtprozesses auf. Ein Spiel der Deutungen, das seine Willkür durch die Verherrlichung des damaligen preußischen Ständes- und Beamtenstaats am Schluß selbst in unbewußt grotesker Weise persifliert.

Im Zusammenhang damit ist es für den Standpunkt Rickerts charakteristisch, daß ihm jeder Blick für die epochemachende Bedeutung fehlt, die der Marxschen Geschichtsauffassung, und zwar gerade auch unter geschichtsphilosophischen Gesichtspunkten, zukommt; jeder Blick dafür, daß sie, wie keine andere, die Überzeugung von einer im Sinn sozialer Menschlichkeits- und Freiheitsideale aufwärtsstrebenden Entwicklung auf einen Einblick ins Gefüge wirklicher sozialer Kausalzusammenhänge stützt; daß sie in der Begründung ihrer Fortschrittsperspektiven auf die Zergliederung des in seiner Genesis vollkommen klar verständlichen modernen Wirtschaftsprozesses, seiner Struktur, seiner Bewegungstendenz und die in dieser Struktur und Bewegungstendenz wurzelnden Klassengegensätze und -kämpfe zurückgreift und so dem unbestimmten allgemeinen Kantischen Gedanken des Interessenantagonismus als treibender, letzthin im Dienst einer aufwärtsgerichteten Entwicklung treibender, kausalhistorischer Potenz allererst eine sozial näher bestimmte, faßlich greifbare und weithinaus Licht verbreitende Präzisierung gegeben hat, die, was immer an einzelnen Wendungen der Marxschen Auffassung anfechtbar sein mag und der Umbildung bedarf, im Grundprinzip nicht mehr verloren gehen kann. Ja, Rickert sieht in dem Marxschen Ideal einer Umformung der Gesellschaft zu einer Ordnung, die ohne Klassenherrschaft dem Interesse aller ihrer Glieder gleichmäßig dienen soll, selbst nur ein beschränktes Klassenideall! Als ob eine solche Ordnung, darum weil sie nur in Klassenkämpfen durch das Klasseninteresse der unter der gegebenen Gesellschaftsordnung am meisten Leidenden realisierbar ist, von ihrer allgemeinen menschlichen Bedeutung, von ihrem Wert, den sie als Grundlage höchstmöglicher individueller Selbstentfaltung besitzt, etwas verlieren würde!

Das vom Freiburger Professor Georg Mehlis mit programmatischer Widmung an Rickert kürzlich veröffentlichte Lehrbuch der Geschichtsphilosophie (Berlin, Springer/, das hier bereits in der Rundschau Philosophie

(1915, 3. Band, pag. 1140 f.) kurz erwähnt wurde, gibt eine nähere Probe davon, was etwa von einer im Rickertschen Sinn konzipierten, durch keinerlei Gesichtspunkte soziologisch kausaler Forschung prinzipiell ergänzten Geschichtsphilosophie zu erwarten sein würde. Das Werk, in seinem Stil eben und gewandt, zählt 700 enggedruckte Seiten: ein Umfang, der an sich schon ausreicht den Leser, der in einem Lehrbuch zusammenfassend rasche prinzipielle Orientierung erhofft, im voraus zu entmutigen. Jene von Rickert mit ausgezeichnete Konzentration behandelten Eigentümlichkeiten der historischen Methode, (im Gegensatz zur generalisierend naturwissenschaftlichen) werden einleitend unter etwas verändertem Gesichtswinkel in weitschweifig umständlicher Weise reproduziert. Der 2. Abschnitt (Geschichtliche Einzelprobleme) befaßt sich mit allerhand weithergeholten Erwägungen, verrät indes mit keinem Wörtchen, daß für eine von der Gesellschaft handelnde Geschichtsphilosophie doch wohl (nach Marx) in dem Begriff des gesellschaftlichen Lebensprozesses der einzig sachgemäße Ausgangspunkt gegeben sei; und daß von diesem Ausgangspunkt für das Begreifenwollen der gesellschaftlichen Struktur und ihrer Bewegung die Reflexion auf das Verflochtensein des allgemeinen gesellschaftlichen Lebensprozesses mit dem spezifisch ökonomischen, die Wechselbeziehung beider eine heuristische Methode ersten Rangs darstellt. Als Vertreter des Neidealismus, als dessen Vorkämpfer auf geschichtlichem Gebiet Mehlis in bunter Reihe Windelband, Dilthey, Simmel, Münsterberg, Eucken, Sigwart, vor allem Rickert nennt, scheint er sich verpflichtet zu fühlen aus dem Bereich irdisch schwerer Wirklichkeiten in Wolkenregionen der Ideen zu entweichen. In der Tat, von der Masse, die sozusagen doch wohl auch zum menschlichen Geschlecht zählt, und von ihrer Rolle in dem geschichtlichen Prozeß ist weder in den Einzelproblemen noch in dem 2. Hauptteil der Geschichte der Geschichtsphilosophie noch in dem 3., der den stolzen Titel Das System der Geschichtsphilosophie oder inhaltliche Konstruktion der Universalgeschichte führt, im mindesten die Rede. Da gibt es ein buntes Mosaik zur »religiösen«, zur »ästhetischen«, zur »philosophischen« und dann zum Schluß einen kleinen Abschnitt zur »sittlich-staatlichen« Entwicklung, der von allem möglichen, so beispielsweise von Kants »Reorganisa-

tion des sittlichen Bewußtseins«, von der »schönen Seele«, von der »Entwicklung des Staatsgedankens durch den deutschen Idealismus« erzählt, doch an Bagatellen, wie dem wirklichen Gesellschaftsleben und allem, was mit der misera contribuens plebs zusammenhängt, hoch erhaben in ideologischer Ballonfahrt vorübergleitet. Es ist bezeichnend, daß der Autor für das so aktuelle Thema der »Entfaltung des geschichtsphilosophischen Gedankens in der christlichen Philosophie« 30, dagegen für die »materialistische Geschichtsphilosophie« noch nicht 2 Seiten in seinem großen Wälzer übrig hat. Dabei wird der Leser hier belehrt, daß der Marxismus erst durch seine »materialistische Metaphysik« in einen »strengen Gegensatz zu der Geschichtsphilosophie des deutschen Idealismus tritt«, während doch umgekehrt die offenbare Unabhängigkeit dieser Geschichtsauffassung von jeder Art Metaphysik, also auch von einer materialistischen, wer weiß wie oft, insbesondere auch von sozialistischer Seite, nachgewiesen ist. Leute wie Saint-Simon werden überhaupt nicht einmal der Namensnennung gewürdigt.

Mit einem Wort: Die Loslösung der Geschichtsphilosophie von soziologischer Kausalerklärung ergänzt sich hier durch eine radikale Abkehr von dem lebendigen sozialen Inhalt und dem sozialen Ringen unserer Zeit. Es ist ein *Idealismus*, der, die Augen vor dem rauhen Kampf des Lebens schließend, zum Selbstgenuß in das Schneckenhäuschen erbaulicher Ideologien sich zurückzieht und diese Abschließung für eine höhere Erkenntnisstufe hält.

× Internationale Gemeinschaftsinteressen ×  
 Der verdiente Herausgeber der internationalen, früher in 3 Sprachen veröffentlichten Dokumente des Fortschritts, Dr. R. Broda, behandelt in einer Broschüre Besitz der Menschheit hinreichende Organe für Erforschung und Wahrung ihrer Gemeinschaftsinteressen? /Bern, Drechsel/ die Möglichkeiten einer internationalen Vereinbarung, durch die der Wiederholung sinnlos grauenhafter Katastrophen wie der des gegenwärtigen Weltkriegs vorgebeugt werden könnte. Seine Übersicht über die Streitursachen und Interessenkonflikte, die im letzten Halbjahrhundert in und außer Europa zu den verschiedenen Kriegen führten, kommt zu dem Schluß, daß ein schiedsgerichtliches Verfahren schwerlich dagegen Schutz geboten hätte. Aber das be-

weise noch nichts gegen die Möglichkeit eines Zusammenschlusses der Hauptstaaten zu einem Staatenverband, der als solcher dann die Rolle eines Friedenswahrers übernehmen könne. In der Form eines Statutenentwurfs, der beim Friedensschluß den kriegführenden Mächten zu unterbreiten wäre und für die Richtungslinien der nach Beendigung des Blutvergießens überall zu erhoffenden pazifistischen Volkspropaganda bedeutsam werden könnte, setzt er seine Vorschläge in dieser Hinsicht auseinander. Der Kongreß beschließe zwecks dauernder Beseitigung der aus dem Gegeneinander zweier Mächtegruppen und dem hierdurch veranlaßten Wettrennen erwachsenden Kriegsgefahr die Verbindung beider Bündnissysteme in einen einzigen Staatenverband« und lade zu dessen Konstituierung auch die neutralen Mächte ein. Die Delegierten zur konstituierenden Versammlung, deren Zahl nach Größe und Bedeutung der Einzelstaaten und sonstigen Umständen abzustufen sein wird, sollen zum Teil von den Regierungen, zum andern Teil von den betreffenden Parlamenten entsandt werden und mit Stimmenmehrheit entscheiden. Die erste Aufgabe einer solchen Organisation wäre die Schaffung eines allgemeinen Landesfriedensgesetzes, das den dem Bund angeschlossenen Staaten die Verpflichtung auferlegt alle ihre Beschwerden gegenüber einem andern Staatenmitglied vor die Bundesinstanzen zu bringen. Kriegerische Selbsthilfe wird als Aufruhr erklärt, gegen die der Bund seine internationalen Polizeitruppen und, wenn das nicht genügt, die ganze Heeresmacht der bundestreuen Staaten aufzubieten hat. Ferner müßten sämtliche Glieder des Staatenbunds, wenigstens für einige Jahrzehnte, einander unbedingt Wahrung ihres territorialen Besitzstands garantieren, während dann später von einem bestimmten Zeitpunkt ab eine Kompetenz der Bundesbehörden zu territorialen Neuordnungen, um wichtiger Momente willen, erwüchse. Besondere Gerichtshöfe sowie Bundesämter für internationale Justiz und Polizei, für den Verkehr mit nicht zum Bund gehörenden Staaten, für zwischenstaatlichen Handel und die Bundesfinanzen müßten den Funktionen der gesetzgebenden Staatenbundversammlung ergänzend zur Seite stehen. Kommt es nicht über kurz oder lang in dieser oder einer andern Art zu einem internationalen Zusammenschluß und zu einer Organisation der europäischen Menschheit, dann ist,

zumal die von jeder Seite beabsichtigten Annexionen die Saat zu künftigen Revanchekriegen im Schoß tragen, ein Ausweg aus der Sackgasse, in die die kriegerische Konkurrenz die Welt hineingetrieben, ein Aufhören der grenzenlosen Verschwendung von Gut und Blut, die schließlich jeden sozialen Fortschritt unterbinden müßte, nicht abzusehen.

× Kurze Chronik Die Zahl der Kriegsoffer ist jetzt durch den Tod des frühern Assistenten am Kieler Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft Dr. Albert Schander vermehrt worden, der im Festungslazarett zu Breslau den Folgen seiner letzten Verwundung erlegen ist. × Mit Ablauf dieses Semesters tritt Adolph Wagner von seinem Lehramt an der Berliner Universität zurück, an der er 45½ Jahre gewirkt hat. Am 26. Januar hielt er seine Abschiedsvorlesung; sie beschäftigte sich mit dem Staatssozialismus, als dessen Bekenner er sich selber darstellte. Die Zuhörer brachten dem scheidenden Gelehrten und Lehrer eine Kundgebung echten Gefühls dar. × Am 12. Dezember vollendete Gustav Cohn, der Göttinger Nationalökonom, sein 75. Lebensjahr.

Cohns Hauptwerk ist das System der Nationalökonomie, das 1885 bis 1898 in 3 Teilen erschien. Ein besonderes Ansehen genießt er auf den Gebieten der Finanzwissenschaft und der Verkehrspolitik. Cohn kann zu den konservativ gerichteten Kathedersozialisten gezählt werden. Er gehörte auch zu den ersten Mitgliedern des 1872 gegründeten Vereins für Sozialpolitik. × Der Statistiker Professor Dr. Georg von Mayr in München konnte am 23. Dezember sein 50jähriges Doktorjubiläum feiern. Sein Hauptwerk ist die 3bändige Statistik und Gesellschaftslehre. Er war als Schriftsteller überaus fruchtbar; das Verzeichnis seiner Arbeiten füllt im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 5 Spalten. Auch im Ausland ist von Mayr sehr anerkannt; er gehört unter anderm einer Reihe französischer und englischer wissenschaftlicher Gesellschaften an. × Der Privatdozent an der Wiener Universität Dr. Franz Zizek ist als ordentlicher Professor für Statistik an die Universität Frankfurt berufen worden.

× Literatur In den Apologetischen Tagesfragen des Münchener Gladbacher Volksvereinsverlags bespricht Dr. Karl W an n i n -

ger den sozialen Katholizismus in England. Das gegen 150 Seiten starke Büchlein bringt zahlreiche auch allgemeiner interessierende Exkurse, die die Geschichte der sozialreformerischen Bewegung auf englischem Boden beleuchten. × Der im Verlag von Gustav Fischer in Jena veröffentlichte Vortrag des Tübinger Professors Ludwig Stephinger Versicherung und Gesellschaft enthält einige allgemeine Reflexionen und Begriffsbestimmungen zu diesem Thema. × Mit dem Problem der Arbeitspreisstatisik auf Grund von Berufsstabilitäts- und Lohnstatistik, also mit den Methoden zu einer die Lebenslage der Arbeiter genauer erfassenden Lohnstatistik zu gelangen, die zugleich den Einfluß der verschiedenen Berufsarten auf die Sterblichkeit zu konstatieren hätte, beschäftigt sich eine methodologisch-kritische Skizze Richard Dieners in den von Schmoller herausgegebenen Staats- und sozialwirtschaftlichen Forschungen /München, Duncker & Humblot/. Die Fülle des herangezogenen Materials dürfte auch für gewerkschaftliche Interesse haben. × Die Naumannsche, sich zugleich auf gewisse kunstgewerbliche Tendenzen stützende These, daß die deutsche Industrie möglichst ausschließlich zu qualifizierter Produktion hochwertiger Waren überzugehen habe, wird von Dr. Hildegard Schwab-Felisch in einem Schriftchen Der Begriff der Warenqualität in der Sozialökonomik /Karlsruhe, Braun/ einer allgemein theoretischen Kritik unterworfen. Die Abhängigkeit der kapitalistischen Produzenten vom jeweiligen Marktbedarf lasse alle solche prinzipiellen Programme aussichtslos erscheinen. × Die letzten 3 von der englischen, für soziale Aufklärung und Fortbildung sozialer Gesetze wirkenden Fabian Society herausgegebenen Flugschriften (Fabian Tracts) handeln von Robert Owen, William Morris und John Stuart Mill.

### Rechtswissenschaft / Hugo Heilmann

Freiheitsstrafen Das Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimmt im § 9b: »Wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt . . . soll, wenn die Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis

zu 1 Jahr bestraft werden.« Diese Vorschrift ist jetzt durch die lex Schiffer dahin abgeändert worden: »Bei Zuwiderhandlungen gegen § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand kann, wenn der Kriegszustand vom Kaiser erklärt ist, bei Vorliegen mildernder Umstände auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.« Die Tatsache, daß der Gesetzgeber sich veranlaßt gefühlt hat ganz allgemein zu erklären, daß es zu unberechtigten Härten führe den Richter zu zwingen unter allen Umständen auf Freiheitsstrafe zu erkennen, daß dem Richter vielmehr stets die Befugnis gewährt werden müsse an Stelle der Gefängnisstrafe eine Geldstrafe zuzuerkennen, hat eine weit über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung.

Seit Jahrzehnten wird von der modernen Strafrechtswissenschaft, insbesondere der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung, gegen das System der kurzzeitigen Freiheitsstrafen angekämpft. Mit diesem Streben wird man sich durchaus einverstanden erklären, auch wenn man im übrigen das seinerzeit bei Gelegenheit des Plötzenseeprozesses von Gradnauer in der noch heute sehr lesenswerten Schrift Das Elend des Strafvollzugs /Berlin, Vorwärts/ gefällte zutreffende Urteil unterschreibt, daß die moderne Strafrechtswissenschaft sich nicht zu folgerichtiger und unterschiedener Anwendung ihrer Theorie auf die Praxis des Strafwesens durchzuringen vermocht habe, sie vielmehr in vielerlei Hinsicht auf halbem Weg zögernd stehengeblieben sei: »Sie fällt oft in die Vorurteile zurück, von deren Bekämpfung sie ausging. Sie schließt böartige Kompromisse mit den in der herrschenden Klasse und in der staatlichen Bürokratie waltenden Anschauungen. Ja, in wesentlichen Fragen wird sie gefährdend reaktionär, nicht aus reaktionärer Absicht sondern infolge theoretischer Unklarheit und Unsicherheit.« Das eine Verdienst hat jedoch die moderne Strafrechtsschule (dies aber scheint mir auch ihr einziges zu sein), daß sie bestrebt gewesen ist die Strafrechtspflege so weit zu reformieren, daß Strafsystem und Strafvollzug wenigstens nicht zu einer selbständigen Quelle des Verbrechens werden, neben den zahlreichen anderen, auf sozialpolitischem Gebiet liegenden Faktoren, die zur Vermehrung der Verbrechen führen. Von diesem Standpunkt aus ist, wenn irgend möglich, die Einsperrung zu vermeiden und auf Ersatzmittel für die

kurzzeitige Freiheitsstrafe zu sinnen. Über die Mängel dieses Strafmittels ist so viel geschrieben worden, daß sich ein näheres Eingehen hierauf erübrigt. Sie reißt den davon Betroffenen aus seiner Arbeit heraus, heftet ihm für seine Lebenszeit einen Makel an und führt den zum erstenmal Bestraften in die Gemeinschaft ihn sittlich verderbender gewohnheitsmäßiger Rechtsverletzer. Auch sollte der Staat sich darüber klar sein, daß er sich aller Wirkungen, die er mit der Strafe erzielen will, beraubt, wenn er die selbe Strafart häufig, schablonenhaft und ohne Rücksicht auf die Schwere des Verbrechens anwendet. Dies muß notwendig zu einer Verwirrung der sittlichen Begriffe in der Volksanschauung führen, die schließlich die ehrlose Tat und die rechtlich und moralisch harmlose nicht genügend auseinanderhalten wird.

Alle diese Mängel der kurzzeitigen Freiheitsstrafe haben sich deutlich in den 1½ Kriegsjahren bei Anwendung des Gesetzes vom 4. Juni 1851 gezeigt. Der Gesetzgeber hat sich daher genötigt gesehen Abhilfe zu schaffen. Diese Tatsache wird bei der bereits vor dem Krieg in Angriff genommenen, durch diesen vorläufig unterbrochenen Neugestaltung des Strafgesetzbuchs eine wesentliche Rolle spielen. Der Gesetzgeber wird daraus die Lehre ziehen müssen, daß überall da, wo auf eine geringe Freiheitsstrafe erkannt werden kann, wahlweise Geldstrafe zuzulassen ist. Für den organisierten Arbeiter bedeutet diese Erkenntnis nichts Neues. Er hat in dem für ihn so bedeutungsvollen Fall des § 153 der Gewerbeordnung oft genug die Erfahrung machen müssen, wie hart dies nur Gefängnisstrafe verhängende Gesetz ist. Alle Versuche Abhilfe zu schaffen waren vergeblich. Die Erfahrungen des Krieges werden auch hier die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands als unleidlich erscheinen lassen.

×  
Kriegsaus- In einer Entscheidung  
zung von weitesttragender praktischer Bedeutung stellt das Reichsgericht die folgenden Grundsätze auf: Wer den Krieg und die durch ihn herbeigeführte schwierigere wirtschaftliche Lage dazu benutzt, um für sich zum Nachteil anderer Vorteile herauszuschlagen, deren Erlangung ihm sonst nicht zusteht, handelt wider die guten Sitten. Nicht erforderlich ist, daß derjenige, der den Krieg für sich in dieser Weise ausnutzt, unverhältnismäßige, also ganz besonders hohe Vorteile zu er-

langen bestrebt ist. Auch ohne dieses Merkmal sind Geschäfte der in Rede stehenden Art nichtig.

Das Volksempfinden wird die Entscheidung des Reichsgerichts auf das wärmste begrüßen. Die Praxis der Gerichte wird durch das Urteil des höchsten Gerichts stark beeinflusst werden. Als Konsequenz ergibt sich hieraus, daß, wer unter Ausnutzung der Lage der Heeresverwaltung sich übermäßige Preise für Lieferungen oder Dienste vergüten ließ, die empfangenen Beträge zurückzugeben hat. Es ist dies der selbe Gedanke, den die vom Reichstag angenommene lex Schiffer zum Ausdruck bringen wollte. Hiernach sollten alle unlauteren Kriegsgewinne auf dem Weg der Konfiskation dem Reich wieder zugeführt werden. Die Reichsregierung glaubte dem Vorschlag als juristisch nicht faßbar und nicht präzise genug nicht zustimmen zu können. Ob diese Auffassung zutreffend ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls kann die Judikatur schon auf Grund des geltenden Rechts viel tun. Das beweist gerade die eben erwähnte Entscheidung des Reichsgerichts. Dieses leistet in der Kriegszeit, wie im allgemeinen (siehe unter anderm diese Rundschau, 1915, 1. Band, pag. 258 und 418 f., 2. Band, pag. 783, 931 f. und 935, 3. Band, pag. 1262 f. und 1263, und in diesem Band, pag. 55), so auch hier Außerordentliches. Seine Urteile stehen sozialpolitisch und juristisch auf hohem Niveau. Wer das auf die Dauer fast unerträgliche bloße Gerede über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegszeit, das wir in den Tageszeitungen über uns ergehen lassen müssen, mit dem vergleicht, was das höchste Gericht an praktisch aufbauender Arbeit leistet, wird zufrieden sein, daß an der Spitze der deutschen Rechtspflege ein Organ steht, das seiner Aufgabe gewachsen ist.

×  
Gewerkschaftsrecht

Am Schluß des letzten Tagungsabschnitts des Reichstags ist vom Bundesratspräsidenten die folgende Erklärung abgegeben worden: »In seiner vorigen Tagung hat der Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend Änderung des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 angenommen. Gegen ihre Gepflogenheit hat die Reichsleitung zu den Verhandlungen über die diesem Gesetzentwurfe zugrunde liegenden Initiativanträge Vertreter entsendet und schon damit zu erkennen gegeben, daß ihr daran gelegen ist auf diesem Gebiete möglichst zu einer Verständigung mit dem Reichstage zu gelangen.

In einer hierbei namens der Reichsleitung abgegebenen Erklärung ist anerkannt worden, daß die Auslegung der Bestimmungen über die politischen Vereine durch die Gerichte und die Verwaltungsbehörden den Gewerkschaften nicht immer das Maß von Freiheit gelassen hat, dessen sie zur Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen bedürfen. Eine wirksame Abhilfe hiergegen kann nur im Wege der Gesetzgebung geschaffen werden. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Gewerkschaften und die entsprechenden Vereine der Arbeitgeber nicht als politische Vereine behandelt werden dürfen, wenn sie sich mit solchen sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten befassen, die mit ihrem eigentlichen Aufgabenkreis, der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen oder der Wahrung und der Förderung wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder, im Zusammenhange stehen. Die verbündeten Regierungen haben sich mit diesem Standpunkt der Reichsleitung einverstanden erklärt. Ich bin daher ermächtigt zu erklären, daß dem Reichstag eine entsprechende Vorlage alsbald gemacht werden wird.«

Damit ist ein bedeutender Fortschritt für die gewerkschaftliche Betätigung erreicht. Den Gewerkschaften ist ihr Recht auf den jugendlichen Nachwuchs gewährleistet. Den Wortlaut des angekündigten Entwurfs hat der Vertreter der Reichsregierung dem Reichstag noch nicht mitgeteilt. Es ist zu hoffen, daß er sich der von dem Regierungsvertreter mitgeteilten wohlgelungenen Fassung anschließt. Bekanntlich wurde unmittelbar vor Ausbruch des Krieges in größtem Umfang der Versuch gemacht die Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären. Die Gewerkschaften erhoben dagegen Einspruch. Die Prozesse schwebten zum größten Teil bei dem Bezirksausschuß in Berlin und, soweit der Bergarbeiterverband in Betracht kam, bei der Strafkammer des Landgerichts in Bochum. Genosse Heine und ich, als Vertreter der Gewerkschaften in diesen Rechtsstreitigkeiten, waren uns darüber klar, daß wir trotz dem von uns beigebrachten großen Material bei dem Stand der Judikatur mit einem ungünstigen Ausgang rechnen mußten. Denn die überwiegende Zahl der Obergerichtsurteile nahmen entgegen der Ansicht der gesetzgebenden Faktoren bei Schaffung

des Reichsvereinsgesetzes den Standpunkt ein, daß ein Berufsverein ein politischer wird, sobald er in Fragen, die das wirtschaftliche Wohlergehen seiner Mitglieder oder der Angehörigen des betreffenden Berufs angehen, eine gesetzliche Regelung anstrebt. Das ist ein völlig unmöglicher Standpunkt. Dem Berufsverein muß die Möglichkeit offenstehen die privatrechtlichen Zwecke, zu deren Förderung er gegründet ist, mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu erreichen, sei es im Weg der Selbsthilfe, sei es, wo diese nicht ausreicht, durch Anrufung des Staates und seiner Organe, mit dem Ziel, daß der Staat sich in den Abschluß der Verträge einmische und die Vertragsbedingungen innerhalb bestimmter Grenzen diktiere. Diesen Gedanken bringt die zu Beginn dieses Abschnitts wiedergegebene Regierungserklärung klar zum Ausdruck. Wird sie zum Gesetz erhoben, so bedeutet das die Erfüllung des Versprechens der Neuorientierung auf einem ganz wesentlichen Gebiet. Hier ist tatsächlich etwas sehr Erhebliches für die Arbeiter erreicht. Das Gegenteil den Arbeitern vorzutauschen wird keiner demagogischen Versammlungssprache gelingen. Daß die Frage einer glücklichen Lösung entgegengeführt werden würde, konnte man bereits daraus entnehmen, daß alle vorerwähnten Rechtsstreitigkeiten sofort mit Beginn des Krieges von der Regierung sistiert wurden. Trotzdem brachte es die sozialdemokratische preußische Landtagsfraktion in ihrer Erklärung vom Frühjahr vorigen Jahres fertig von dem Fortbestehen des Polizeikampfs gegen die Gewerkschaften zu sprechen (siehe meinen Artikel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 170 ff.). Daran zu erinnern wird gerade jetzt angebracht sein.

× **Handlungsgehil-** Eine der beklagenswertesten Lücken im Handelsgesetzbuch ist, daß der zum Militärdienst einberufene Handlungsgehilfe mit dem Tag der Einziehung jeden Rechtsanspruch auf Weiterzahlung seines Gehalts verliert. Zwar schreibt das Gesetz vor, daß, wenn der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück an der Leistung der Dienste verhindert wird, er seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt behält, jedoch nicht über die Dauer von 6 Wochen hinaus. Allein die Gerichte haben mit Recht zumeist angenommen, daß diese Vorschrift auf die Einberufung zum Militärdienst nicht anwendbar ist. Denn

dieser ist Erfüllung einer hohen sozialen Pflicht und Ausübung eines Rechts, er kann daher niemals als Unglück angesehen werden. Ganz besonders für den Sozialdemokraten wird dies selbstverständlich erscheinen, da die allgemeine Wehrhaftigkeit zu unseren Programmforderungen gehört und die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung stets anerkannt worden ist. Kann aber der Militärdienst nicht als Unglück betrachtet werden, so folgt, da das Gesetz ausschließlic im Fall des unverschuldeten Unglücks dem an der Leistung der Dienste verhinderten Handlungsgehilfen die Weiterzahlung des Gehaltsanspruchs gewährleistet, daß der Einberufene sofort mit der Einberufung jeden Anspruch verliert. Abhilfe kann hier nur durch Gesetzesänderung geschehen. Verschiedene Gerichte haben freilich versucht auch ohne eine solche dem Angestellten zu helfen. Diese Versuche mußten aber fehlschlagen, da sie im Gesetz keine Grundlage haben. Jetzt hat auch das Kammergericht den juristisch korrekten Standpunkt in dem folgenden Urteil eingemommen: »Unzutreffend ist es, wenn der Vorderrichter dem Kläger auf Grund des § 72 Absatz 2 des Handelsgesetzbuchs noch Gehalt für 6 Wochen zuerkannt hat. Nach dieser Bestimmung hat der fristlos entlassene Handlungsgehilfe Lohn für 6 Wochen zu verlangen, falls er durch unverschuldetes Unglück längere Zeit an der Verrichtung der Dienste verhindert wurde. Die Ansichten darüber, ob die Einziehung zum Heeresdienste in der Kriegszeit als unverschuldetes Unglück anzusehen ist, sind in der Literatur und der Rechtsprechung geteilt. . . Der Senat schließt sich den in der Zahl überwiegenden Vertretern an, welche die Frage verneinen. . . Das Ereignis, welches den Handlungsgehilfen an der Dienstleistung verhindert, ist nicht der Ausbruch des Krieges, sondern seine Einziehung zum Heeresdienst. Die Dienstleistung im Heere ist aber eine staatsbürgerliche Pflicht; sie kann nicht als unverschuldetes Unglück bezeichnet werden, da sie alle Staatsangehörigen gleichmäßig trifft. In der mit der Prüfung des Entwurfs zum Handelsgesetzbuch befaßten Reichstagskommission wurde daher zu dem in § 72 in Bezug genommenen § 62 des Entwurfs (Gesetz § 63) der Antrag gestellt, hinter dem Wort »Unglück« hinzuzufügen »oder durch militärische Dienstleistungen, zu denen er gesetzlich verpflichtet ist«. Man ging also davon aus, daß eine militärische Dienstleistung

nicht ohne weiteres für ein unverschuldetes Unglück zu erachten sei. Der Antrag wurde nur mit Rücksicht auf die Vorschrift des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgelehnt. . . Wenn hierbei auch zunächst an die Erfüllung der Militärpflicht im Frieden gedacht sein mag, so kann doch bei der Frage, ob die Dienstleistung ein unverschuldetes Unglück ist, zwischen Kriegs- und Friedensdienst nicht unterschieden werden. Beide können gleich unvorhergesehen nötig werden; die Vermutung der längeren Dauer des Kriegsdienstes darf allein nicht ausschlaggebend sein. Die ganze Entstehungsgeschichte des Gesetzes läßt keine Zweifel daran, daß unter Unglück im Sinne jener Bestimmung neben der Krankheit des Handlungsgehilfen allenfalls noch diejenige näher Angehöriger verstanden werden sollte, im übrigen aber der Gesetzgeber das Anwendungsgebiet der Schutzvorschrift eng gefaßt wissen wollte und vor allem von einer Einbeziehung der durch Einberufung zum Militärdienste bedingten Behinderung bewußt abgesehen worden ist. Hierbei war auch der soziale Gesichtspunkt maßgebend, daß in vielen Fällen, namentlich wenn es sich um kleine Handlungstreibende handelt, die Notwendigkeit der Lohnzahlung für weitere 6 Wochen ohne Gegenleistung den Prinzipal mehr belasten würde als den Handlungsgehilfen, für den durch die ihm und seiner Familie zustehenden Kriegsgelohnnisse wenigstens einigermaßen gesorgt wird.«

× ×  
**Kurze Chronik** Am 4. Januar starb in Berlin der frühere Amtsgerichtsrat Geheimer Justizrat Hermann Jastrow im Alter von 66 Jahren. Der Verstorbene war ein hervorragender Jurist, der sich hohen Ansehens erfreute, dazu ein Wissenschaftler von bedeutendem und ausbreitetem Wissen. Unter seinen Arbeiten sind namentlich das Formularbuch und Notariatsrecht sowie der Kommentar zu den Gesetzen über die freiwillige Gerichtsbarkeit zu nennen; ferner Das Recht der Frau und Das Recht der unehelichen Kinder. × Der Berliner Anwaltsverein hatte eine Preisarbeit über das in das Rechtsleben eminent einschneidende Problem der rechtlichen und wirtschaftlichen Bedeutung des Anwaltszwangs ausgeschrieben. Den Preis hat der Schöneberger Amtsgerichtsrat Dr. Levin erhalten. × In einer für den Rechtsanwaltsstand und das Publikum gleich wichtigen Entscheidung

stellt das Reichsgericht den Grundsatz auf: Der Rechtsanwalt ist nicht verpflichtet bei Wahrung der Parteirechte jeder von der seinigen abweichenden Rechtsanschauung fürsorglich Rechnung zu tragen. Nur oberstrichterliche Rechtsprechung und allgemein anerkannte Lehre muß er berücksichtigen. × Der lex Schiffer ist in dankenswerter Weise praktisch dadurch rückwirkende Kraft beigelegt worden, daß die einzelnen Landesregierungen die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen haben die noch nicht durch Strafvollstreckung erledigten Urteile betreffend Verstöße gegen das Gesetz über den Belagerungszustand daraufhin zu prüfen, ob nicht die Umwandlung der Gefängnisstrafe in Geldstrafe im Gnadenweg der Billigkeit entspricht. Dies soll stets angenommen werden, wenn das Gericht, falls das neue Gesetz schon zur Zeit der Aburteilung gegolten hätte, vermutlich nicht auf Gefängnisstrafe erkannt haben würde. × Die sehr umstrittene Frage »Ist durch den Ausbruch des Krieges mit England und durch die englische Verordnung vom 9. September 1914 dem deutschen Versicherten das Recht der fristlosen Kündigung des mit einer englischen Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Versicherungsvertrags erwachsen?« ist jetzt auch vom Kammergericht bejaht worden. Dieses Gericht kommt nach sehr eingehenden Erörterungen zu dem Resultat: »Nach alledem ist die ganze Grundlage des Vertragsverhältnisses derartig erschüttert und verändert, daß nicht anzunehmen ist, die Beklagten würden mit der Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Lage abgeschlossen haben, und daß ihnen nach Treu und Glauben ein Festhalten am Vertrag nicht zuzumuten ist.« × Über den Anspruch der Kriegsteilnehmer auf Krankengeld hat das Reichsversicherungsamt jetzt die folgende Entscheidung gefällt: »Kriegsteilnehmern, die sich nach § 313 der Reichsversicherungsordnung freiwillig weiterversichert haben, steht bei Arbeitsunfähigkeit ein Anspruch auf Krankengeld gegen ihre Krankenkasse zu. Der Einwand der Kasse, dem Erkrankten sei infolge Einziehung zum Kriegsdienst während der Dauer der Arbeitsunfähigkeit kein Arbeitsverdienst entgangen, ist nicht für durchgreifend erachtet, weil es eines Nachweises dafür nicht bedarf, daß der Erkrankte bei Erhaltung der Arbeitsfähigkeit einen Erwerb erzielen konnte.« × Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts hat der Gewerbetreibende bei

Vermeidung der Bestrafung die Pflicht sich darüber auf dem Laufenden zu erhalten, ob und welche Höchstpreise für seine Waren festgesetzt sind. × Mit dem 1. Januar ist in Bayern das distriktpolizeiliche Verhelichungszeugnis in Fortfall gekommen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte schon im Jahr 1912 in der Abgeordnetenkammer die Aufhebung des Verhelichungszeugnisses gefordert. × Die Kriegsgesetzgebung in Österreich hat eine erfreuliche Wirksamkeit dadurch entfaltet, daß der Entwurf über den Versicherungsvertrag durch Kaiserliche Verordnung vom 22. November 1915 Gesetzeskraft erlangt hat. Fast ein Jahrzehnt ist das dem deutschen Versicherungsvertragsgesetz nachgebildete Gesetz beraten worden. Sein Inkrafttreten wurde bisher durch die unerträglichen parlamentarischen Verhältnisse in Österreich verhindert. × Einer der jüngeren, aber wissenschaftlich hervorragendsten Strafrechtslehrer, Professor Max Ernst Mayer, ist von seiner Lehrtätigkeit an der Straßburger Universität zurückgetreten. Er wird während des Krieges bei der Militärverwaltung tätig sein. Sein soeben veröffentlichtes Lehrbuch des allgemeinen Teils des Strafrechts ist ein ganz ausgezeichnetes Werk, das in dieser Rundschau noch gewürdigt werden soll.

#### × Literatur

Das von Professor Niemeyer geleitete Seminar für Internationales Recht an der Universität Kiel hat eine Schrift Die französische Fremdenlegion /München, Duncker & Humblot/ von Hans Walter Lehmann herausgegeben. Die sehr interessante kleine Studie untersucht vom völkerrechtlichen Standpunkt aus die rechtliche Natur des Instituts der Fremdenlegion und die wichtigsten praktischen Einzelfragen, insbesondere den Anwerbevertrag, wie er sich juristisch darstellt, den Verwendungsbereich der Fremdenlegion, die Gerichtsbarkeit, der die Fremdenlegionäre unterliegen, die Rechtsverhältnisse der minderjährigen Legionäre, die Naturalisation und die Auslieferung von Fremdenlegionären. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser der Frage, welche Mittel der deutschen Regierung zu Gebot stehen, um ihre Staatsangehörigen aus den Legionsfesseln wieder zu befreien. Das kleine, geschickt geschriebene Buch ist sehr geeignet junge Deutsche vor dem Eintritt in die Fremdenlegion zu warnen. × Bei

J. Heß in Stuttgart ist die 3. Auflage der Kriegsgesetze zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen, kommentiert von dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Ludwig Heß erschienen. Dem Buch wird eine klare und instruktive Einleitung vorausgeschickt, um eine sachliche Übersicht über den Inhalt und die Zusammenhänge der vielen, seit dem August 1914 erlassenen gesetzlichen Vorschriften zu gewähren. Behandelt werden im einzelnen: der Schutz der Kriegsteilnehmer, Wechsel- und Scheckrecht, Darlehns-gesetz, Zahlungsfristen, Handels- und Gewerberecht, Geld- und Münzwesen, Banken, Börsengeschäfte, Arbeiterrecht, Höchstpreise, Volksernährung, Arbeiterversicherung, Ausland und Ausländer, verschiedene weitere Maßnahmen, zum Beispiel die Bekanntmachung über die Verjährungsfristen, die Bekanntmachung über die Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen, das Gesetz zur Einschränkung der Verfügungen über Miets- und Pachtzinsforderungen, endlich die während des Drucks veröffentlichten Bekanntmachungen, insbesondere die über die Volksernährung. Die Erläuterungen sind knapp, rechtlich präzise und doch gemeinverständlich. Daß das umfangreiche Buch es bereits zur 3. Auflage gebracht hat, beweist, daß es für die zahlreichen Bevölkerungskreise, die sich mit den kriegsrechtlichen Maßnahmen zu befassen haben, von hohem praktischen Wert ist. Wer den Inhalt des Buches in sich aufgenommen hat, wird dem Bundesrat Dank wissen, daß er das durch die Verleihung von weitestgehendem Machtbefugnissen in ihn gesetzte Vertrauen gerechtfertigt hat. Im großen und ganzen hat die Verordnungsgesetzgebung in der schwierigsten Zeit einen Zustand der Rechtssicherheit geschaffen, mit dem das in Kriegszustand erklärte Deutschland zufrieden sein kann.

## KUNST

### Musik / Friedrich Schwarz

Ausblick Wann kommt die Form, die heroisch alle Fesseln des Details zerbricht und über geborstene Dämme mit schwungvoller Gewalt hinwegbraust, mit einer Beseeltheit, die ihre Wurzel aus dem Willen herleitet jeden Schwulst einer dekadenten Zeit abzuwerfen, die sich von jedem rein klanglichen Ästhetentum abwendet? Wann wird das Ohr hellhörig für alles Falsche und Unechte?

Gustav Mahler fand die schmerzreiche Melodie wieder, die unserer intellektuellen Zeit völlig abhanden gekommen war. Er schenkte uns in seinen Werken Werte, deren bitteres Los es zu sein schien keine Früchte tragen zu sollen. Er sang klagende, weltabgewandte Lieder für die stille Gemeinde der vor dem Leben ihr Haupt trauernd Verhüllenden. Aus Linie und Klang war zwar sein Werk geboren, der bunt malenden Farbe wurde nicht Absage getan; bei aller wehen Lust am Klang aber, bei allem flügelentfaltenden Jauchzen, bei aller heiß pulsenden Liebe zum Leben, zur Welt, war Mahler nicht Bezwingler. Ihn bezwang die unerträgliche Fülle des blauen Himmels, des grünen Waldes, des lebensroten Bluts. Ein schmerzliches Lächeln war in seinem abgehärteten, verklärten Antlitz, er griff zur Feder und schrieb nieder, was die in ihm still sich spiegelnden Dinge sangen.

Anders Richard Strauß. Kein durchgeistigtes Welterfassen zeigen uns seine Werke. Strauß sagt: So sind die Dinge. Aber seine Liebe gilt nicht den Dingen sondern deren Schilderung. Er gab uns das in seinen letzten Möglichkeiten erschöpfte Orchester (erschöpft bisweilen im eigensten Sinn des Wortes). Er zeigte uns, wie er es machte, und gab dadurch jedem technisch Befähigten die Möglichkeit es ähnlich zu machen. Deswegen sah man das alleinige Heil darin auf dem von Strauß gewiesenen Weg noch weiter fortzuschreiten. Nun lassen sich die technischen Elemente zwar bis ins Endlose variieren und durch Häufung steigern, und sie erscheinen so als neu. Aber diese neuen Zusammensetzungen schaffen nichts innerlich Neues: Bald sahen sich die Strauß-nachahmer vor einer Grenze, deren Überschreiten notwendig ins Chaos führen mußte.

Wenige gab es, die da sahen, daß die Musik der letzten Jahrzehnte in fast allen ihren Vertretern einer großen einheitlichen Geschlossenheit ermangelt, daß ihr jene Tiefe fehlt, die Voraussetzung aller Musik ist. Nur Max Reger ragt, ein einsamer Felsblock, in unsere Zeit des bloßen Könnens. Was Reger für unsere Zeit bedeutet, ist hier, in dem Aufsatz Ernst Groegs (in den Sozialistischen Monatsheften, 1910, 1. Band, pag. 46. ff.) sowie bei der Besprechung einzelner seiner Neuschöpfungen in dieser Rundschau, angedeutet worden. Mehr als eine Andeutung kann man jetzt nicht geben, da die Größe seiner künstlerischen

und religiösen Persönlichkeit sich noch nicht vollständig überschauen läßt. Es ist unmöglich bei dem heutigen Stand der Dinge etwas einigermaßen Begründetes über die Entwicklung der Musik in den kommenden Jahrzehnten zu sagen. Gewiß ist nur, daß wir des bloßen Könnertums müde geworden sind, daß das *Machen* auch in höchster Form uns jetzt leer läßt, und daß wir um den Ausdruck der Dinge und dessen, was hinter ihnen steht, ringen. Welch eine Kunst diesem Ausdruckssehnen entsprechen wird, müssen wir abwarten.

✕  
von Rozycki Nicht eigentlich slawische Elemente sind es, die das Wesen des polnischen Ton-

dichters Ludomir von Rozycki ausmachen. Zwar ist sein musikalisches Erbe in der Dämonie Chopins begründet, aber seine Musik meidet nationale Wege. Sie bezieht ihre Farbe nicht aus dem Schoß des alten Volkes, nicht aus der verträumten, etwas abseitigen Kultur der Rasse, sondern schöpft aus der Seele wehmütigen, zuweilen jäh sich aufbäumenden Musikantentums. Diese Musik steigert sich bisweilen zur Ekstase. Sie durchmißt die Himmel bestrickend süßester Lyrik und die Hölle wahnsinnigster Dissonanzen. Sie reißt, wirbelt fort und hat die zwingende Stärke stets in intensivem Bann zu halten. Fesselnde Aufschwünge sinken in sich zusammen, prasselndes Raketentfeuer flammt auf und erlischt.

In einem von der Berliner Sezession veranstalteten Konzert, durch das Rozycki in das Berliner Konzertleben eingeführt wurde, hörte man ein Streichquartett und ein Klavierquintett. Man muß sagen, daß Rozycki in der viele Gefahren bergenden Form der Kammermusik Erstaunliches leistet. Eine besonders auf der weichen Grundstimmung der Bratsche ruhende Technik bringt geradezu faszinierende Effekte hervor. Bei anderer Gelegenheit wurde einem das in prächtigen Farben schillernde Orchestergemälde Mona Lisa Gioconda vermittelt. Aber bei allem Taumel exotischer Ganztonleitern spürt man eine Kraft, die allmählich zu ahnen beginnt, daß am Anfang nicht Klang an sich, sondern der von innen beseelte musikalische Gedanke war.

✕  
Tiessen An Heinz Tiessen, dessen F-Moll-Symphonie das Philharmonische Orchester unter Leitung von Carl Maria Artz auführte, sieht man am besten, wohin rein

äußerliches Arbeiten eines Nurtechnikers führen kann. In dem Werk, dem das Motto »Stirb und werde!« (es könnte ebenso gut ein anderes sein) vorangesetzt ist, wird ein Apparat von Theimen, ein Kraftaufwand entfesselt, der in gar keinem Verhältnis zu seinem innern Gehalt steht. Das Gemachte liegt so auf der Hand, daß diese Symphonie in ihrer lächerlichen Gespreiztheit ein geradezu vollendetes Beispiel für die Flachheit ihres Schöpfers darstellt. Wozu eine gewisse Fertigkeit im Aufzeichnen von Violinpassagen besonders loben? Wozu gestehen, daß es gelingt einen unmotivierten Höllenlärm zu verursachen, wenn doch all das völlig fehlt, was eine Symphonie erst hörens-wert macht; Erfindung und das Vermögen Einfälle (die man haben muß) zwingend zu gestalten? Allerdings: daß all dies fehlt, dafür kann man Heinz Tiessen nicht verantwortlich machen. Entweder man hat das Zeug in sich, oder man hat es nicht. Technische Begabung entschädigt nie für den Mangel an Genialität.

× **Kurze Chronik** Am 9. Januar starb in Wien Emil Streicher, der letzte Inhaber der Klavierfabrik J. B. Streicher & Sohn. Sein Vater, Johann Baptist Streicher, war als Erfinder der Wiener Mechanik bekannt; unter ihm gelangte die seit 1723 bestehende, auch in Deutschland geschätzte Firma zu voller Blüte. × Von Max Reger ist ein neues Werk erschienen. Es ist sein Opus 135a und bringt 30 kleine Choralvorspiele für Orgel. Die schönsten deutschen Chöre sind darin bearbeitet. × Eine neue Oper, Tote Augen betitelt, deren Textbuch von Hanns Heinz Ewers stammt, ist von Eugen d'Albert vollendet worden. Das Werk wird im Dresdener Königlichen Opernhaus seine Uraufführung finden. × Von Erich Wolfgang Korngold sind 2 Einakter vollendet worden, eine heitere Oper, Der Ring des Polykrates (Mozartzeit), und eine tragische, Violanta (Renaissancezeit). Die Wiener und die Münchener Hofoper werden sie aufführen. × Am 15. Januar vollendete Albert Niemann sein 85. Lebensjahr. Niemann hat bekanntlich 1861 in den denkwürdigen Pariser Tannhäuseraufführungen mitgewirkt. Seit 1866 gehörte er der Berliner Oper an, die er 1888 verließ. × Der verdienstvolle Musikforscher und Leiter des Berliner Lessingmuseums Georg Richard Kruse

beginnt am 17. Januar seinen 60. Geburtstag. Am 16. Januar brachte Kruse mit dem Blüthnerorchester Otto Nicolais Zweite Symphonie in D-Dur zur Aufführung, die dadurch ermöglicht worden war, daß Kruses Arbeiten an seiner Nicolaibiographie zur Wiederauf-findung des Notenmaterials geführt hatten, das verschollen gewesen war.

× **Literatur** Der einstige Schüler Friedrich Kiels Hugo Kaun hat eine Harmonielehre veröffentlicht, die, mit trefflichem Beispielmaterial versehen, von der Intervallenlehre zum Heiligtum des strengen Satzes führt und der Modulationslehre gar nicht engherzige Ausführungen widmet (Harmonie- und Modulationslehre /Leipzig, J. H. Zimmermann/). Wie der Verfasser im Vorwort sagt, ist in dem Werk eine 30jährige Unterrichtserfahrung aufgespeichert. Nun ist es ja immerhin interessant die langjährige Erfahrung eines Lehrers und Musikers vom Rang Kauns in einem größern Werk niedergelegt zu sehen. Die Frage aber, ob man nicht ganz Besonderes und vor allem Neues sagen müsse, wenn man bei den grundlegenden Arbeiten eines Richter, Brosig, Thuille darangeht eine Harmonielehre zu schreiben und wird im vorliegenden Fall nicht günstig beantwortet werden können. In 30 umfangreichen Abschnitten wird erklärt und erläutert, was oft in vielleicht anschaulicherer Weise gesagt wurde. Das jedoch, was zum Schüler am meisten spricht, und nicht nur zu ihm, für den das Werk ja eigentlich bestimmt ist, fehlt: die suggestive Persönlichkeit.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Beleuchtungs-ökonomie** Seit der Erfindung der gasgefüllten Wolframlampen sind bemerkenswerte praktische Fortschritte im Beleuchtungswesen nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Das kann auch nicht überraschen, wenn man berücksichtigt, daß zur Durchbildung der Glühlampen mit Gasfüllung eine enorme Arbeit zu leisten war, die die Beleuchtungsindustrie vollständig absorbierte. Diese Arbeit kann zurzeit als beendet angesehen werden. Wir verfügen heute über Glühlampen, bei denen mit einem Effektverbrauch von wenig über  $\frac{1}{2}$  Watt Lichtstärken bis zu 5000 Kerzen und mehr erzeugt werden können, die also in empfand-

licher Weise den Bogenlampen Konkurrenz machen, zumal ihre Bedienung im Gegensatz zu der der Bogenlampen auf ein Minimum beschränkt ist und eigentlich nur in der Auswechslung durchgebrannter Lampen besteht. Andererseits ist das gleiche Prinzip auch auf Lampen von sehr geringer Lichtstärke bis herunter zu 40 bis 50 Kerzen anwendbar. Ein nennenswerter beleuchtungstechnischer Fortschritt ist auf diesem Gebiet kaum noch zu erzielen. Man kann in der Belastung der gasgefüllten Lampen noch um einige Grad näher an den Schmelzpunkt des Wolframdrahts herankommen und dadurch die Ökonomie der Lichterzeugung um einige Prozent steigern; man kann durch Erhöhung des Wolframschmelzpunkts, indem man den Draht in einer Atmosphäre von hohem Druck zum Glühen bringt, vielleicht noch eine kleine weitere Verbesserung der Ökonomie erzwingen. Aber selbst dann sind wir bei der Wolframlampe von einer restlosen Umwandlung der aufgewandten Energie in Licht noch weit entfernt.

Wie Lummer in einer schönen Arbeit gezeigt hat, ist mit einem Temperaturstrahler von den Strahlungseigenschaften der Kohle respektive eines Metalls überhaupt nur eine maximale photometrische Ökonomie von rund 15 % zu erzielen, für ein aufgewandtes Watt können im besten Fall rund 8 bis 9 Kerzen erhalten werden. (Die Halbwattlampe liefert 2 Kerzen für 1 Watt.) Selbst bei einem angenommenen idealen Temperaturstrahler, der nur Strahlungen in sichtbarem Gebiet aussendet, kann die photometrische Ökonomie nur auf etwa 34 % gebracht werden, wenn er ähnlich wie Platin strahlte; man könnte dann bestenfalls rund 20 Kerzen für ein Watt erhalten. Denkt man sich weiter einen Strahler von solchen Eigenschaften, daß seine Energiekurve mit der Empfindlichkeitskurve unserer Augen respektive der Zapfen in der Netzhaut zusammenfällt, so erhielten wir für die photometrische Ökonomie den Wert 70 % und dementsprechend eine Leistung von 46,5 Kerzen für 1 Watt. Nur wenn wir darauf verzichten weißes Licht zu erzeugen und uns auf Strahlen beschränken, für die das Auge das Maximum der Empfindlichkeit hat, bei 555  $\mu\mu$ , können wir zu einem absoluten Maximum der Ökonomie von 100 % gelangen, dem eine Ausbeute von 53 Kerzen für 1 aufgewandtes Watt entspricht. Dieses absolute Maximum wäre bereits bei 1727° Celsius zu erreichen. In be-

leuchtungstechnischer Hinsicht wäre die Erreichung dieses Ziels kaum ein Vorteil. Denn vom praktischen Standpunkt aus wäre eine Lichtquelle, die nur grünelgelbes Licht aussendet, kaum erstrebenswert. Unser Auge verlangt eine dem Tageslicht in der Lichtfarbe angenäherte Allgemeinbeleuchtung. Der *maximale ideale Lichtstrahler* kann also nicht das Ziel des Beleuchtungstechnikers sein, seine Bestrebungen werden bei der Grenze von 70 % für die photometrische Ökonomie respektive 46,5 Kerzen für 1 Watt enden müssen. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt; unsere bisherigen Leistungen sind nur verschwindende Bruchteile des überhaupt Erreichbaren, und der Weg, auf dem eine wesentliche Steigerung in der Ökonomie erreicht werden kann, ist noch recht dunkel. Durch reine Temperaturstrahlung wird sich das beleuchtungstechnische Maximum kaum erreichen lassen; denn hierfür sind Temperaturen von etwa 7000° erforderlich, die sich mit irdischen Mitteln nur äußerst schwierig erzeugen lassen. Gangbarer scheint es unter Ausnützung der Lumineszenzerscheinungen bei niedrigen Temperaturen eine selektive Lichtstrahlung hervorzubringen, deren Strahlungskurve sich der Empfindlichkeitskurve des Auges anschließt.

Vorarbeiten auf diesem Gebiet sind durch die Plücker-Geißlerschen Röhren, die in dem Moorschen Vakuumlichtbeleuchtungstechnische Anwendung gefunden haben, und durch die Flammenbogenlampen, in denen Metaldämpfe zum Leuchten kommen, sowie durch die Aronssche Quecksilberdampflampe, besonders in der Form der Quarzlampe, gemacht worden. Und es scheint, daß wir durch Arbeiten von Nernst und dem Amerikaner Darrah dem Ziel einer ökonomischen Lichterzeugung ein bedeutendes Stück nähergekommen sind. Beide Forscher erzeugen den elektrischen Lichtbogen in einer Atmosphäre von Gasen respektive Dämpfen, die das Material für die Elektronenbeförderung abgeben, während es bisher den Elektroden selbst entnommen werden mußte. Dadurch entfällt ein wesentlicher Teil des bisher erforderlichen Energieaufwands, der nunmehr direkt für die Lichterzeugung ausgenutzt werden kann.

Darrah geht hierbei in folgender Weise vor. In einer evakuierten gläsernen Lichtbogenkammer wird zwischen Wolframelektroden ein Lichtbogen erzeugt. Bestimmte in die Lichtbogenkammer ein-

gebrachte anorganische Verbindungen, die bei gewöhnlicher Temperatur flüssig sind, werden hierbei bei vermindertem Druck verdampft, und die Dämpfe vermitteln nicht nur die Elektrizitätsleitung sondern bringen auch die Lichterscheinung hervor. Es entsteht ein Lichtbogen, der ja nach der Natur der angewandten Verbindungen mehr oder weniger stetig ist und sich in der Gestalt einer intensiv glänzenden Röhre von 3 Millimeter Durchmesser und von 50 bis 130 Millimeter Länge darbietet. Der Lichtbogen sieht ähnlich aus wie der leuchtende Draht einer Glühlampe, nur ist sein Glanz viel höher. Bei der systematischen Untersuchung der verschiedensten anorganischen Verbindungen haben sich diejenigen am besten bewährt, die sich bei einer nicht zu hohen Temperatur zwar dissoziieren, sich aber wieder rückbilden können, so daß kein Materialverbrauch stattfindet. Als besonders geeignet haben sich die höheren Halogenverbindungen der Metalle, insbesondere des Titans, erwiesen. Titantetrachlorid verwandelt sich hierbei allerdings in Dichlorid; setzt man aber eine geringe Menge Brom zu, das sich in Titantetrachlorid löst, so bildet sich ein höheres Titanbromochlorid, das sich nach der Dissoziation rasch wieder zurückbildet. Die Wolframelektroden werden bei dieser Art der Lichterzeugung nicht angegriffen; es findet also praktisch kein Materialverbrauch statt. Die praktische Verwertung der Versuchsergebnisse befindet sich allerdings erst noch in den Anfangsstadien, die bisher erzielten Ergebnisse versprechen aber den besten Erfolg.

Auch durch die Erzeugung eines einfachen Lichtbogens zwischen Wolframelektroden in einer indifferenten Atmosphäre kann die Ökonomie der Lichterzeugung ganz bedeutend gesteigert werden, ohne daß ein nennenswerter Elektrodenverbrauch stattfindet. Es ist hier gelungen eine Wolframbogenlampe in der Gestalt und den Abmessungen einer Glühlampe herzustellen, bei der man bereits, obwohl auch diese Lampe sich erst in den Anfangsstadien der Entwicklung befindet, mit einem aufgewandten Watt rund 4 Kerzen erzeugen kann. Die bisherigen Leistungen der Wolframglühlampe sind also bereits um das Doppelte übertroffen worden.

X Dieselmotor: In den letzten Jahren  
 Entstehungs- hat die Hochdruckverbren-  
 geschichte nungsmaschine, die mit  
 Treibölen der verschiedensten Art:

Rohpetroleum, Teeröl, Paraffinöl usw., betrieben werden kann, die größte Bedeutung gewonnen. In vielen Fällen hat sie bereits die Dampfmaschine völlig verdrängt, so insbesondere beim Betrieb der Unterseeboote. Der Hochdruckölmotor würde wegen seiner hohen Wärmeökonomie, seines relativ geringen Platzbedarfs, seiner leichten Bedienbarkeit und steten Betriebsbereitschaft die Schiffsmaschine überhaupt ganz verdrängen können, wenn es gelänge ihn in gleich großen Einheiten zu bauen wie die Dampfmaschine. Bisher ist man aber nur imstande Rohölmotoren bis zu Leistungen von etwa 1000 bis 2000 Pferdestärken für jeden einzelnen Zylinder zu konstruieren; er kommt also vorläufig nur für kleinere Einheiten in Betracht. Hier aber ist er der gefährlichste Konkurrent der Dampfmaschine geworden.

Die Erfindung des Hochdruckölmotors ist heute noch fast unlösbar mit dem Namen Diesel verknüpft. In der unendlichen Reihe von Erfindern, die selten oder nie die Erfolge ihrer genialen Leistungen zu pflücken vermocht haben, bildet Diesel eine Ausnahmeerscheinung. Ihm ist voller Erfolg an Ruhm, Ehren und Vermögen zuteil geworden, bis sich auch bei ihm im Jahr 1913 ein tragisches Geschick erfüllte. Bei einer Geschäftsreise nach England ist er von dem Kanaldampfer verschwunden. Wie man allgemein annimmt, hat er sich selbst getötet, weil er den Zusammenbruch seines Vermögens nicht überleben wollte. Und nunmehr wird auch sein Erfinderruhm angezweifelt. Von zwei Seiten wird jetzt dargelegt, daß der erfolgreiche Rohölhochdruckmotor nicht nur keine Erfindung Diesels gewesen ist, sondern daß diese unter dem Namen Dieselmotor fortlebende Maschine gegen die ursprünglichen Ideen Diesels und zum Teil gegen seinen ausgesprochenen Widerstand in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg entwickelt und ausschließlich von dieser Fabrik zum Erfolg geführt worden ist. Nicht mit dem Namen Diesels sollte nach der Meinung jener Autoren der wichtigste Fortschritt auf dem Gebiet der Wärmekraftmaschine verbunden sein sondern mit dem des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Buz sowie dem des Oberingenieurs Lauster. Diese Tatsachen werden quellenmäßig in zwei Monographien behandelt, von denen die eine von Professor J. Lüders (Der Dieselmithus /Berlin, Kraysn/), die andere von Professor A. Riedler (Dieselmoto-

ren: Beiträge zur Kenntnis der Hochdruckmotoren (Berlin, Verlag für Fachliteratur/) herrührt. Beide Schriften sind keine sehr erfreuliche Lektüre. Von der Lüdersschen sagt Riedler selbst, sie sei mit Scheidewasser geschrieben; aber bei ihr gewinnt man wenigstens den Eindruck, daß sie von einem ehrlichen Wahrheitsfanatiker geschrieben sei, während der hämische Unterton der Riedlerschen Schrift abstößt und ebenso zum Widerspruch herausfordert wie es bereits seine mündlichen Angriffe gegen Diesel getan hatten, als dieser noch lebte. Sieht man aber von dem Beiwerk ab, läßt man nur die Tatsachen auf sich einwirken, so bleibt von der Erfindung Diesels in der Tat nicht viel übrig, falls es nicht gelingt durch Anführung neuen, bisher unbekanntem Tatsachenmaterials die Ausführungen der beiden Autoren zu entkräften.

Diesel hatte sich vorgesetzt den Carnotschen *vollkommenen* Motor zu verwirklichen, bei dem alle zugeführte Wärme in nutzbare Arbeit umgewandelt wird. Er wollte sein Ziel in der Weise erreichen, daß er in dem Zylinder seines Motors eine Verbrennung vornahm, die von keiner Temperatursteigerung begleitet war. Das wäre nur dadurch möglich gewesen, daß er durch Kompression die Temperatur der Verbrennungsluft höher ansteigen ließ als der Verbrennungstemperatur des Brennstoffs entspricht. Hierzu wären Drucke von mehr als 250 Atmosphären erforderlich gewesen. Nach Erreichung der hohen Temperatur sollte dem Zylinder allmählich der Brennstoff zugeführt werden. Wegen der im Zylinder herrschenden hohen Temperatur entzündet er sich sofort und verbrennt. Der Kolben beginnt seinen Arbeitsgang, das Zylindervolumen vergrößert sich, die hierdurch bedingte Temperaturabnahme wird durch weitere Brennstoffzufuhr ausgeglichen, so daß eine Verbrennung bei gleichbleibender Temperatur stattfindet. Hierdurch sei das Problem des isothermischen rationellen Motors gelöst.

Dieses Ziel ist jedoch aus wärmetheoretischen und praktischen Gründen unerreichbar. Infolge der hohen Drucke müssen Reibungen auftreten, die jede Nutzarbeit ausschließen. Der betriebsfähige Ölmotor, der heute in Tausenden von Exemplaren arbeitet, ist deshalb auch weit entfernt von einem sogenannten isothermischen Motor. Bei dem Hochdruckölmotor spielt sich vielmehr folgender Vorgang ab: Die Verbrennungsluft wird durch Kompression (wo-

zu Drucke von 30 bis 40 Atmosphären ausreichen) so weit erhitzt, daß die Entzündungstemperatur des Brennstoffs erreicht wird. Der in diesem Augenblick eingeführte Brennstoff verbrennt sofort; infolge der Verbrennung findet eine Temperatursteigerung statt, die das Gemisch von Verbrennungsgasen und überschüssiger Luft zur Expansion bringt. Die Arbeitsleistung des Kolbens entspricht dem Temperaturgefälle. Durch Einführung ausreichender Kühlung, die Diesel nach seinen grundlegenden Auseinandersetzungen gerade ausgeschlossen wissen wollte, und die der isothermischen Verbrennung auch widerspricht, würde der Ölmotor erst marktfähig. Von der ursprünglichen Idee Diesels ist also nur die Kompression der Verbrennungsluft übriggeblieben, die aber im Gegensatz zu Diesel nur so weit getrieben wird, daß Selbstentzündung erfolgt, während Diesel sie bis zur Erreichung der Verbrennungstemperatur steigern wollte.

Die Ausbildung des betriebs- und marktfähigen Ölmotors ist Verdienst der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Diesel hat an diesem Teil der Arbeit keinen Anteil; und diese Arbeit steht auch im Widerspruch zu den Patenten und theoretischen Darlegungen Diesels. Das hat Riedler mit zwingender Logik und unter Anführung unanfechtbaren Tatsachenmaterials erwiesen. Riedler hat dabei auch die Gründe angedeutet, weshalb es gerade dieser Fabrik vorbehalten blieb den Ölmotor betriebs- und marktfähig auszugestalten, während alle anderen Lizenznehmer Diesels und selbst die unter seiner persönlichen Leitung stehende Diesengesellschaft an dieser Arbeit scheiterten.

Diese Gründe liegen zum Teil in den Personen, mit denen Diesel erstmalig zusammengetroffen war, und die trotz anfänglichen Mißerfolgen, trotz enormen Versuchskosten den zu realisierenden Ölmotor nicht im Stich ließen, zum andern Teil aber an den großen Erfahrungen der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg im Bau von Hochdruckmaschinen (Kompressoren, Pumpen usw.), über die die gleichzeitig an dem Plan arbeitenden Gasmotorenfabriken nicht verfügen konnten, weil die Konstruktionsprinzipien bei einem Hochdruckmotor ganz anders geartet sind als bei den bisher gebauten Gasmotoren. Um das zu illustrieren, nur ein Beispiel: der Kolben mit seinen Dichtungsringen. Bei dem gewöhnlichen Gasmotor ist der Kolben verhältnismäßig lang, um eine

möglichst gute Dichtung an der Zylinderwandung zu sichern und damit die Druckverluste infolge seitlicher Gasentweichungen zu beschränken. In einem solchen Kolben befinden sich unvermeidliche Hohlräume, weil die Dichtungsringe sich federnd an die Zylinderwandung anpressen müssen. Bei der Anwendung verhältnismäßig niedriger Drucke entstehen hierdurch keine merklichen Nachteile. Die Verhältnisse ändern sich aber sofort bei der Anwendung hoher Drucke. Die hochgespannten Gase im Zylinder dringen in die Kolbenhohlräume ein und pressen die Dichtungsringe mit großer Gewalt an die Zylinderwandung. Je länger nun der Kolben ist, um so größer wird demzufolge auch die Reibung sein, so daß bei Hochdruckmotoren die Kolbenreibung die ganze Nutzarbeit vernichten kann. Darauf nimmt der Konstrukteur von Hochdruckkompressoren von vornherein Rücksicht. Dem Konstrukteur von Niederdruckgasmotoren liegen diese Erwägungen zunächst aber fern. Arbeitet er bei der Konstruktion eines neuartigen Hochdruckmotors mit den ihm geläufigen Dimensionierungen, so wird er leicht einen Mißerfolg haben, während der geübte Konstrukteur von Kompressoren an dieser Klippe nicht scheitert. Das ist freilich nur ein Moment, das den Erfolg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg an dem Hochdruckmotor und den gleichzeitigen Mißerfolg der Gasmotorenfabriken zu erklären vermag, aber ein sehr wichtiges, vielleicht sogar das ausschlaggebende. Lüders gibt in seiner eingehenden Kritik noch eine ganze Reihe weiterer Punkte an, die insbesondere erläutern, weshalb Diesel bei seinen eigenen Konstruktionen und Werkstattarbeiten vollständig scheiterte. Interessant ist noch der Nachweis, den sowohl Riedler als auch Lüders führen, »daß in allen wesentlichen Abschnitten der Entstehungsgeschichte die Erkenntnis der wissenschaftlichen Grundlagen der Hochdruckmotoren als sachliches Verdienst Diesels nicht anzusehen ist, weil diese Erkenntnis damals schon Allgemeingut war«. Die Vorläufer Diesels hatten aber nicht das Glück gleich Diesel eine opferwillige und kapitalkräftige Maschinenfabrik zu finden, die sich zum Bau von Probomotoren und unausgesetzten Prinzip- und Konstruktionsänderungen entschlossen hätte, bis endlich eine betriebs- und marktfähige Maschine geschaffen war. Wenn man lediglich die von Lüders und Riedler aufgedeckten Tatsachen der

Entstehungsgeschichte sprechen läßt, so ergibt sich folgendes Bild: Der jetzige Dieselmotor ist dank der Ausdauer der Maschinenfabrik gelungen, obwohl die Absichten Diesels und seine Bestrebungen falsch waren. Der Übergang vom ursprünglichen unmöglichen Motor Diesels zum jetzigen Motor war erzwungen und schließt kein wissenschaftliches Verdienst in sich. Diesel gebührt aber das Verdienst von Anfang an hohe Verdichtung angestrebt, das Interesse an der Sache erweckt und geldkräftige Interessenten durch seine, obwohl nicht einwandfreien, ersten Veröffentlichungen und Vorträge herangezogen und überzeugt zu haben; das Verdienst eine hochentwickelte, auf vielen Gebieten des Maschinenbaus führende Maschinenfabrik gewonnen und zur Ausführung seiner Konstruktionsideen veranlaßt zu haben; und endlich das Verdienst die reine Selbstzündung verwirklicht zu haben, als zwar unvermeidliches, aber höchst wertvolles Nebenprodukt der gewollten Hochdruckkompression. Diesel bezeichnet die Selbstzündung selbst als schon bekannt und als unwesentlich für das Arbeitsverfahren; sie ist auch in Diesels Patenten nicht geschützt. Tatsächlich war die Hochdruckverdichtung nicht Ausgangspunkt für neue Einsicht sondern nur Mittel: anfänglich, um den unmöglichen Carnotmotor zu schaffen, später, um sichere Selbstzündung und gute, wenn auch nicht höchste thermische Ausnutzung zu erreichen. Darüber hinaus, nach dem gelobten Land der höchsten thermischen Wirkungsgrade zu, ist gar nichts erreicht worden, und das Lob der Hochdruckkompression weit über die Selbstzündung hinaus ist rein theoretisch geblieben. Trotzdem ist die Verwirklichung der reinen Selbstzündung ohne Vorwärmung, ohne Verwendung von Glühkörpern, ein großes Verdienst. Schweröl und das mangelhafte Gemisch bei brennstoffreicher Vorverdichtung kann nur beim allseitigen Vorhandensein von Zündstellen, wie es nur die Selbstzündung gewährt, ausreichend günstig verbrannt werden. An richtiger Erkenntnis auch des praktischen Endziels hat es den Vorgängern Diesels nicht gefehlt, wohl aber an ausreichenden Mitteln und an Mitarbeit einer im Bau von Hochdruckmaschinen erfahrenen Fabrik; und daher mußten sie scheitern. In der technischen Literatur werden die Kritiken von Lüders und Riedler zwar nicht direkt totgeschwiegen, aber sie haben nicht vermocht das Legendäre von

der Wahrheit in der Entstehungsgeschichte des Dieselmotors zu trennen. Zum großen Teil liegt das wohl daran, daß ihr Ton verstimmen muß. Liest man bei Riedler von einer »Schulheftnotiz« Diesels, wenn die Randbemerkung in Diesels Kollegienheft über ein Kolleg Lindes gemeint ist, so kann es leicht kommen, daß man auf die weitere Lektüre verzichtet. Die endlosen, ermüdenden Wiederholungen in dem Buch Riedlers können ohnehin schon leicht dazu veranlassen. In dieser Beziehung wirkt das Lüderssche Buch weniger unangenehm; aber auch dessen Wirkung würde gewinnen, wenn die persönlichen Angriffe gegen Diesel die sachliche Kritik nicht überwucherten.

×  
Gußstück-  
prüfung

Es ist leider nicht zu vermeiden, daß beim Gießen von Metallen, insbesondere von Eisen und Stahl, in dem Gußstück Hohlräume entstehen, oder daß das gleichmäßige Metallgefüge durch eingeschlossene Schlacken- oder Oxydteile unterbrochen wird. Derartige Einschlüsse, gleichgültig, ob es Gasblasen oder Schlackenteile sind, schwächen das betreffende Gußstück, und bei seinem Gebrauch treten unter Umständen verhängnisvolle Unfälle ein. Gar mancher Bruch einer Schiffswelle oder eines Steuerruders, mancher Brückeneinsturz und manche Zugentgleisung ist auf die Verwendung von Materialien mit solchen heimlichen Mängeln zurückzuführen, ganz abgesehen von den großen Verlusten, die in Maschinenfabriken zu verbuchen sind, wenn bei der Bearbeitung eines Gußstücks die Fehler zufällig zutage treten und dann der Dampfzylinder oder das Gehäuse der Dynamomaschine gänzlich verworfen werden muß. Bisher gab es aber kein Mittel die verborgenen Mängel eines Gußstücks irgendwie erkennbar zu machen. Neuerdings ist es nun Weeler P. Davey gelungen mit Hilfe von Röntgenstrahlen, und zwar unter Anwendung von Coolidgegeröhren, Stahlgußplatten bis zu einer Stärke von 32 Millimeter zu durchleuchten, wobei vorhandene Gasblasen, Schlackeneinschlüsse deutlich sichtbar wurden. Das Verfahren eignete sich auch bei der Nachprüfung von autogen geschweißten Gegenständen.

Für eine große Zahl von Fällen hat also jetzt die Technik ein neues Untersuchungsverfahren, dessen Wert nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Brücken-  
schnellbau

In verblüffend kurzer Zeit ist die Alexanderbrücke in Warschau, die unmittelbar vor der Eroberung Warschaws am 5. August 1915 von den Russen gesprengt worden war, wiederaufgebaut worden. Bei der Sprengung waren zu beiden Seiten des mittelsten Pfeilers die Gurte der Hauptträger zerstört worden, so daß die Mittelstücke senkrecht ins Wasser gestürzt sind, während die Restteile neben den Pfeilern von diesen abgekippt sind. Das mittelste Stück ragte hoch in die Luft, die Seitenstücke waren von den Lagern abgerutscht. Durch Pioniere war zunächst in wenigen Wochen eine Notbrücke für den öffentlichen Straßenverkehr erbaut worden. Am 24. August 1915 wurden die Aufräumung der Brückentrümmer und der Neubau, zunächst allerdings nur in halber Breite, vergeben, und am 12. September begann der Neubau. Am 6. Dezember zerstörte der Eisgang die Notbrücke, die Beselerbrücke genannt worden war. Aber die neue Brücke war bereits so weit fertiggestellt, daß am gleichen Tag der Fußgängerverkehr über die Aufstellungsgerüste geleitet und am folgenden Abend auch der Wagenverkehr über die bereits zusammengebaute Eisenkonstruktion eröffnet werden konnte. Am 6. Januar 1916 war die stromaufwärts gelegene Brückenhälfte vollkommen fertig, am 27. Januar konnte auch die stromabwärts gelegene Hälfte, deren Fertigstellung sich inzwischen als notwendig erwiesen hatte, dem Verkehr übergeben werden.

×  
Kurze Chronik In Münster starb der  
Heime Baurat Carl Bor-  
mann, fast 79 Jahre alt.

Er war als Landbaumeister in Düsseldorf, Arnsberg und Coblenz und dann als Kreisbauinspektor in Elberfeld tätig. Unter den von ihm ausgeführten Arbeiten sind namentlich die Leitung des Baus eines Schifffahrtskanals zwischen der Elster und der Elbe, der Hafenbau in Ruhrort und die Bearbeitung der Entwürfe des Rheinischen Stahlwerks hervorzuheben. Seine bedeutendste Leistung ist die Müngstener Eisenbahnbrücke, eine Eisenkonstruktion, die in einem einzigen Bogen über das Wuppertal führt, und deren Anlage eine Überwindung außergewöhnlich großer örtlicher Schwierigkeiten darstellt. × Im Alter von 69 Jahren starb Dr. Ing. Theodor Landsberg. Er hat von 1880 bis 1907 als Lehrer an der Darmstädter Technischen Hochschule gewirkt. Außer seinen Verdiensten um den Wiederaufbau

alter Dome ist noch seine wertvolle Mitarbeit an dem Handbuch der Ingenieurwissenschaften und dem Handbuch der Architekten zu verzeichnen. Er war Mitglied der Akademie des Bauwesens und hat eine Zeitlang auch für die Stadt Berlin gearbeitet. × Das Gaswerk Akkrum in Holland verwendet den in der Nähe gewonnenen Torf zur Gas-erzeugung, um an den augenblicklich schwer zu beschaffenden Gaskohlen zu sparen. × Der Direktor des Chemischen Instituts der Kieler Universität Professor Dr. Carl Harries, der an der Kautschuksynthese hervorragenden Anteil hat, tritt am 1. April dieses Jahres in das Direktorium der Siemens-Schuckert-Werke in Berlin ein. × Die an der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg bestehende Professur für Verbrennungstechnik und Dampfkesselbau, die durch den Tod des Professors Ludewig verwaist war, ist dem Direktor der Saarbrücker Firma Ehrhardt & Sehmer Dr. Ing. Rudolf Graue übertragen worden. × An der Technischen Hochschule zu Braunschweig habilitierte sich Dr. Ing. Willy Müller für das Fach des Materialprüfungswesens.

#### × Literatur

× Alljährlich werden von den Ältesten der Kaufmannschaft zu Berlin gewerbliche Einzelvorträge in der Handelshochschule veranstaltet. Die 9. Reihe dieser Vorträge ist jetzt im Druck erschienen /Berlin, Georg Reimer/. In dieser Rundschau seien von ihnen die Arbeiten Papier, seine Entstehung und sein Verbrauch, von Fritz Berliner und Deutschlands Leinenindustrie von Heinrich Grünfeld angezeigt. Beide Studien dürften auch in weiteren Kreisen des technisch nicht gebildeten, aber interessierten Publikums Leser finden. Sehr dankenswert ist es, daß der Bibliothekar der Ältesten der Kaufmannschaft, Dr. Reiche, den einzelnen Vorträgen Literaturnachweise beigegeben hat; sie werden denjenigen, die in die Materie tiefer eindringen wollen, gute Dienste leisten.

#### Verkehr / Felix Linke

**Brückenbauten** Die Entwicklung des Nordens der Stadt Berlin über die großen Bahnanlagen der Nordbahn hinaus und die Notwendigkeit einer Verbindung der dahinterliegenden Stadtteile mit denen der innern Stadt haben dort 3 gewaltige Brücken erstehen lassen, die man alle

die *Millionenbrücken* genannt hat. Die erste war die Swinemünder Brücke, die zweite die Putlitz-, und die dritte ist die vor kurzem fertiggestellte Hindenburgbrücke. Sie ist zwar mit nur 138 Meter Länge die bei weitem kürzeste unter den dreien, dafür überragt sie die anderen an Breite; sie ist 27 Meter breit. Das war erforderlich, weil die Brücke das Bindeglied eines 67,8 Meter breiten Straßenzugs bildet, der die Stadt in rund 10,7 Kilometer Länge von Plötzensee bis Lichtenberg teilweise ringförmig umfaßt. Diese Ringstraße ist also breiter als die Straße Unter den Linden, die nur 50 Meter Breite hat; sie wird gebildet durch die See-, Christiania-, Bornholmer, Wisbyer und Ostseestraße. Bisher fehlte ihr der Zusammenhang, da sie an der Bornholmer Straße durch den Eisenbahnkörper durchschnitten war. Die Brücke überschreitet nicht nur die Eisenbahngleise sondern auch noch 2 Parallelstraßen. Der Bahnkörper wurde von Zwischenstützen völlig freigehalten und die Brückenstützen auf die beiderseitigen Parallelstraßen gelegt. Die Mittelöffnung ist 87 Meter weit; der Hauptträger reicht auch über die beiden seitlichen, je über 25 Meter breiten Öffnungen hinweg und ist im ganzen 138 Meter lang. Die Stützen sind in Eisen ausgeführt. Die Konstruktion erforderte 1660 Tonnen Nickelstahl, Flußeisen und Gußstahl. Die Kosten der Brücke betragen 1 200 000 Mark. Die neue Kaiserbrücke, die in Bremen die Weser überquert, wurde am 22. Dezember 1915 dem Verkehr übergeben. Die Brücke überschreitet die Kleine und die Große Weser, die durch den etwa 20 Meter breiten Teerhof von einander getrennt sind. Die Öffnung über der Großen Weser hat 100 Meter Spannweite, die über der Kleinen Weser 60 Meter. Die Fahrbahn ist 9,5 Meter, die Fußwege sind 3,5 Meter breit. In den ersten Monaten des Jahres 1915 wurde eine neue Brücke über den Ganges fertiggestellt. Eine Linie der Eastern Bengal State Railway von Calcutta nach dem Norden soll darüber geführt werden; außerdem wird die Brücke dem Straßenverkehr dienen. Sie besitzt 1798 Meter Gesamtlänge, 15 Öffnungen von je 109,5 Meter Spannweite und auf jeder Uferseite 3 Vorlandöffnungen von je 24 Meter Spannweite. Parabolische Träger von 105 Meter Länge und 16 Meter größter Höhe überbrücken die Hauptöffnungen; der Abstand der Hauptträger von einander beträgt 9,75 Meter, die Gesamtbreite 14,80

Meter. Da der Untergrund nur geringe Tragfähigkeit hat und häufig Hochwasser und Überschwemmungen eintreten, waren beim Bau erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Untergründung für die 16 Hauptpfeiler mußte bis auf 58 Meter unter den Hochwasser-, respektive 48,75 Meter unter den Niederwasserspiegel durch Sand- und Lehmschichten gehen. Die Gründungspfeiler sind rechteckig mit abgerundeten Ecken; sie sind 18,6 Meter lang und 10,7 Meter breit. Jeder Pfeiler wiegt gegen 15 700 Tonnen, wovon 15 300 auf das Mauerwerk entfallen. Zum Uferschutz wurden auf beiden Seiten 1,2 Kilometer lange Dämme errichtet. 1909 begann man mit dem Bau; es wurden dabei 5,5 Millionen Kubikmeter Erde ausgehoben, 300 000 Tonnen Mauerwerk und 30 000 Tonnen Fachwerk hergestellt. Zwei Eisenbahnbrücken von sehr großer Spannweite über den Ohio sind gegenwärtig im Bau. Die eine führt 2 Gleise der Chesapeake und Ohio Northern Railway bei Sciotoville über den Strom. Sie besteht im wesentlichen aus einem kontinuierlichen Gitterträger von 473 Meter Länge und fast 40 Meter größter Höhe, der auf 3 Pfeilern aufsitzt, so daß für die Schifffahrt 2 Öffnungen von je 236 Meter Weite und 12,2 Meter dichter Höhe bei Hochwasserstand freibleiben. Die Gesamtlänge der Brücke, bei der zum erstenmal in Amerika große kontinuierliche Träger angewandt wurden, beträgt 710 Meter. Ende 1916 soll sie fertiggestellt sein. Die zweite Brücke führt ebenfalls, und zwar bei Metropolis (Illinois), über den Ohio. Sie ist 1670 Meter lang und ebenso in ihrer technischen Ausführung bemerkenswert.

× Panamakanal Die letzte Betriebsstörung im Panamakanal scheint einen außerordentlich großen Umfang angenommen zu haben. Man schätzt die in Bewegung geratene Erdmasse auf nicht weniger als 7,6 Millionen Kubikmeter. Es würde etwa 1 Jahr erfordern sie wegzuschaffen. In den Vereinigten Staaten empfindet man die Störung besonders schwer, weil dadurch die während des Krieges außerordentlich gesteigerte Ausfuhr nach Rußland sehr gehemmt wird. Meist hatten die Waren den Weg über den Panamakanal nach Wladiwostok genommen, da der Hafen von Archangelsk einen großen Teil des Jahres nicht eisfrei ist; nun

lagern sie in einem atlantischen Hafen und müssen entweder den teuren und nicht in allen Fällen benutzbaren Weg mit der Bahn über den Kontinent zur Küste des Stillen Ozeans oder den langen, nicht ungefährlichen zu Schiff um die Südspitze von Südamerika machen.

× Kurze Chronik Der Sektionschef der Bosnisch-Herzegowinischen Landesregierung Dr. Fritz

Passini ist in seinem 76. Lebensjahr in Graz gestorben. Passini hat sich um das Verkehrswesen von Bosnien und der Herzegowina sehr große Verdienste erworben, namentlich um den Eisenbahn- und den Wasserbau. × Bei den sächsischen Staatseisenbahnen werden die Straßenübergänge jetzt systematisch beseitigt. In den neuen Etat ist für diesen Zweck wieder 1 Million Mark eingestellt. Seit 1902 sind dafür bereits 9 750 000 Mark aufgewendet worden. × Man geht jetzt daran drahtlose Telephonie auf fahrenden Eisenbahnzügen einzurichten. Ein Versuch auf der Strecke New York-Buffalo hat ergeben, daß eine telephonische Verständigung des Nachts auf 100 Kilometer, bei Tag auf 80 Kilometer möglich ist. (Die funkentelegraphische Übertragung wird bekanntlich durch die Sonnenstrahlen in ungünstiger Weise beeinflusst.) Die Frage der telephonischen Verständigung mit fahrenden Zügen kann jetzt im Prinzip als gelöst betrachtet werden.

× Literatur Von H. Thurns Bändchen Die Funkentelegraphie (in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt)

ist die 3. Auflage erschienen. Der Inhalt des technischen Teils hat bei der schnellen Entwicklung der drahtlosen Telegraphie wesentlich erweitert werden müssen. Das kleine Büchlein, dessen Darlegungen noch durch 51 Abbildungen veranschaulicht werden, wird gerade heute auf besonderes Interesse stoßen; denn, wie der Verfasser mit Recht bemerkt, »die Funkentelegraphie blieb im heutigen Weltkriege für Deutschland fast das einzige rasche Verständigungsmittel mit Übersee, insbesondere mit Nordamerika, nachdem gleich zu Beginn des Feldzugs unsere deutschatlantischen Kabel zerschnitten worden waren. Im drahtlosen Verkehr konnte der stärkere Strom den schwächeren überwinden. . .«